Nr. 30. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 6. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Sand in die Augen.

Mit einem komischen Eifer stürzt sich die „Deutsche Tagesztg." am Sonntag auf das neue Steuergesetz, das die preußische Regierung soeben dem Landtag vorgelegt hat. Nach Gerechtigkeit schreit des Agrariers Herz, und deshalb kann er es nicht vertragen, daß der preußische Finanzminister hinfort die Gewinne aus Spekulationsgeschäften, sofern sie nicht gewerbsmäßig betrieben werden, steuerfrei lassen will. Die höchsten Töne sittlicher Entrüstung findet das Agrarierblatt ob solchen Unrechts!

„Der einfache Verstand des werktätigen Mannes, der durch seine körperliche oder geistige Arbeit das zu seinem und seiner Familie Unterhalt notwendige Einkommen erwirbt, wird es nicht begreifen, sondern es als eine schwere Ungerechtigkeit empfinden, wenn man dieses besteuert, derartige „mühelose" Gewinne aber ohne weiteres von der Steuer befreit."

Zwar gibt der Minister (in der Begründung des Gesetzentwurfs) an, die Feststellung, ob in einem speziellen Falle ein Spekulationsgeschäft vorliegt oder nicht, sei stets so schwierig gewesen, daß doch nichts Rechtes dabei herausgekommen sei. Aber solchen Grund läßt der Gerechtigkeitsfanatismus der „Deutschen Tagesztg." nicht gelten. „Im Gegenteil," meint sie, „sollte dies doch nur den Gesetzgeber anspornen, nach Mitteln und Wegen zu forschen, diese oft nur auf Kosten der nationalen Arbeit sich bereichernde, aber sich vorsichtig der Oeffentlichkeit entziehende Plusmacherei endlich auch in gerechter Weise zu den Lasten des Staates heranzuziehen."

Da bleibt ja kein Auge trocken, sagt der Berliner. Wer wollte jetzt nicht der „Deutschen Tagesztg." bescheinigen, daß sie von einem wahren Fanatismus für gerechte Steuerzahlung beseelt sei!

Nun liegt uns natürlich nichts ferner, als Steuerbetrüger irgendwie in Schutz zu nehmen, die industriellkapitalistischen ebensowenig wie die agrarischen. Aber um die Erregung der „Deutschen Tagesztg." richtig einzuschätzen, muß man wissen, daß die ganze Steuersumme, die der preußische Staat bisher aus solchen Spekulationsgewinnen zieht, höchstens eine halbe Million Mark pro Jahr ausmacht. Und der Finanzminister meint, das sei die kolossale Arbeit nicht wert, die die Feststellung solcher Gewinne — bei dem bekannten Raffinement der Spekulanten — den Steuerbehörden macht. Mit anderen Worten: hier sei die Elle länger geworden als der Kram, deshalb solle man lieber auf die halbe Million verzichten.

Ob diese Ansicht des Finanzministers richtig ist oder nicht, wird das Abgeordnetenhaus nachzuprüfen haben. Wenn aber die „Deutsche Tagesztg." wegen der halben Million Spekulationsgewinne einen so furchtbaren Radau schlägt, wie steht es dann mit den sehr viel größeren Steuerhinterziehungen, die den Besitzenden seit Jahr und Tag nachgewiesen worden sind und die bei der jetzigen Regelung doch vor allen Dingen erfaßt werden müßten? Hier handelt es sich nicht um eine halbe, sondern um mehrere Hundert Millionen. Aber darüber schweigt des Sängers Höflichkeit! Kein Sterbenswörtchen davon findet man in der „Deutschen Tagesztg.". Und doch läge gerade bei den neuen Steuergesetzen Anlaß genug dazu vor.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß der Vorwurf der Steuerunterschlagung (im Betrage von etwa 120 Millionen Mark für den Umfang des preußischen Staates) allen Besitzenden gemacht und ziffernmäßig belegt und bewiesen worden ist. Kaum war das veröffentlicht, so meldete sich mit einer besonderen Wut die agrarische Presse, an ihrer Spitze die „Deutsche Tagesztg.", und wies für die ländlichen Besitzenden mit Entschiedenheit den Vorwurf zurück. Die Folge davon war, daß sich fortan die Diskussion vorzugsweise um den Steuerbetrug der Agrarier drehte, obwohl ursprünglich die Besitzenden aus den Kreisen von Industrie, Handel, Bank und Börse genau ebenso beschuldigt worden waren wie die Agrarier. Bei dieser Diskussion wurden Dinge bekanntgegeben, die man bis dahin für unmöglich gehalten hätte. Man erfuhr, daß es Buchhaltungsbureaus gibt, die sich speziell damit beschäftigen, für große Grundbesitzer die Bücher zu führen und die Abschlüsse so einzurichten, daß gar kein oder nur ein sehr geringes Einkommen herausgerechnet wurde. Es wurden große Güter angeführt, deren Wert der Steuerbehörde viel zu niedrig angegeben war; so erzählte Professor Delbrück von einem Gut, das um die Kleinigkeit von einer Million „unterschätzt" ist. Endlich wurde mitgeteilt, daß die Landräte — als Vorsitzende der Einschätzungskommissionen — erstaunlich leichtgläubig seien, und daß gerade hierin die Hauptursache liege, warum der Steuerbetrug den großen Agrariern so leicht werde. Professor Delbrück ging sogar so weit, zu behaupten, daß ein Landrat, der es unternehmen wollte, die großen Herren seines Kreises richtig einzuschätzen, seine ganze Karriere aufs Spiel setze. „Das sind Dinge," schrieb Herr Delbrück, „die jedermann weiß, der einmal mit der preußischen Verwaltung Fühlung gehabt hat."

Man sollte nun meinen, wenn heute ein agrarisches Blatt sich mit solchem Eifer über die neuen Steuergesetze hermacht, dann läge es ihm am nächsten, einmal zu erörtern, was denn die Regierung tun will, um die agrarischen Steuerbetrüger hinfort besser zu fassen. Sollen die Landwirte zu einer richtigen Buchführung verpflichtet werden? Soll den Landräten das Geschäft der Einschätzung abgenommen oder sollen sie wenigstens von den großen Grundbesitzern unabhängig gemacht werden? Das sind denn doch weit wichtigere Fragen als die, ob der Staat die halbe Million aus Spekulationsgewinnen hinfort bekommt oder nicht.

Die „Deutsche Tagesztg." weiß natürlich genau, weshalb sie an diesen Dingen vorübergeht. Sie müßte sonst nämlich der Oeffentlichkeit mitteilen, daß die Agrarier beim Steuerzahlen in Zukunft genau so hartleibig bleiben werden wie bisher: sie haben es durchgesetzt, daß einfach alles beim alten bleibt! Ueber die Frage, ob die Landräte zur Einschätzung geeignet seien, äußert sich die Regierung überhaupt nicht. Sie läßt einfach den Paragraphen bestehen, der die Landräte in der Regel zu Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen macht, ohne doch auch den Vorwurf Delbrücks mit einem Wort zurückzuweisen. Was aber die Buchführung der Landwirte betrifft, so meint der Herr Finanzminister ganz kühl:

„Bislang ist man über die Grundzüge der landwirtschaftlichen Buchführung noch keineswegs zu einer einheitlichen und einwandfreien Auffassung gelangt."

Deshalb könne man den Landwirten nicht — wie den Kaufleuten — eine bestimmte Buchführung vorschreiben. Auch habe „die berufene Vertretung der Landwirtschaft", nämlich das Landesökonomiekollegium, „sich ausdrücklich gegen die Unterstellung der Landwirte unter gleiche Veranlagungsvorschriften, wie sie für die zur Führung von Handelsbüchern verpflichteten Kaufleute gelten, ausgesprochen." Wozu man wissen muß, daß zwei Drittel der Mitglieder des Landesökonomiekollegiums von den Landwirtschaftskammern gewählt werden, die ihrerseits nur aus größeren Landwirten bestehen.

Was hier der Finanzminister anführt, sind also im wesentlichen dieselben Gründe wie bei den Spekulationsgewinnen: man kann von den Agrariern nicht so viel herausholen, wie sie schuldig sind, weil wegen der unzureichenden Buchführung die Feststellung ihres Vermögens und Einkommens zu schwierig ist. Sollten hier nicht ebenfalls die Worte der „Deutschen Tagesztg." gelten, daß solche Schwierigkeit den Gesetzgeber erst recht anspornen müßte, nach Mitteln und Wegen zu forschen, um diese Besitzenden „endlich auch in gerechter Weise zu den Lasten des Staates heranzuziehen"? Und die Mittel und Wege dürften gar nicht mal so schwer zu finden sein. Denn uns soll man nicht erzählen, daß für einen landwirtschaftlichen Betrieb keine geordnete Buchführung möglich sei. Solches Märchen mag der preußische Finanzminister glauben; aber Leute, die das praktische Leben und die praktische Buchführung kennen, glauben es nicht.

Wenn demnach das führende Agrarierblatt an den vielen, vielen Millionen stillschweigend vorübergeht, die der Staat alljährlich durch den Steuerbetrug der großen Besitzer verliert, wenn es ganz damit einverstanden ist, daß daran auch in Zukunft nichts geändert werden soll, dann steht es ihm wahrlich schlecht an, sich wegen der halben Million aus Spekulationsgewinnen die Haare auszurupfen. Das ist nur Sand in die Augen der Oeffentlichkeit. Auch wir sind selbstverständlich für die Steuerfreiheit irgend welcher kapitalistischen Einkünfte nicht zu haben, und für die der Spekulanten am allerwenigsten. Aber darum wollen wir doch nicht, daß die allgemeine Aufmerksamkeit von den sehr viel größeren Verlusten abgelenkt wird, die die Herren Agrarier dem Staat verursachen.

Die Bergarbeiterlöhne als Köder.

Die Preßabteilung des Vereins der rheinisch-westfälischen Grubenkapitalisten entwickelt eine fieberhafte Tätigkeit. In die gesamte bürgerliche Presse lancierte sie Notizen, laut welchen die Löhne der Bergarbeiter im Industriegebiet seit 1909 schon sehr stark gestiegen seien und die Steigerung trotzdem noch weiter anhalte. In den verschieden redigierten und mit verschiedenem, die Unternehmer herausstreichendem Beiwerk versehenen Notizen wird gleichlautend folgendes über die Lohnentwickelung gesagt:

„Während des dem Aufschwung des Jahres 1907 folgenden Niederganges erreichten die Löhne der Bergarbeiter des Ruhrbezirks im zweiten Viertel des Jahres 1909 mit 4,45 M. auf den Kopf der Gesamtbelegschaft und 5,28 M. der Hauer ihren tiefsten Stand. Seitdem ist zunächst eine langsame, im abgelaufenen Jahre stärker hervorgetretene Aufwärtsbewegung der Löhne erfolgt, welche sie im dritten Viertel des Jahres 1911 auf 4,72 und 5,58 M. brachte. Für das vierte Quartal dürften sich Löhne von 4,80 und 5,70 M. ergeben."

Nach einer Meldung haben viele Zechen bereits weitere Lohnerhöhungen eintreten lassen, andere sollen bereit sein, auf dem betretenen Wege zu folgen. Ferner hört man, daß „bei Anhalten" der jetzigen günstigen Konjunktur der höchste Stand vom Jahre 1907 „demnächst" wieder erreicht werden soll? Man beachte: „bei Anhalten" — und „demnächst! — In einer anderen Notiz wird mitgeteilt, die Zechen seien bereit, ungefähr die Hälfte der kürzlich beschlossenen Preiserhöhung für Lohnaufbesserungen zu verwenden. Der Hinweis auf die Preiserhöhung enthüllt den Zweck der ganzen Uebung! Die Ueberschwemmung der Presse mit Notizen über hohe und steigende Bergarbeiterlöhne soll die unter fiskalischer Mitwirkung vorgenommene rigorose Preissteigerung rechtfertigen, die Empörung über die Maßnahme des Kohlenkapitals vielleicht gar auf die begehrlichen Arbeiter ablenken.

Wie alle anderen, setzen auch die ultramontanen Blätter ihren Lesern die Preßnotizen aus dem Unternehmerlager ganz unkritisch vor. Der Wahlpakt der Ultramontanen mit den Scharfmachern verpflichtet zu solchen Liebesdiensten. Auffällig ist, daß die Unternehmer bescheiden verschweigen, in welchem Maße sie die Löhne von 1907 bis 1909 herabgesetzt hatten. Das Ausmaß dieser „sozialen" Tätigkeit rückt die Lohnsteigerungen erst in die richtige Beleuchtung und es läßt unter Berücksichtigung der veränderten Kohlenpreise erkennen, welche „Opfer" die Unternehmer bringen. Das Versäumte sei hier nachgeholt. Nach den amtlichen Nachweisungen über die Ergebnisse des Kohlenbergbaues im Oberbergamtsbezirk Dortmund ergeben sich für das dritte Quartal der aufgeführten Jahre folgende Zahlen:

	Belegschaft	Gesamte Lohnsumme	Lohn pro Arbeiter im Vierteljahr	Lohn pro Arbeiter pro Schicht
		M.	M.	M.
1907 . .	292 309	120 904 583	414	4,94
1908 . .	323 303	126 730 096	392	4,82
1909 . .	327 003	114 843 804	351	4,48
1910 . .	329 967	119 050 918	361	4,57
1911 . .	337 091	126 764 170	376	4,72

Demnach waren die Löhne im 3. Vierteljahr 1911 noch um 22 Pf. niedriger als im Jahre 1907! Auf das ganze Vierteljahr berechnet macht das Weniger den Betrag von 38 Mark aus! So steht es mit den reklamehaft in die Welt hinausgeschrienen Lohnerhöhungen! Auffällig ist, daß trotz fortgesetzter Zunahme der Belegschaftsstärke die Gesamtlöhne stark zurückgingen. Es wurden mehr Leute eingestellt, dafür aber die Löhne so energisch beschnitten, daß für die größere Zahl Arbeiter eine kleinere Lohnsumme zu zahlen war. Da diese Entwickelung zusammenfällt mit einer enormen Verteuerung aller Nahrungsmittel, bedeutet sie unstreitig auch eine erhebliche Verschlechterung der Lebenshaltung. „Opferbereitschaft" und „Arbeiterfreundlichkeit" der Kohlenfürsten kann aber erst dann vollständigt werden, wenn man die Entwickelung der Kohlenpreise ebenfalls mitberücksichtigt. Nach den amtlichen Angaben kostete nämlich die Tonne:

	1906 M.	1907 M.	1908 M.	1909 M.	1910 M.	1911 M.
Stückkohlen, ab Werk Dortmund	11,80	12,50	12,80	12,80	12,80	12,75
Puddelkohlen, ab Werk Dortmund	10,—	10,80	11,—	10,60	10,50	10,50
Fettkohlen, ab Werk Essen	10,30	11,10	11,30	10,90	10,80	10,75
magere Kohlen, ab Werk Essen	8,70	9,50	10,40	10,50	10,20	10,—

Seit 1906 sind die Preise sämtlicher Sorten gesteigert worden. Als die Löhne sanken, stiegen die Preise! Sogar im Vergleich mit dem Jahre 1907, in dem die höchsten Löhne gezahlt worden sind, ergibt sich für 1911 bei den wichtigeren Sorten noch ein höherer Erlös, bei Stückkohlen um 25 Pfennig, bei mageren Kohlen um 50 Pfennig. Demgegenüber fallen die Ermäßigungen für Puddel- und Fettkohlen weniger ins Gewicht. Zu alledem ist auch noch die Förderung der Zechen des Kohlensyndikats fast fortgesetzt gesteigert worden, von 80,1 Millionen Tonnen im Jahre 1907 auf rund 87 Millionen Tonnen im Jahre 1911. Das Gesamtergebnis unserer Feststellungen über die Syndikatspolitik wäre folgendes:

Gesteigerte Produktion, höhere Preise und niedrigere Löhne!

Dieses Resultat erklärt die Sucht der Grubenbarone, durch irreführende Pressenotizen gute Stimmung für sich zu machen!

Friedenssitimmen aus England.

Man weiß, daß ein großer Teil der englischen Liberalen mit der Politik Sir Edw. Greys, die zu einem scharfen Gegensatz zu Deutschland geführt hat, sehr unzufrieden ist und mit einer Energie, die den deutschen Liberalen sehr zu wünschen wäre, gegen die ministerielle Politik Front gemacht hat. Es scheint, daß diese Opposition nicht ohne Erfolg geblieben ist, und gleichzeitig wird aus London gemeldet, daß zwischen Berlin und London gegenwärtig wichtige Verhandlungen schweben, um zu einer Verständigung zu gelangen. In diesem Zusammenhang gewinnt auch ein Artikel der „Daily News", die zu dem linken Flügel des liberalen Kabinetts Beziehungen hat, an Bedeutung. Das Blatt schreibt:

„Der gegenwärtige Augenblick verspricht große politische Möglichkeiten. Das deutsche Volk hat in einer überwältigenden Kundgebung in den Wahlen seine friedfertigen Absichten dokumentiert. Wenn auch die deutsche Regierung nicht wie die englische der Ausdruck des Volkswillens ist, so kann sie ihn doch nicht vollständig ignorieren. Im Gegenteil, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das offizielle Deutschland die gleiche Friedensbereitschaft hat wie das demokratische. Es ist notorisch, daß der Kaiser den Frieden wünscht. Diese Haltung bringt ihn ständig in Konflikt mit der deutschen Jingopartei. Der Wunsch des Reichskanzlers, der ein einfacher offener Mann ist und dessen politische Aufrichtigkeit man nicht anzweifeln darf, geht auf eine Verständigung mit England. Die Sympathien der deutschen Finanzwelt liegen in gleicher Richtung. Wir können also die Idee, Deutschland, sei es nun die Regierung oder das Volk, wünsche uns anzugreifen, als falsch zurückweisen. Andererseits muß man

zugeben, daß vom Standpunkt der politischen Theorie betrachtet, die Deutschen wegen ihrer exponierten Lage Grund haben, selber Besorgnisse wegen eines etwaigen fremden Angriffes auf ihr Land zu hegen. Beide Staaten schreiben einander aggressive Ziele zu, obwohl beide in Wirklichkeit nur eine defensive Stellung einnehmen. Allenthalben in England wird heute zugegeben, daß die deutschen Wahlen einen radikalen Umschwung in der englischen Stimmung verursacht haben. Das deutsche Schreckgespenst ist verschwunden, und selbst die deutschfeindliche Presse ist zum Schweigen gebracht. Deutschland und England sind heute einer freundschaftlichen Verständigung näher, als sie es je während der letzten zehn Jahre gewesen sind."

Das liberale Blatt rät dann zu einer Verständigung in der Bagdadbahnfrage. Ferner solle sich England mit einer deutschen kolonialen Expansion einverstanden erklären. „England," meinen die „Daily News", würde einen Besitzwechsel, der die westafrikanischen Kolonien Portugals unter deutsche Herrschaft brächte, nicht nur geduldig hinnehmen, sondern geradezu begrüßen. Schließlich liegt eine gemeinsame deutsch-englische Balkanpolitik angesichts der plötzlichen Krisen, die infolge des italienisch-türkischen Krieges jeden Augenblick im nahen Osten ausbrechen können, im Interesse beider Mächte. Die Gegengabe Deutschlands könnte in einer Anerkennung des englischen Rechts auf maritime Ueberlegenheit bestehen."

Man sieht, die englischen Liberalen wiederholen jetzt ihr altes Anerbieten. Die weltpolitische Konkurrenz soll beseitigt und durch eine Art Kartell abgelöst werden. In England schätzt man den Wert afrikanischer Kolonien immerhin etwas nüchterner ein als in den Kreisen deutscher Imperialisten. Die Geschäftsunkosten des Rüstungswahnsinns werden den Engländern zu groß und das Risiko eines Weltkrieges erscheint ihnen mit Recht zu ungeheuerlich. Die nächsten Tage oder Wochen werden zeigen, wie sich die deutsche Regierung zu dieser Möglichkeit, die Steigerung der Rüstungslasten einzudämmen, verhalten hat.

Der Krieg.

General Caneva nach Italien abgereist.

Rom, 5. Februar. Der Oberbefehlshaber des italienischen Kriegsheeres in Tripolis, General Caneva, hat sich nach Rom begeben, um mit den Mitgliedern des Kabinetts an den Beratungen über die in Aussicht genommenen neuen Aktionen der Expeditionsarmee in Tripolis teilzunehmen. In gut unterrichteten, der Regierung nahestehenden Kreisen wird versichert, daß in der nächsten Zeit energische Vorstöße gegen den Feind unternommen werden sollen. Zu diesem Zwecke sind neue Truppenverstärkungen für Tripolis beabsichtigt. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt gegeben, das Kriegsministerium beobachtet über die projektierten Maßnahmen das strengste Stillschweigen.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 4. Februar. Die „Agenzia Stefani" meldet aus Tripolis: Nach den Berichten von Kundschaftern hat sich eine Mahalla von einigen Hundert Bewaffneten zwischen Gargaresch und Zanzur festgesetzt, um dem eventuellen Vormarsch der Italiener dorthin entgegenzutreten. — Aus Tobruk wird gemeldet: Gestern führte eine Gruppe von etwa hundert Beduinen verschiedene Angriffe von Osten und Süden her gegen die Stellung der Italiener aus. Die Angriffe wurden durch das italienische Gewehr- und Artilleriefeuer, das den Angreifern bedeutende Verluste zufügte, zurückgewiesen. Die Italiener hatten einen Toten.

Die Behandlung der türkischen Kriegsgefangenen.

Konstantinopel, 4. Februar. Infolge der von der türkischen Presse gebrachten Klagen über schlechte Behandlung der nach Caserta geschafften türkischen Kriegsgefangenen hat die Pforte den türkischen Botschafter in Berlin beauftragt, sich dafür zu verwenden, daß die Gefangenen nach einem besseren Platze gebracht werden.

Der italienisch-französische Zwischenfall bei Hodeida.

Paris, 4. Februar. Die französische Regierung richtete eine Anfrage nach Konstantinopel, um Erkundigungen über den Zwischenfall in Hodeida einzuziehen. Ferner gab die Regierung Befehl, daß ein Dampfer der Messageries maritimes, der eben jetzt das Rote Meer kreuzt, in Hodeida anlegen solle, um die Franzosen daselbst aufzunehmen.

Paris, 4. Februar. Die mit dem Bau der Eisenbahn von Hodeida betraute Gesellschaft hat die Regierung ersucht, vor allem ein Kriegsschiff zum Schutze der dortigen französischen Ingenieure und ihrer Familien zu entsenden, die angeblich ohne Obdach seien.

Paris, 5. Februar. In anscheinend offiziösen Zeitungsmitteilungen wird ausgeführt, daß die Eisenbahn von Hodeida ein türkisches Unternehmen sei, an dem nicht bloß französische, sondern auch italienische Kapitalien beteiligt sind. Uebrigens werde in dem bezüglichen von der türkischen Behörde unterzeichneten Vertrage ausdrücklich erklärt, daß die Verluste und Schäden, die dem Unternehmen durch einen Aufstand oder einen Krieg verursacht würden, der türkischen Regierung zur Last fielen. Die Eisenbahngesellschaft müsse für die verursachten Schäden von der türkischen Regierung Ersatz erhalten. Es handele sich also nicht um einen französisch-italienischen, sondern um einen italienisch-türkischen Zwischenfall. Die Türken könnten die Frage über das Bombardement von Hodeida vor das Haager Schiedsgericht bringen.

Paris, 5. Februar. Die italienische Regierung hat dem Ministerpräsidenten Poincaré mitgeteilt, daß sie das italienische Blockadegeschwader im Roten Meer angewiesen habe, die den Postdampfern der Messageries maritimes erteilten Aufgaben tunlichst zu erleichtern.

Die Revolution in China.

Juanschikais ehrgeizige Bestrebungen.

Peking, 5. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Edikt, das Juanschikai beauftragt, die Republik zu errichten, wird voraussichtlich erst veröffentlicht werden, wenn die Vorbereitungen im Süden beendet sind. Juanschikai versucht die republikanische Regierung in Nanking zu überreden, ihre Macht auf ihn zu übertragen, damit er ganz China regieren kann, bis der Nationalkonvent eine permanente Regierung eingesetzt und eine Verfassung gegeben hat. Es ist zweifelhaft, ob die Republikaner auf diese Forderung eingehen werden. Man nimmt vielmehr an, daß vorläufig zwei provisorische Regierungen nebeneinander regieren werden. Juanschikai bekämpft die Verlegung der Hauptstadt und befürwortet die Berufung eines Nationalkonvents für Nordchina. Die Republikaner wünschen, daß Nanking Hauptstadt werde. Augenscheinlich besteht ein enges Einvernehmen zwischen Juanschikai und den Republikanern, die ihm von neuem die Präsidentschaft angeboten haben. Die Uebertragung der Gewalt ist der Oeffentlichkeit nicht bekannt, aber die geschickte Art, wie sie ausgeführt wird, läßt keinen Raum für ernsthafte Befürchtungen. Viele der kaiserlichen Prinzen verlassen Peking. Die Prinzen Kung und Su haben sich nach der Mandschurei begeben, wie man annimmt, um die dortige Stimmung zu ergründen. Der Vizekönig Tschaoershune ist bereit, die Republik anzuerkennen, aber Tschangtschunlin, der Befehlshaber der Truppen in Stärke von 12 000 Mann, bleibt unversöhnlich.

Ein Anleiheversuch der alten Regierung?

Peking, 5. Februar. Die kaiserlich-chinesische Regierung hat mit der deutschen Firma Arnhold Karberg einen Kontrakt abgeschlossen, wonach letztere der Regierung eine sechsprozentige Anleihe in Höhe von 3 Millionen Pfund Sterling gewährt. Die Summe soll zu Aufträgen für Waffen und Munition während der nächsten fünf Jahre an die österreichischen Skodawerke Verwendung finden. Man scheint jedoch dabei nicht in Betracht gezogen zu haben, daß solche Abkommen für die zukünftige chinesische Regierung nicht bindend sind, da den verschiedenen Gesandtschaften die Mitteilung zugegangen ist, mit der kaiserlichen Regierung in der kritischen Periode nicht in Anleiheverhandlungen einzutreten, da die Revolutionäre keine von der ehemaligen Regierung getroffene Finanzmaßnahme anerkennen würden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Februar 1912.

Ein reaktionäres Machwerk.

Die braunschweigische Regierung hat den Abgeordneten die neue Wahlrechtsvorlage zugehen lassen. Danach soll die Landesversammlung aus 54 Abgeordneten bestehen (bisher 48), von denen 36 (bisher 30) aus allgemeinen Wahlen und 18 aus besonderen Wahlen der Berufsstände hervorgehen. Die Wahl der Abgeordneten ist unmittelbar und geheim. Wahlberechtigt ist derjenige, der die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzt, das 25. Lebensjahr vollendet hat, mindestens drei Jahre im Herzogtum ansässig ist und zu mindestens 4 Mark direkter Staatssteuern veranlagt ist. Wählbar ist derjenige, der das 30. Lebensjahr vollendet hat. Die von den Berufsständen zu wählenden Abgeordneten müssen außerdem dem Berufsstande angehören, der die Wahl vornimmt.

Für die allgemeinen Wahlen werden im Herzogtum 12 Bezirke gebildet, von denen auf die Stadt Braunschweig drei entfallen, ferner drei für die Mittelstädte und sechs auf die Landkreise. In jedem Bezirk werden drei Abgeordnete gewählt. Die Wähler eines jeden Bezirks werden derart in drei Abteilungen geteilt, daß auf jede Abteilung ein Drittel des Gesamtsteuerbetrages aller Wähler entfällt. Jede Abteilung wählt einen Abgeordneten.

Die Berufsstände, die für die Landtagswahlen in Betracht kommen, bestehen aus den Grundbesitzern, den Gewerbetreibenden, den evangelischen Geistlichen und den wissenschaftlichen Berufsständen. Die Grundbesitzer wählen insgesamt sechs Abgeordnete, die Gewerbetreibenden, welche zu einer Gewerbesteuer von mindestens 45 M. jährlich veranlagt sind, vier, die Geistlichen zwei und die wissenschaftlichen Berufsstände sechs.

Man sieht, die Vorlage enthält alle nur möglichen Privilegien für die Besitzenden. Das Wahlrecht ist zwar direkt und geheim, aber die Dreiklassenschmach bleibt bestehen und ebenso ihre Verschärfung durch ein mittelalterliches Ständewahlrecht. Um der Arbeiterklasse ja keine Provokation zu ersparen, ist sie von einer Vertretung durch das berufsständige Wahlrecht ausgeschlossen geblieben. In Braunschweig gilt eben der „Arbeiterberuf" nichts; der Arbeiter darf arbeiten, auf Rechte hat er keinen Anspruch! Und das soll sich eine kultivierte Arbeiterklasse auf die Dauer gefallen lassen?

Die Begründung macht über die Vorenthaltung des gleichen Wahlrechts nur die üblichen nichtssagenden Phrasen. Interessanter ist, wie sie die Einführung des direkten Wahlrechts begründet. Es heißt darüber:

„Die Landesregierung ist der Ueberzeugung, daß die indirekte Wahl sowohl in der im Herzogtume bestehenden Eigenart als auch grundsätzlich eine überlebte Einrichtung ist und in fast allen Schichten der Bevölkerung des Herzogtums mißbilligt wird. Die Mißstimmung gegen die indirekte Wahl richtet sich einerseits gegen die in dieser Wahlart liegende Abschwächung des Willens der Wahlberechtigten, anderseits gegen die mangelhafte Folgerichtigkeit des Systems, nach dem wegen der Verschiedenartigkeit der Interessen aus den Wahlberechtigten drei Klassen zur getrennten Wahl der Wahlmänner gebildet, die Wahlmänner aber sodann trotz des Widerstreites der Interessen zu einem einheitlichen Kollegium vereinigt werden, so daß im Endergebnis trotz der Verschiedenartigkeit der Interessen keiner einzelnen Klasse ein selbständiges Bestimmungsrecht zukommt. Bei der allgemein berechtigten Mißstimmung gegen die indirekte Wahl halten wir es im staatlichen Interesse für unbedingt notwendig, den bestehenden Rechtsstand zu ändern, damit nicht die infolge der Landtagsverhandlungen neu befestigten Hoffnungen und Erwartungen auf Einführung des direkten Wahlverfahrens enttäuscht werden und die Gefahr ernster Unzufriedenheit in bürgerlichen Kreisen heraufbeschworen wird."

Diese Verurteilung des indirekten Wahlsystems durch eine stark reaktionäre Regierung sollten sich die preußischen Dallwitze gesagt sein lassen. Im übrigen dürfen wir hoffen, daß die aufreizende Wirkung, die von dieser Schandreform ausgeht, der Sozialdemokratie in Braunschweig Scharen neuer Anhänger zuführen wird.

Kulissenpolitik.

Wir lesen in der rechtsnationalliberalen „Magdeburger Zeitung":

„Bestimmte Teile der allgemeinpolitischen Aussprache im Abgeordnetenhause . . . haben uns einen Blick hinter den Vorhang tun lassen und etwas verraten von ernsten und bedeutsamen politischen Kämpfen, die sich in den Reihen der Rechten und zwischen der Rechten und der Regierung vorbereiten. . . . Es geht um den Kanzlerposten, es geht um den „starken Mann", es geht um die Erbschaftssteuer.

Die Dinge liegen so: Herr v. Bethmann Hollweg hat gegenüber dem neuen Reichstag eine außerordentlich glückliche Stellung. . . . Der Reichskanzler ist in der Lage, sich von der großen Mehrheit der bürgerlichen Parteien die Heeres- und Flottenvorlagen, von der gesamten Linken unter Zuzug mindestens der Reichspartei die Erbschaftssteuer als Hauptbestandteil der Deckungsvorlage bewilligen zu lassen! Das ist es, was die Konservativen so sehr in Harnisch gegen ihn bringt und was weiterhin die in den Landtagsdebatten zum Ausdruck gekommene Spaltung der Rechten verursacht.

Die Freikonservativen treten zum Kanzler nicht um des Herrn v. Bethmann willen, sondern in der Einsicht, daß nur über die positive Erledigung der Erbschaftssteuer hinweg der Weg gefunden werden kann zur Versöhnung der bürgerlichen Parteien. Sie, die doch wahrlich nicht in dem Verdacht stehen, der Sozialdemokratie freundschaftlich oder auch nur schonend gegenüberzutreten, wollen daher zurzeit keinen Kampf mit Feuer und Schwert gegen die Inhaber der 110 roten Mandate, deren Träger augenblicklich gebraucht werden, um durch die Zustimmung zur Erbschaftssteuer mitzuarbeiten an der späteren Aussöhnung ihrer Gegner. Die Konservativen aber, unter der Führung jener Männer, die diesmal in den Wahlen ebenso unterlegen sind, wie sie 1903 wegen ihrer feindseligen Haltung gegen den segensreichen Zolltarif unterlagen, bleiben in der erbitterten Gegnerschaft gegen die Erbschaftssteuer stehen und wollen den Kanzler, der die für diesen Fall günstige politische Konstellation im Reichstage zu ihrer Durchführung zu benutzen bereit ist, stürzen, indem sie an der höchsten Stelle im Reiche alles Erdenkliche tun, um ihn wegen der Benutzung der Sozialdemokratie zu positiver Arbeit zu verdächtigen und unmöglich zu machen. Sie rufen nach dem starken Mann, der den Umsturz von unten mit dem Schwert in der Faust niederringt durch den Umsturz von oben und der sie von der Erbschaftssteuer freihält.

. . . Wenn es Herrn v. Bethmann gelingt, den jetzt gegen ihn von der äußersten Rechten her einsetzenden Treibereien ein Paroli zu bieten, dann wird er aus dem neuen Reichstage gleich in den ersten Monaten überraschend erfreuliche gesetzgeberische Resultate herauszuziehen vermögen. Aber es ist ein Kampf auf Leben und Tod, den er mit Unterstützung der fortschrittlicheren Konservativen gegen die erbitterten Feinde der Erbschaftssteuer und gegen die Befürworter des Umsturzes von oben während dieser nächsten Monate zu kämpfen haben wird."

Auf das Treiben der „wahren Patrioten" werfen solche Ausführungen ein immerhin bezeichnendes Licht. Aber schon sehr naiv ist es, wie die Herren dabei die Sozialdemokratie als Mittel für ihre Bestrebungen zu benutzen hoffen. Da werden sie aber wirklich die Rechnung ohne den Wirt machen.

Die „anständigen Waffen" der Konservativen.

Im Wahlkreis Löwenberg versuchte der konservative Malermeister Behmann bekanntlich unseren Vertrauensmann Alte durch 1500 M. zu bestechen, damit die Sozialdemokraten sich bei der Stichwahl zwischen Konservativen und Fortschrittlichen Volkspartei der Stimme enthalten sollten. Als er damit glatt abfiel, erschien kurz darauf folgendes Flugblatt ohne Angabe des Verlegers und Druckers:

Arbeiter des Kreises Löwenberg!

Enthaltet Euch in der Stichwahl des Kreises Löwenberg am 20. Januar der Abstimmung.

Hinweg mit der Partei, die für uns Arbeiter noch nie etwas getan hat und die unsere Kandidaten Schiller und Taubadel in Hirschberg-Schönau und Görlitz-Lauban so skrupellos bekämpft hat.

Wir können den Kandidaten einer Partei nicht wählen, deren Vertreter in der Reichstagskommission für die Beratung der Reichsversicherungsordnung gegen die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre geredet und gestimmt hat. (!) Dieser Vertreter war Herr Mugdan.

Mit den nachträglichen Anträgen im Reichstage wollte man nur unwissenden und urteilslosen Wählern Sand in die Augen streuen.

Wir können einen Kandidaten nicht wählen, der unsere früheren Reichstagskandidaten mit den Worten beschimpfte: „Was sind Sie denn anders als ein hergelaufener Handwerksgeselle!"

Fällt Kopsch in Löwenberg, dann ist sicher anzunehmen, daß die rechtsstehenden Parteien in den Kreisen Hirschberg-Schönau und Lauban-Görlitz sich auch der Stimme enthalten werden.

Nochmals fordern wir alle Genossen (!) dringend auf, den volksfeindlichen Freisinn den Kampf mit den bürgerlichen Kandidaten allein führen zu lassen und vollständige Stimmenthaltung zu üben.

Viele entschieden sozialdemokratische Wähler.

Eine Anfrage der Breslauer „Volkswacht" an die rechtsstehenden Parteien, wo die „entschieden sozialdemokratischen Wähler" zu finden sind, blieb unbeantwortet. Jetzt ist unser Bruderblatt in der Lage, den Schleier über den Herausgeber des Flugblattes zu lüften. Es ist die wegen ihrer skrupellosen Kampfesweise bekannte klerikale Greiffenberger Zeitung „Der Greiff". Obwohl das Blatt in einer eigenen Druckerei hergestellt, wagte man nicht, das anonyme Flugblatt in dieser herzustellen. Man beauftragte damit die Druckerei des „Hirschberg. Tagebl.", sicher in der ganz bestimmten Erwartung, daß als der „aus Versehen" vergessene Herausgeber des „Hirschb. Tagebl." zeichnen würde. Der Besitzer desselben aber weigerte sich, seine Firma darunter zu setzen, und da der klerikale „Greiff" auch nicht dazu aus leicht begreiflichen Gründen zu haben war, war zunächst Holland in Not. Schließlich ordnete der „Greiff" an, daß der Name einer klerikalen Druckerei aus Neisse unter das Flugblatt zu setzen sei. Aber auch die Neisser Gesinnungsgenossen waren mit der Lumperei nicht einverstanden und verweigerten telegraphisch die Zustimmung. Schließlich blieb den klerikalen Herren nichts weiter übrig, als von den inzwischen mit der Neisser Firma hergestellten Flugblättern die Firma wegzuschneiden und es anonym verbreiten zu lassen.

Der Bestechungsversuch, die anonymen Flugblätter und alle anderen Täuschungsmanöver haben zwar nichts genützt, unsere Genossen stimmten geschlossen für den Fortschrittler. Aber jedenfalls sind die Vorkommnisse in Löwenberg wieder ein Beweis dafür, mit was für „anständigen Waffen" die Hetzbrand und Konsorten kämpfen.

Die klerikale „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" und die Reichstagswahl.

Die M.-Gladbacher „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat vor der Reichstagswahl in Exzessen gegen die verhaßte sozialdemokratische Arbeiterbewegung geradezu geschwelgt. Dutzendmale wurde versichert, daß man der „roten Partei" bei der Wahl die Reichsversicherungsordnung und diverse andere Sachen „um die Ohren schlagen" wolle, daß ihr Hören und Sehen vergehe. Jetzt nach der Wahl ist das Zentrumsarbeiterblatt recht kleinlaut geworden. Es spricht von einer „bangen Frage", die angesichts des sozialdemokratischen Wahlsieges „auch manchem Zentrumswähler auf die Lippen" gekommen sei: wohin das führen solle!

Und der ganze mehr als fadenscheinige „Trost" aus der M.-Gladbacher Zentrale der Zentrumschristen lautet:

„Nur ruhig Blut. Die Welt wird schon wieder vernünftig werden. Nur nicht erlahmen in der systematischen Aufklärungsarbeit im Volke. Wer es heute ehrlich mit unserem Volke meint, der arbeite rüstig weiter, es zu politischer Reife und Verantwortlichkeit zu erziehen, statt vom heutigen Zustande der Unreife die wildesten Konsequenzen zu ziehen. Die rote Flutwelle von heute ebbt wieder zurück."

Diese „Trost"worte haben sich die Gegner der Arbeiterbewegung seit den Attentatsjahren bei jeder Reichstagswahl ein-

geredet, und jede weitere Wahl hat die Prophezeiungen elend Lügen gestraft: Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist ständig gestiegen. Das weiß natürlich auch die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ recht gut, ihre Schwindelpraxis erzeugt aber fortwährend neuen Schwindel. Was will man auch sonst den genasführten katholischen Arbeitern, die doch auch fürderhin noch weiter eingeseift werden sollen, sagen?

Ueberdem kann ja auch die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ selbst ihre Angst nicht verbergen. Sie schreibt:

„Gewiß, zunächst bekommen die bürgerlichen Parteien allesamt den Uebermut der Sieger zu kosten. Was die Sozialdemokratie neuerdings unter so eigenartigen Umständen erobert hat, wird neue Begeisterung und Kampfeslust in den roten Heerscharen auslösen, wird das Riesenheer weiterhin beleben und angriffslustig machen. Das werden insbesondere die christlich organisierten Arbeiter spüren. Was sie in den nächsten Wochen von siegestollen „Genossen“ auszustehen haben werden, kann man sich vorstellen. Aber sie sind gottlob Manns genug, sich zu wehren.“

Wir finden, daß diese Töne nicht gerade geeignet sind, die „Wehrhaftigkeit“ und Dienstwilligkeit der zentrumschristlichen Arbeiter gegen den „roten Feind“ zu stärken. Im Gegenteil steht zu erwarten, daß viele katholische Arbeiter, die sich bisher noch von der zentrumschristlichen Schwindelfirma einwickeln ließen, die Gefolgschaft aufkündigen werden.

Schlechte Aussichten für die Regierung.

Die Aussichten der preußischen Steuervorlagen, deren Beratung am Montag im Abgeordnetenhause begann, sind, nach dem ersten Verhandlungstage zu urteilen, recht schlechte. Zwar gab sich der Finanzminister Dr. Lentze in seiner einleitenden Rede große Mühe, die Notwendigkeit höherer Steuern zu beweisen und auch die sonstigen Bestimmungen des Gesetzentwurfs zu verteidigen, aber er fand dabei wenig Entgegenkommen. Alle Redner brachten mehr oder weniger gewichtige Bedenken gegen die von der Regierung geplante Verewigung der Steuerzuschläge vor, Abg. Keil (natl.) vor allem erklärte, daß seine Freunde die dauernde Beibehaltung der Zuschläge glatt ablehnen würden, und der Redner des Zentrums, Abg. Graf Spee, malte sogar das rote Gespenst an die Wand, indem er gegen die staatssozialistische Entwickelung des preußischen Steuerwesens donnerte, die auf die Dauer zur Sozialdemokratie führen werde. Auch die Sprecher der beiden konservativen Parteien, Abgg. Dr. Bredt (fk.) und v. Hennigs-Techlin (kons.), brachten zahlreiche Bedenken vor. Die Konservativen vor allem wollen nichts von wirklich durchgreifenden Maßnahmen gegen die Steuerdefraudanten auf dem Lande wissen.

Unseren Standpunkt vertrat mit eindringlicher Gründlichkeit Genosse Hirsch, der den sozial richtigen Grundgedanken der Miquelschen Steuerreform klarlegte und unter großer Heiterkeit hinzufügte, daß diese Reform Anklänge an die Zeit aufweist, wo Miquel noch Kommunist gewesen sei. Genosse Hirsch ging weiter auf die Geschichte des Gesetzes ein und erinnerte daran, daß von einer Selbstlosigkeit der besitzenden Klassen, die der Minister so gerühmt habe, keine Rede sein könne, angesichts des Umstandes, daß die Zustimmung zu den neuen Steuern seinerzeit mit einer beispiellosen Verschenkung von Staatsgeldern an die Gutsherren habe erkauft werden müssen. Redner wies ferner auf die gewaltige Belastung der Arbeiter durch die indirekten Steuern und auf ihre verhältnismäßig viel zu starke Heranziehung zur Steuer hin, er stellte die Notwendigkeit der Bewilligung neuer Steuern angesichts der günstigen Finanzlage Preußens in Abrede und verlangte statt dessen Erleichterungen für die Minderbemittelten, in erster Linie Freistellung aller Einkommen bis zu 1500 Mk. Aus seinen Darlegungen ging deutlich hervor, daß es möglich sei, durch eine richtige Handhabung des Gesetzes schon heute weit mehr Steuern herauszuholen, man brauche nur schärfer gegen die Steuerdrücker vorzugehen. Daß unser Genosse die Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter und gegen die Konsumvereine scharf bekämpfte, versteht sich von selbst. Seine positiven Vorschläge, die er in großer Zahl machte, sind recht beherzigenswert und zeigen die Richtung an, die ein Gesetz nehmen muß, wenn es Anspruch auf den Namen eines sozialen Gesetzes erheben will.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Wie in Ostpreußen gewählt wird.

Gegen die Wahl des konservativen Reichstagsabgeordneten Frommer im Wahlkreise Heiligenbeil-Pr. Eylau haben die Liberalen Protest eingelegt. Der Konservative ist mit einer Majorität von 472 Stimmen im ersten Wahlgange gewählt worden. Der Protest ist begründet mit zahlreichen krassen Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen. So ist in zwei Bezirken amtlich nicht bekannt gemacht worden, daß die Wählerlisten ausliegen. In einer Reihe Wahllokale sind Suppenterrinen als Wahlurnen benutzt worden. Die Kuverts mit den Stimmzetteln sind, wie das in Ostpreußen fast überall üblich ist, bei der Wahl sorgfältig auseinandergeschichtet worden, um die Wahl kontrollieren zu können. In einem Bezirk ist die Wählerliste erst einen Tag vor der Wahl zur Kenntnis der Wähler gekommen. In einem Wahllokal hat die Frau (!) des Lehrers den Wählern, die mit konservativen Stimmzetteln versehen waren, liberale Stimmzettel wieder abgenommen und gesagt: „Die richtigen Stimmzettel habt Ihr ja schon!“ Das gleiche hat in einem anderen Wahllokal ein Inspektor getan. In einem Falle ist Boykott angedroht worden. Ein Pole hat auf Grund seines Passes wählen dürfen, obwohl er gar nicht in der Wählerliste stand. In einem Wahllokal sind zwei Wähler erschienen, die beide nicht in der Wählerliste verzeichnet waren; der eine konnte wählen, der andere nicht. In einem Wahllokal hat der stellvertretende Wahlvorsteher, ein Oberinspektor, den Wählern geholfen, die Stimmzettel in die Kuverts zu stecken. Ein Agrarier hat an seine Arbeiter Stimmzettel verteilt, auf die handschriftlich der Name „Frommer“ gesetzt war und ihnen dann befohlen, nur diese Stimmzettel abzugeben. Tatsächlich fanden sich auch etwa 30 solcher Zettel in der Wahlurne. Dadurch, daß er selbst Wahlvorsteher war, konnte er genaue Kontrolle über seine Leute ausüben.

Nicht nur in diesem Wahlkreise, sondern in allen ländlichen Kreisen des Ostens, ist in dieser und vielfach in noch schlimmerer Weise bei der Wahl gewirtschaftet worden.

Die Wahlrechtsvorlage in Anhalt.

Dem anhaltinischen Landtage, der in diesen Tagen zusammentritt, wird auch eine Vorlage über die Reform des anhaltinischen Landtagswahlrechts zugehen. Ueber diese Vorlage wird jetzt berichtet, daß das Landtagswahlrecht geheim bleiben und — unter Wegfall des Wahlmännersystems — ein direktes Wahlrecht werden soll. Zu diesen beiden soll aber noch ein Drittes kommen: das System der Mehrstimmen nach Alter, Bildung und Besitz. Die Grundrichtung des neuen Wahlrechts gehe dahin, ein Pluralwahlrecht etwa nach dem Muster des Königreichs Sachsen einzuführen. Ob die Privilegiertenmandate in ihrem heutigen Bestande aufrecht erhalten werden können, sei eine Frage, die gleichzeitig mit einer Aenderung des Landtagswahlrechts entschieden werden müsse.

Das werktätige anhaltinische Volk wird mit aller Energie dahin wirken, sich sein volles und unverkürztes Recht zu holen.

Wahlproteste.

Aller Voraussicht nach werden dem Reichstage diesmal eine erhebliche Zahl Wahlproteste zugehen, weil ziemlich viele Abgeordnete mit einer Mehrheit von nur wenigen Stimmen gewählt sind. Unter anderem ist auch gegen das Mandat des freikonservativen Abgeordneten v. Oertzen ein Protest eingelegt worden, der damit begründet wird, daß 412 Patienten der Heilanstalt Beelitz nicht in die Wählerliste der Stadt Beelitz aufgenommen worden sind. Trifft das zu, dann wäre die Wahl des Herrn v. Oertzen allerdings ungültig, denn er erzielte in der Stichwahl nur eine Mehrheit von 290 Stimmen, mit denen er über den Kandidaten der Sozialdemokratie siegte. Das Zentrum wird gegen die Wahl des Abgeordneten Bassermann gleichfalls Protest erheben.

Ersatzwahlen in Elsaß-Lothringen.

Infolge der Ungültigkeitserklärung der Landtagswahlen im 50. Wahlkreise (Diedenhofen-Großhettingen) und im 60. Wahlkreise (Bitsch-Rohrbach-Wolmünster) waren für Sonntag Ersatzwahlen in beiden Kreisen ausgeschrieben worden. In Diedenhofen-Großhettingen wurde Zimmer (Lothringer Block) mit 2841 Stimmen wiedergewählt; auf den Gegenkandidaten Decker entfielen 1648 Stimmen. In Bitsch-Rohrbach-Wolmünster ist nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen die Wahl des Zentrumskandidaten Hesse mann mit rund 3840 Stimmen erfolgt. Auf den Gegenkandidaten entfielen rund 1710 Stimmen. Eine kleine Gemeinde steht noch aus.

Herr Gräfe, der antisemitische Reichstagsabgeordnete für Bautzen, der bisher mit den Abgeordneten Bruhn und Werner die Deutsche Reformpartei im Reichstag vertrat, wird sich im neuen Reichstag der konservativen Fraktion anschließen, so daß diese insgesamt 44 Abgeordnete zählen wird.

Hoffentlich wird man bald hören, daß sich Herr Bruhn dem Zentrum angeschlossen hat, denn er gehört ja in die Partei für „Wahrheit“.

Verurteilter Offizier.

Das Kriegsgericht in Thorn verurteilte Leutnant Wilhelm Voß vom 176. Infanterieregiment wegen Erstattung einer falschen dienstlichen Meldung, Ungehorsam, Bestechung und anderer Vergehen zu zwei Monat Gefängnis, vier Monat Festungshaft und Dienstentlassung. Die Verhandlung fand einschließlich Verlesung der Anklage unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Voß erregte Mitte Dezember dadurch besonderes Aufsehen, daß er von einem Fort aus ohne Auftrag die ganze Garnison alarmierte. Er will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Oesterreich.

Ein machtvoller Protest gegen die Kriegshetze.

Man weiß, daß das deutsche Zentrum dem Königreich Italien, das den Kirchenstaat so rücksichtslos verspeist hat, nicht grün ist. Auf manchem Katholikentage hat die Feindschaft gegen die „Kirchenräuber“ ihren Ausdruck gefunden. Weit größer aber ist der Haß gegen das moderne Italien bei den österreichischen Klerikalen, die auch den Verlust der italienischen Provinzen, die einst zu Oesterreich gehörten, nicht verwinden mögen. Dazu kommt die chauvinistische Hetze eines Bruchteils italienischer Schreier, die, statt sich um die dringenden Aufgaben im eigenen Lande zu kümmern, lieber über die „unerlösten Brüder“ im Auslande schreien und dabei — eben wegen der klerikalen Richtung der österreichischen Politik und der albernen Polizeihetze gegen die italienischen Nationalisten Oesterreichs — sich hauptsächlich gegen die österreichische Herrschaft in Triest und Südtirol wenden. Seitdem nun seit einigen Jahren in den Kreisen des österreichischen Thronfolgers in Imperialismus gemacht wird, scheint das nicht allzu starke Italien, das den bigotten Herrschaften ohnehin verhaßt ist, geeignet, als Objekt einer Auffrischung österreichischen Kriegsruhms zu dienen. Die Schwierigkeiten, die sich Italien durch seinen Raubzug nach Tripolis geschaffen hat, scheinen da als günstige Gelegenheit für kriegerische Gelüste dienen zu sollen.

Diesem frivolen Treiben entgegenzutreten, war der Zweck einer von der niederösterreichischen Landesparteivertretung einberufenen, glänzend besuchten Protestversammlung, in der Abgeordneter Dr. Ellenbogen referierte. Er legte die Ursachen des Gegensatzes in der geschichtlichen Entwickelung beider Staaten, ihrer Handelskonkurrenz insbesondere auf der Balkanhalbinsel, ihrer verschiedenen Stellung zu Kirche und Jesuitismus und den Kriegshetzereien kleiner Cliquen in beiden Ländern dar und widerlegte die Meinung, daß jetzt die Gelegenheit zum Angriff für Oesterreich so günstig sei, wie die Kriegstreiber glauben.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die mit aller Entschiedenheit gegen die frivolen Friedensstörer protestiert, dem italienischen Volke Gruß entbietet und die Hoffnung ausspricht, daß es der italienischen Sozialdemokratie gelingen werde, die Kriegsstimmungsmache einiger gewissenlosen Faktoren auch dort zum Schweigen zu bringen. Als Voraussetzung einer glücklichen Lösung aller zwischen den beiden Völkern schwebenden Interessenfragen wird die vollständige Demokratisierung Oesterreichs und Italiens gefordert.

Schweiz.

Die Kranken- und Unfallversicherung angenommen.

Bern, 4. Februar. Das Schweizer Volk hat das Bundesgesetz betreffend die Einführung der Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit und Unfall mit 284 000 gegen 236 000 Stimmen angenommen. Alle deutschsprechenden Kantone außer Appenzell und Thurgau stimmten dafür, alle französischsprechenden dagegen. Die erste Vorlage war im Mai 1900 von allen Kantonen mit einer Mehrheit von nahezu 200 000 Stimmen abgelehnt worden.

Portugal.

Keine Parlamentsvertagung.

Paris, 5. Februar. „Matin“ berichtet aus Lissabon: Die Cortes, die zu einem Kongreß zusammengetreten waren, haben den Regierungsvorschlag, das Parlament zu vertagen, mit 90 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Dieser Beschluß, so fügt das Blatt hinzu, ist logisch, da eine Vertagung unter den jetzigen Umständen unerklärlich gewesen wäre, um so mehr, als Ruhe und Ordnung zum größten Teile im Lande wieder hergestellt sind. Die Abstimmung hat aber neuerlich den Beweis gebracht, daß die republikanische Mehrheit keineswegs auf so festen Füßen steht, wie von verschiedenen Seiten versichert wurde.

Unruhen in der Provinz.

London, 5. Februar. Kaum, daß es der Regierung gelungen ist, in Lissabon und Oporto die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, kommen schon wieder Meldungen, die von schwerem Aufruhr in der Provinz wissen. „Daily Telegraph“ berichtet in einem Lissaboner Telegramm aus Sezas, daß dort neue ernste Unruhen ausgebrochen sind. Die Regierung hat sofort Truppen in das Aufstandsgebiet entsandt. Auch in Alenuer sollen blutige Unruhen stattgefunden haben.

Rußland.

Ein politischer Massenprozeß.

Ein Hochverratsprozeß von riesigem Umfang ist vor dem Kaiserlichen Senat in Petersburg unter Ausschluß der Oeffentlichkeit in Szene gesetzt worden. Er richtet sich gegen „Dachnakutium“, die sozialistisch-revolutionäre Organisation Armeniens, von der 159 Mitglieder vor Gericht stehen. Verhaftet hatte man zuerst 700 Personen, von denen man nahezu ein Viertel seit drei Jahren in den ungesunden Kerkern von Tiflis in Haft gehalten hat. Unter den zahlreichen Erkrankten, von denen infolge der scheußlichen Kerkerverhältnisse ein Teil zugrunde gegangen ist, meist Leuten von hoher Intelligenz, war auch der meistgeschätzte Dichter des heutigen Armeniens, Aharonian, der in der Haft tuberkulös wurde. Infolge einer von Anatole France und anderen inszenierten Protestbewegung wurde der gefangene Dichter gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt. Auf den Rat seiner Freunde brachte er sich in Europa in Sicherheit. Aber die große Masse seiner Leidensgefährten muß sich jetzt wegen ihres Mühens um menschliche Zustände im russischen Schlächterreiche vor dem Ausnahmegericht verantworten. Das Urteil, meist langfristige Verbannung in die Kerker und Einöden Sibiriens, dürfte gegen die meisten im voraus gesprochen sein.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

In Chemnitz (16. sächsischer Reichstagswahlkreis) wurde die erste Parteiversammlung nach unserem Wahlsieg am Sonntag abgehalten. Der Vorsitzende, Genosse Max Müller, wies bei der Eröffnung auf den erfolgreich geführten Kampf hin und bemerkte, daß für die Parteigenossen nunmehr erhöhte Verpflichtung besteht, weiter zu arbeiten und Parteiangelegenheiten freundschaftlich und sachlich zu beraten. Jedenfalls würden die Gegner alle Anstrengungen machen, um Mittel zu gewinnen zum Zwecke der Niederwerfung der Sozialdemokratie. Demgegenüber müsse von allen Parteigenossen verlangt werden, daß sie in bezug auf Organisation und Agitation in Zukunft noch mehr tun als bisher schon geschehen sei.

An Stelle des vor kurzem verstorbenen Genossen Emil Riemann wurde Genosse Bernhard Weber als Mitglied der Preßkommission gewählt. Die Berichterstattung vom Schiedsgericht in Sachen Fischer-Mittweida hatte Genosse Robert Krause übernommen. Der Spruch des Schiedsgerichts, das von den Genossen Molkenbuhr, Schippel und Schulze-Cossebaude gebildet worden war, wurde nach lebhafter Aussprache von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Eine lebhafte Aussprache schloß sich an der Mitteilung des Vorsitzenden an, daß der Vorstand mit dem Ausschuß sich im Anschluß an die Reichstagswahlen mit der Entwickelung der Organisation und der Zeitung beschäftigt habe. Die Verhandlungen hatten das Ergebnis, die jetzige Zeit als die günstigste zur Agitation für die Presse und für die Organisation zu verwenden und die Parteigenossen zu kräftiger Mitarbeit heranzuziehen. Die Aussprache ließ erkennen, daß allenthalben die Bereitwilligkeit und Lust zu der nötigen Arbeit vorhanden ist. Auch wurden noch verschiedene beachtenswerte Anregungen und Hinweise für die praktische Arbeit aus der Versammlung heraus gegeben.

Die Sozialdemokratie Niederösterreichs

hielt in Wien ihren Landesparteitag ab. Wie der Sekretär, Abg. Genosse Bretschneider berichtete, beträgt der Stimmengewinn im Lande bei den Reichsratswahlen 1911 gegen die von 1907 26 000 Stimmen. Die Zahl der Parteimitglieder in Wien war Ende Juni 39 617, Ende Oktober schon 42 655, dazu kommen 7400 Parteimitglieder in der Provinz Niederösterreich, was eine Organisationsstärke von 33,3 Prozent der sozialdemokratischen Wahlstimmen bedeutet. Die Koalition der Deutschfreiheitlichen und Christlichsozialen brachte uns am manchen Gemeindewahlerfolg. Die Reichsratswahlen, die der Partei in Niederösterreich 26 Mandate brachten, kosteten nur 21 150 Kronen; die meiste Arbeit wird ehrenamtlich geleistet. Zu den Landesfinanzen trug das obligatorische Parteiwochenblatt „Volkstribüne“ (Auflage 60 000) 16 000 Kronen bei. Es ist überhaupt eine der stärksten Einnahmequellen der deutschösterreichischen Partei, ist aber, wie Austerlitz und Bauer ausführten, der Verbreitung der „Arbeiterzeitung“ nicht allzu förderlich. Die Jugendorganisationen vermehrten sich in dem einen Jahre von 37 auf 64. Abg. Gen. Schuhmeier wandte sich dagegen, daß mit dem „Volk“, dem vierzehntägigen Organ für die Landagitation, der „Volkstribüne“ Abbruch getan werde, namentlich wenn es achttägig erscheine. Die Debatte hierüber dauerte fast einen Tag. Der Verwalter des Zentralorgans, Gen. Emmerling, berichtete, daß der Absatz der „Arbeiterzeitung“ 1911 um 4500 gesteigert werden konnte und die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung“ auf 27 000.

Der Parteitag beschäftigte sich noch mit der Landtagspolitik, den Baugenossenschaften usw.

Das Archiv der dänischen Sozialdemokratie.

Am Donnerstag wurde in Kopenhagen das Partei- und Gewerkschaftsarchiv unserer dänischen Genossen eröffnet, dessen Gründung schon im Jahre 1908 vom Parteitage wie vom Gewerkschaftskongreß beschlossen worden war. Das Archiv erstreckt sich sowohl auf die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung in Dänemark, wie auf die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im Auslande und enthält außerdem eine Sammlung sozialpolitischer Literatur vom In- und Auslande. Es umfaßt jetzt schon 8000 Nummern und ist in der Kompagnistræde 14 untergebracht, wo auch das Kartell der Arbeiterorganisationen Kopenhagens sein Bureau und seinen Lesesaal hat. Das Archiv ist zu Studienzwecken vorläufig Mittwochvormittags und Donnerstagabends geöffnet. Als Archivar ist der Genosse Karl Kiefer tätig.

Der Sozialismus in Kanada.

In das Provinzialparlament von Ontario, der an die alten Weststaaten der Vereinigten Staaten grenzenden Provinz Südkanadas, wurde der Sozialist Allan Studholme, Kandidat der Unabhängigen Arbeiterpartei, gewählt. Die Stimmenzunahme war in der ganzen Provinz so groß, daß die bürgerliche Presse von einer „sozialistischen Sturzwelle“ spricht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Zeugniszwang gegen ein Parteiblatt.

Die „Bielefelder Volkswacht“ brachte seinerzeit einen Bericht über eine Schwurgerichtsverhandlung, die am 21. Juni 1911 in Detmold gegen den Holzbildhauer Maurer in Lage stattfand. Maurer wurde bekanntlich zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, weil er in einer Schöffengerichtsverhandlung in Lage am 22. Februar einen Meineid geleistet haben sollte. Der Meineid sollte darin liegen, daß er zugunsten eines wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung Angeklagten erklärte, eine beleidigende Aeußerung des Angeklagten gegenüber zwei arbeitswilligen Frauen nicht gehört zu haben.

Maurer hatte durch Rechtsanwalt Heinemann Revision eingelegt und das Urteil wurde vom Reichsgericht aufgehoben. In der Verhandlung gegen Maurer hatte sich ein Geschworener selbst als befangen bezeichnet und der Vorsitzende des Gerichts hatte diesen entlassen. Diesem Formfehler war es zu danken, daß die Angelegenheit erneut vor das Schwurgericht kommt.

Jetzt wurde nun der die „Volkswacht“ verantwortlich zeichnende Redakteur, Genosse Schädlich, als Zeuge über den Verfasser des Berichts vernommen. Natürlich verweigerte er die Aussage, obgleich preßgesetzlich Verjährung eingetreten ist. Das Gericht verurteilte ihn deswegen zu 70 M. Geldstrafe oder sieben Tagen Haft, denn: „aus den Umständen des Falles könne ein Grund der Zeugnisverweigerung nicht entnommen werden.“ — Man wird abwarten müssen, wie sich die Sache weiter entwickelt.

Wahltag und Ministerkrise in Bayern.

An demselben Tage, an dem das bayrische Volk, behindert allerdings durch eine den Zentrumsinteressen angepaßte Wahlkreiseinteilung, über die künftige Politik des Landes entscheiden soll, hat das bayrische Ministerium seine Demission gegeben. Und fast scheint es, daß mit dieser Demission der Entscheidung des Volkes vorgegriffen werden soll.

Das Zentrum hat in den letzten Tagen noch all seinen höfischen Einfluß aufgeboten, um die Regierung zu einer Stellungnahme zu seinen Gunsten zu bewegen. Der Erlaß, der die Staatsbeamten gegen die Wahl von Sozialdemokraten scharf zu machen versuchte, war ein Erfolg dieser Zentrumseinflüsse. Jetzt ist das ganze Ministerium zu Fall gekommen. Wird auch das Urteil über die politische Bedeutung dieser Demission erst feststehen, wenn die Zusammensetzung des neuen Ministeriums bekannt sein wird, so erscheint es doch wahrscheinlich, daß gerade die dem Zentrum weniger freundlich gesinnten Minister ausgeschaltet werden sollen. Wenigstens meint die „Frankfurter Zeitung", Herr v. Podewils, der bisherige Ministerpräsident, der ein getreuer Diener des Zentrums ist, werde mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden, die dem Zentrum verhaßten Mitglieder aber, der Finanzminister von Pfaff und der Verkehrsminister von Frauendorffer würden zurücktreten. Das Ministerium würde danach im Sinne einer reaktionären konservativ-zentrumsfreundlichen Politik zusammengesetzt werden.

Bestätigt sich diese Vermutung, dann hätte das Zentrum mit Hilfe einer höfischen Kamarilla sich auf jeden Fall gegen einen ihm ungünstigen Wahlausfall zu sichern gesucht. Allzuviel würde es ihm auf die Dauer nicht nützen. Zur Beurteilung seiner im Innersten volksfeindlichen Natur wäre dieses Ausspielen der Krone gegen den Volkswillen allerdings nicht uninteressant.

Bis zur Stunde liegt das endgültige Resultat der Wahlen noch nicht vor, es läßt sich also auch nicht beurteilen, ob der Zweck des Wahlabkommens erreicht und das Zentrum aus der Majorität geworfen ist. Sicher ist aber die erfreuliche Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion erheblich verstärkt in den neuen Landtag einziehen wird. Geht sie dort schweren Kämpfen mit einer reaktionären Regierung entgegen, so schrecken Sozialdemokraten diese nicht. Je unverhüllter die Reaktion, desto rascher werden wir ihrer Herr werden.

• • •

Das Gesammtergebnis.

München, 5. Februar. Bis 12 Uhr nachts waren 157 Wahlresultate bekannt. Gewählt sind 83 Zentrum, 34 Liberale und Deutscher Bauernbund, 29 Sozialdemokraten, 4 Bayerischer Bauernbund, 7 Bund der Landwirte.

Das Zentrum gewinnt zwei und verliert 13, die Liberalen gewinnen 13 und verlieren 4, die Sozialdemokraten gewinnen 8, der Bayerische Bauernbund gewinnt 3 und verliert 2, der Bund der Landwirte gewinnt 2 und verliert 11.

Aus sechs Wahlkreisen ist das Resultat noch nicht bekannt.

•

Bamberg, 5. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Im 1. Bamberger Wahlkreise wurde der bekannte Zentrumsführer Domkapitular Dr. Schädler hinausgewählt. Sein bisheriges Mandat wurde durch den Liberalen Heß erobert.

•

Ueber den Ausgang der Wahlen liegen bisher folgende Meldungen vor:

München 1. Gewählt: Schön, Blockland. (Lib.). Bisher Lib.
München 2. Gewählt: Pickelmann, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
München 3. Gewählt: Löweneck, Blockland. (Lib.). Bisher Lib.
München 4. Gewählt: Dr. Quidde, Blockland. (Lib.). Bisher Lib.
München 5. Gewählt: Dr. Günther, Blockland. (Lib.). Bisher Lib.
München 6. Gewählt: Schmitt, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
München 7. Gewählt: Roßhaupter, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
München 8. Gewählt: Müller, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
München 9. Gewählt: Auer, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
München 10. Gewählt: Timm, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
München 11. Gewählt: Schmid, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
München 12. Gewählt: v. Vollmar, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
München-Land. Gewählt: Nimmerfall, Blockland. (Soz.). Bisher Zentrum.
Augsburg 1. Gewählt: Dr. Dirr, Blockland. (Lib.), Bisher Lib.
Augsburg 2. Gewählt: Rollwagen, Blockland. (Soz.). Bisher Zentrum.
Augsburg 3. Gewählt: Wörle (Zentr.). Bisher Zentr.
Nürnberg 1. Gewählt: Säckler, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
Nürnberg 2. Gewählt: Haeberlein, Blockland. (Soz.). Bisher Zentr.
Nürnberg 3. Gewählt: Süßheim, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
Nürnberg 4. Gewählt: Dorn, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
Nürnberg 5. Gewählt: Simon, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
Nürnberg 6. Gewählt: Schneppenhorst, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
Würzburg 1. Gewählt: Endres, Blockland. (Soz.). Bisher Zentrum.
Würzburg 2. Gewählt: Köhl, Blockland. (Lib.). Bisher Lib.
Würzburg 3. Gewählt: 1. Abg. Stang, (Zentr.). Bisher Zentr. 2. Abg. Reuß (Zentr.). Bisher Zentrum.
Ludwigshafen 1. Gewählt: Huber, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
Ludwigshafen 2. Gewählt: Körner, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
Kaiserslautern. Gewählt: 1. Abg. Hoffmann, Blockland. (Soz.). Bisher Soz. 2. Abg. Klement, Blockland. (Soz.). Bisher Soz.
Bamberg 1. Gewählt: Heß, Blockland. (Lib.). Bisher Zentr.
Bamberg 2. Gewählt: 1. Abg. v. Malsen (Zentr.). Bisher Zentr. 2. Abg. Soffer (Zentr.). Bisher Zentr.
Speyer. Gewählt: Profit, Blockland. (Soz.). Bisher Zentrum.
Landau. Gewählt: Eckerle, Blockland. (Lib.). Bisher Zentrum.
Memmingen. Gewählt: Kohl, Blockland. (Lib.). Bisher Zentr.
Traunstein. Gewählt: Eisenberger, Blockland. (Bauernb.). Bisher Zentrum.
Eggenfelden. Gewählt: Steiner, Blockland. (Bauernb.). Bisher Zentrum.
Sulzbach. Gewählt: Kliegel, Blockland. (Lib.). Bisher Zentrum.
Kempten. Gewählt: 1. Abg.: Haug, Blockland. (Lib.). Bisher Zentrum. 2. Abg.: Gölzer, Blockland (Soz.). Bisher Zentrum.
Frankenthal. Gewählt: 1. Abg.: Kopp, Blockland. (Lib). Bisher Lib. 2. Abg. Keidel, Blockland. (Soz.). Bisher Bund der Landwirte.
Bayreuth. Gewählt: 1. Abg.: Casselmann, Blockland. (Lib.). Bisher Bd. d. Landw. 2. Abg.: Winsauer, Blockland. (Lib.). Bisher Lib.
Kirchheimbolanden. Gewählt: 1. Abg. Giesen, Blockland. (Lib.). Bisher Bd. d. Landw. 2. Abg. Scheu, Blockland. (Lib.). Bisher Lib.
Kitzingen. Gewählt: Hartmann, Blockland. (Deutsch.Bauernb.). Bisher Bd. d. Landw.
Kulmbach. Gewählt: 1. Abg.: Meußdörffer, Blockland. (Lib.). Bisher Lib. 2. Abg.: Gentner, Blockland. (Soz.). Bisher Bd. d. Landw.
Neustadt a. Aisch. Gewählt: Vogel, Blockland. (Deutsch. Bauernbund.). Bisher Bd. d. Landw.
Wasserburg-Günzburg. Gewählt: Dirnreiter (Zentr.). Bisher Bayer. Bauernbd.

Aus Industrie und Handel.

Eine Genossenschafts-Zuckerfabrik.

Mehrere hundert schwedische Zuckerrübenproduzenten haben sich zur Errichtung einer genossenschaftlichen Zuckerfabrik zusammengetan, deren Hauptabnehmer der Kooperative Verband, d. i. der Verband der Arbeiterkonsumgenossenschaften, sein wird. Die Vertreter der Kapitalinteressen bieten alles auf, die Rübenbauern durch Sozialistenschreck von dem Unternehmen fernzuhalten. Wie es scheint, vergeblich. Die Fabrik soll schon im Herbst den Betrieb aufnehmen; das notwendige Kapital von rund 1 600 000 Kronen ist gesichert. Es werden Anteile von 100 Kronen ausgegeben. In dem Ausschuß, der die Gründung betreibt, ist der Kooperative Verband durch seinen Geschäftsführer G. W. Dahl vertreten. Dieser Verband, der auch als Großeinkaufsgesellschaft tätig ist, wurde im vorigen Jahre auf Betreiben der Kleinhändler von den verbündeten Zuckerfabriken Schwedens boykottiert, hat aber trotzdem 2,2 Millionen Kilo Zucker umgesetzt. In diesem Jahre wird der Umsatz voraussichtlich auf 4 Millionen Kilo steigen, und weitere Steigerung ist bei dem unaufhörlichen Wachstum der Konsumgenossenschaftsbewegung zu erwarten. Da die Produktion der neuen Fabrik für den Anfang auf 6 Millionen Kilo berechnet ist, wird der größte Teil der Erzeugung seinen Absatz im Kooperativen Verband finden.

Papiermangel als Kriegsfolge.

Das Schutzzollsystem hat in den letzten Monaten in der italienischen Papierindustrie eine ganz eigenartige Situation geschaffen. Durch den Krieg haben fast alle italienischen Tageszeitungen ihre Auflage wesentlich erhöht, was im Verein mit der Ausgabe von Extrablättern den Papierverbrauch ungefähr verdoppelt hat. Jede Industrie, die gezwungen wäre, mit der internationalen Konkurrenz zu rechnen, hätte natürlich diesen neuen Anforderungen Rechnung getragen und die Produktion entsprechend gesteigert. Die italienische Papierindustrie ist aber durch den Schutzzoll von 12,50 Lire pro Doppelzentner Zeitungspapier derartig leistungsunfähig geworden, daß sie gar nicht über die nötigen Maschinen verfügt, um mehr Papier hervorzubringen. Bei dem hohen Schutzzoll konnte sie auch mit ihren rückständigen Maschinen bestehen, und heute, wo man ihre Produkte in höherem Maße beansprucht, ist sie außerstande, diesen Ansprüchen nachzukommen. Sie hat sich einzig dadurch an die neue Situation angepaßt, daß sie die Preise erhöht und die Qualität verschlechtert hat. Der Verband der Herausgeber italienischer Tageszeitungen hat angesichts dieser Umstände beschlossen, eine energische Agitation für die Abschaffung des Einfuhrzolls ins Werk zu setzen. Der Fall zeigt, wie sehr der „Schutz der nationalen Industrie" auf einen Schutz der Parasiten und eine Hemmung der technischen Entwickelung der Industrie hinausläuft.

Rückgang beim Stahltrust.

Das Erträgnis der größten amerikanischen Stahlgesellschaft im vierten Quartal 1911 zeigt einen nicht unwesentlichen Rückgang. Die Reineinnahmen beliefen sich auf nur 23,1 Millionen Dollar gegen 29,5 Millionen Dollar im dritten Quartal 1911 und 25,9 Millionen Dollar im vierten Quartal 1910. Der Reingewinn beläuft sich nach den üblichen Abzügen auf 19,9 Millionen Dollar gegen 22,7 Millionen Dollar im dritten Quartal 1911 und 20,4 Millionen Dollar im vierten Quartal 1910. Wie stark der Rückgang ist, kann man am Sürplus erkennen, das diesmal nur 90 000 Dollar gegen 2,7 Millionen Dollar im dritten Quartal 1911 und rund 400 000 Dollar im vierten Quartal 1910 beträgt. Auf die Stammaktien wird eine Dividende von 1¾ Proz., auf die Vorzugsaktien eine solche von 1¾ Proz. zur Verteilung gebracht. Was sagen die Optimisten zu diesem Abschluß, der die Konjunkturverhältnisse in den Vereinigten Staaten doch lange nicht so glänzend erscheinen läßt, wie jene glauben?

Rückgang der Viehbestände.

Der Rückgang der Viehbestände als Folge der Futternot und der Viehseuchen findet schon in den Auftriebzahlen seinen scharfen Ausdruck. Nach dem Gewicht berechnet ergab der Auftrieb in den letzten drei Monaten an 40 Viehmärkten in 1000 Kilogramm:

	1909	1911	1911 weniger
Rindfleisch	839 473	805 649	33 824
Kalbfleisch	58 412	52 702	5 710
Schafe	26 848	23 213	8 111

Dieser außerordentliche Ausfall konnte im vergangenen Jahre zwar noch durch einen Mehrauftrieb von Schweinen ausgeglichen werden. Aber gerade darin liegt die schlimmste Gefahr. In den letzten Monaten sind schon sehr viele unreife Tiere an den Markt gelangt. Weil das Körnerfutter durch Zölle verteuert wird, haben die Viehhalter ihre Bestände sehr reduziert. Jetzt sind die Ställe leer und nicht lange dauert es, dann schnellen die Schweinepreise erneut hinauf!

Aus der Frauenbewegung.

Der neue Reichstag und die Frauen.

Die Bedeutung des neuen Reichstags für die Frauen wird in einem Artikel des „Berliner Tagebl." unter der Frauen-Rundschau erörtert.

Hierzu schreibt uns eine in der Agitation stehende Genossin: „Genau so inkonsequent wie die ganze bürgerliche Frauenbewegung ist auch dieser Artikel. Die Verfasserin freut sich, daß die Wirtschaftliche Vereinigung und die Reichspartei derart schwere Verluste erlitten haben. Die Wirtschaftliche Vereinigung habe besonders den Frauen im Kaufmannsberuf das Leben erschwert, weil sie im Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband ihre Hauptstütze hat. Warum aber sind die bürgerlichen Frauen im Kaufmannsberuf so oft mit diesem deutsch-nationalen antisemitischen Verband zusammengegangen, wenn es galt, etwas gegen die frei organisierten Handlungsgehilfen zu unternehmen. Wir denken nur noch an die Krankenkassenwahlen in Hamburg, wo dieselben Personen, die von den Antisemiten als „homosexuell veranlagte Weiber" bezeichnet wurden, mit den Antisemiten Arm in Arm gingen, um einige Vorstandssitze zu erobern.

Den liberalen Frauen geht es eben wie dem Liberalismus überhaupt: Theorie und Praxis ist immer zweierlei. Bedauerlich ist nur, daß die Herrschaften immer von sich auf andere schließen. So ist es auch wieder in dem angeführten Artikel, wo es an einer Stelle heißt: „Wenn wir uns den neuen Reichstag ansehen, finden wir neben einigen treuen Freunden unserer Sache 110 Männer, die durch die Satzungen ihrer Partei verpflichtet sind, auch für unsere politische Gleichberechtigung einzutreten. Ob sie es in jedem Falle tun werden, bleibt freilich abzuwarten."

Die liberalen Frauen hätten alle Veranlassung, die 110 sozialdemokratischen Abgeordneten nicht derart zu verdächtigen, denn selbst eine liberale Frau weiß heute schon, daß bisher nur die Sozialdemokratie für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreten ist und wohl auch in Zukunft die einzige Partei bleiben wird. Wenn die Frauen auf die Hilfe der Liberalen warten wollen, können sie lange warten, da können auch die „paar treuen Freunde" nicht helfen.

Die Verfasserin sagt selbst, daß diese 110 Abgeordneten nach den Satzungen ihrer Partei verpflichtet sind, für die politische Gleichberechtigung der Frauen einzutreten. Das hindert sie aber nicht, zu behaupten, daß es fraglich sein wird, ob sie es in jedem Falle tun werden. Wann hat je die Sozialdemokratie Kandidaten aufgestellt, die nicht auf dem Boden ihres Parteiprogramms standen? Selbst liberale Frauen sollten wissen, daß die Sozialdemokratie nur zuverlässige Männer auf solche Posten stellt. Anstatt diese Abgeordneten zu verdächtigen, sollten die bürgerlichen Frauen lieber dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie im Reichstag an den „treuen Freunden" der bürgerlichen Frauenbewegung eine wirkliche Unterstützung finden würde, wenn es sich darum handelt, Frauenforderungen durchzusetzen.

Dabei sieht es bis auf wenige Ausnahmen recht trübe aus.

Charakteristisch ist es auch für die bürgerliche Frauenbewegung, wenn sie selbst einen erfreulicherweise bei den letzten Wahlen unterlegenen Dr. Mugdan zu ihren „treuen Freunden" rechnet. Die Verfasserin ist der Meinung, daß bei künftigen Debatten über Arbeiterinnenschutz, Wöchnerinnenschutz und Säuglingsfürsorge die Frauen sein (Mugdans) fachmännisches Urteil und sein „energisches Eintreten für die Frauen" entbehren werden. Die proletarischen Frauen sind allerdings anderer Meinung. Sie erinnern sich noch sehr gut daran, daß nur der alte Träger es war, der für die sozialdemokratischen Anträge: Schwangerengeld, Hebammenhilfe, ärztliche Behandlung, Stillgeld, Verpflegung usw., gestimmt hat. Die proletarischen Frauen haben aber auch nicht vergessen, daß es Dr. Mugdan war, der sich am schärfsten **gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen** gewandt hat. Die erwerbstätige Frau hat ein großes Interesse an der Selbstverwaltung der Krankenkassen, und sie wird den als ihren Gegner betrachten, der Front gegen die Selbstverwaltung macht. Wenn irgend jemand, so hat Dr. Mugdan die Niederlage verdient. Wenn man diesem Manne eine Träne nachweint, so beweist das nur, wie politisch unreif die bürgerliche Frauenbewegung noch ist und daß sie vor allem nie eine Vertretung der erwerbstätigen Frauen sein kann. Der Dilettantismus hat und behält die Oberhand in dieser Bewegung.

Für die erwerbstätige Frau darf aber die Politik nicht ein angenehmer Zeitvertreib sein, für sie gilt es, mit Hilfe der Politik menschenwürdigere Zustände zu schaffen. Für sie gilt nicht nur die Forderung des Frauenwahlrechtes, für sie gilt die Erringung des gesetzlich festgelegten Achtstundentages, Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, Schaffung anständiger Versicherungsgesetze, Schutz des Koalitionsrechtes usw.. In diesen Fragen versagen aber ständig die Leute, die der bürgerlichen Frauenbewegung nahestehen. Deshalb kann es für die erwerbstätige Frau in jedem Beruf, auch den bürgerlichen Berufen, nur die eine Losung geben: Hinein in die Sozialdemokratie.

Letzte Nachrichten.

Zu dem Zwischenfall in Hodeida.

Rom, 5. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Die französische Botschaft hat die italienische Regierung um freie Durchfahrt eines Dampfers der Messageries Maritimes gebeten, der nach Hodeida gehen soll, um dort 25 französische Staatsangehörige an Bord zu nehmen. Die italienische Regierung ist diesem Ersuchen gern nachgekommen und hat dem italienischen Konsul in Port Said die Weisung erteilt, dem in Frage stehenden Dampfer einen Geleitbrief auszustellen, der ihn ermächtigt, die italienische Blockadelinie zu passieren. Die türkischen Behörden in Hodeida haben die europäischen Staatsangehörigen daran gehindert, Waren auf den Dampfer zu schaffen, der sie aus den blockierten Städten fortbringen sollte. Das italienische Kriegsschiff „Piemonte" hat einstweilen Befehl erhalten, **die Europäer an Bord zu nehmen, damit sie nicht unter den Folgen der Blockade zu leiden brauchten.**

Ein zur Disposition gestellter Bürgermeister.

Goch, 5. Februar. Bürgermeister Duetz-Josun ist vorläufig seines Amtes enthoben worden. Er wurde durch Verfügung des Regierungspräsidenten vom 1. Februar zur Disposition gestellt und gegen ihn die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen nicht ordnungsmäßiger Führung der Amtsgeschäfte beantragt.

Fünf Kinder erstickt.

Lychen, 5. Februar. (H. B.) Bei dem Gute Annenwalde, Kreis Templin, sind gestern abend fünf Kinder eines Arbeiters an Rauchvergiftung gestorben. Die Eltern hatten abends gegen 8 Uhr in dem aus Lehm gebauten Ofen, der allerdings schadhaft gewesen sein soll, Feuer angezündet und die Kinder alsdann für kurze Zeit allein in der Wohnung gelassen. Als sie zurückkehrten fanden sie die Kinder bewußtlos in der mit Rauch angefüllten Wohnung vor. Ein sofort herbeigerufener Arzt vermochte die Bewußtlosen nicht wieder ins Leben zurückzurufen. Die Kinder standen im Alter von 1 bis 6 Jahren.

Brand eines Hoftheaters.

Detmold, 5. Februar. (W. T. B.) Das fürstliche Theater ist heute abend **völlig niedergebrannt.** Inmitten der Vorstellung „Der Bettler von Syrakus" ertönte plötzlich der Ruf: „Feuer!" Die Besucher konnten, ohne Schaden zu nehmen, das Theater verlassen. Der Brand soll durch einen Schornsteindefekt entstanden sein.

Ehedrama.

Straßburg, 5. Februar. (H. B.) In Orschweiler erschoß der Winzer Schnell seine Ehefrau und tötete sich darauf selbst durch einen Revolverschuß. Das Motiv zu der Tat ist in zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom Montag, den 5. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Lentze.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der

Novelle zur Einkommen- und Ergänzungssteuer.

Finanzminister Dr. Lentze: Die Vorlage beruht bekanntlich auf einer gesetzlichen Vorschrift. Zur Deckung des Defizits infolge der Beamtendesoldungserhöhung wurden 1909 Steuerzuschläge provisorisch bewilligt bis zu einer organischen Aenderung der Einkommensteuer, die innerhalb drei Jahren vorgelegt werden sollte. Es ist eingehend berechnet worden, ob das Steueraufkommen der Zuschläge entbehrt werden könne. Die Resultate sind Ihnen in einer Denkschrift vorgelegt. Diese Denkschrift ist keine Milchmädchen- oder Schneiderrechnung, wie Herr Gyßling meinte, sondern eine sehr wichtige und grundlegende Arbeit. Es steckt eine sehr große Gedankenarbeit in ihr; erst durch sie haben wir erkannt, von welchen Gesetzen und Vorbedingungen die Entwickelung unseres Staatshaushalts abhängig ist. Die Arbeit hatte durchaus nicht die Tendenz, von vornherein nachzuweisen, daß die Erhaltung der Steuerzuschläge notwendig ist, sondern untersucht die Entwickelung der Finanzen ganz objektiv. Bei der Etatsberatung hat nun Herr Gyßling gesagt, unsere Finanzlage sei eine geradezu glänzende und man hat auf stärkere Heranziehung der Eisenbahneinnahmen zur Deckung der Verwaltungsausgaben hingewiesen. Daß Preußen in seiner Finanzgebarung durchaus gesund dasteht, ist richtig (Bravo! rechts), aber von einer glänzenden Finanzlage kann keine Rede sein. Der Ausgleichfonds ist gerade geschaffen, um für wirtschaftlich schlechte Jahre eine Rücklage zu haben, daher beweist eine besonders hohe Dotierung dieses Fonds nichts für die augenblickliche Finanzlage. — Der Minister polemisiert des weiteren gegen die Vorschläge des Herrn v. Gwinner im Herrenhause zur Gestaltung des Etats. Das Extraordinarium zum Ersatz der Steuerzuschläge heranzuziehen, halte aber auch Herr v. Gwinner nicht für angebracht. Was die Vorlage selbst anlangt, so haben wir an dem bisherigen bewährten Steuersystem festgehalten und es nur in einigen Punkten verbessert und ausgestaltet. Die Vorschläge zur Aenderung des Steuersystems selbst sind aber auch eingehend geprüft worden, haben sich jedoch, wie die hierüber vorliegende Denkschrift erweist, nicht als verwertbar erwiesen. Mit der Progression wollten wir

nicht weiter als bis 5 Prozent bei über 100 000 Mark gehen,

um eine Abwanderung der großen Kapitalien zu verhindern und mit Rücksicht darauf, daß die Staatssteuer auch die Grundlage zur Gemeindeeinkommensteuer bildet. Die Einkommen von 1200—1500 M. sind von den Zuschlägen freigelassen worden, dagegen war es unmöglich, die Grenze der Einkommensteuerpflicht von 900 auf 1200 Mark zu erhöhen. Es sind aber noch eine Reihe von Erleichterungen für die unteren Steuerstufen vorgesehen. Die Hauptsache ist, daß sämtliche steuerpflichtige Einkommen auch wirklich herangezogen werden. Diesem Zweck dienen eine Reihe Bestimmungen der Vorlage. So werden für vorsätzliche Steuerhinterziehung Gefängnisstrafen festgesetzt. Es ist indes ein sogenannter

Generalpardon

vorgesehen, wonach diejenigen, die für 1913 wahrheitsgemäße Angaben machen, keinerlei Konsequenzen für die Vergangenheit zu befürchten haben. Was den Vorschlag anlangt, statt der Landräte besondere Veranlagungskommissare einzusetzen, so läge es wohl im Interesse einer einheitlichen Veranlagung über die ganze Monarchie (Hört! hört! links), aber ihm stehen doch so erhebliche Bedenken gegenüber, daß wir davon abgesehen haben, ihm zu folgen. Doch sind durch einen Erlaß sämtliche Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen auf das nachdrücklichste auf die sorgfältigste Beachtung der Vorschriften der Steuergesetze hingewiesen worden. Die Durchführung des Erlasses soll durch möglichst häufige Revisionen durch die Vorsitzenden der Berufungsinstanz wie durch die Zentralinstanz überwacht werden. Sollte sich im Einzelfalle die Notwendigkeit herausstellen, so soll ein besonderer Kommissar bestellt werden und zwar nicht bloß in städtischen und gemischten Bezirken, sondern auch auf dem platten Lande. — Angesichts der wesentlichen Verbesserungen, die die Vorlage bringt, hoffe ich, daß Sie ihr freundlich gegenüberstehen und sie verabschieden werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Bradt (fk.): Die Frage, ob die Erhaltung der Steuerzuschläge notwendig ist, hängt von der Prüfung der vorgelegten Denkschrift über die Finanzlage ab. Wir behalten uns daher unsere Stellung zu dieser Frage vor. Im allgemeinen sind wir mit der Vorlage einverstanden. Die leider nicht vorgesehene Progression bei der Ergänzungssteuer ist eine Forderung der Gerechtigkeit.

Abg. Keil (natl.): Die Festlegung der Steuerzuschläge lehnen wir ab, würden aber für eine Erneuerung des Provisoriums, wenn das Bedürfnis nachgewiesen wird, zu haben sein. Wir legen den Hauptwert auf die Reform der Veranlagungskommissionen. Gerade der Erlaß der von dem Minister erwähnten Verfügung beweist die Notwendigkeit dieser Reform, denn ohne Grund wird die Verfügung nicht ergangen sein. Es besteht im Lande ein

tiefgehendes Mißtrauen gegen die heutige Art der Veranlagung.

(Unruhe rechts.) Das wird nicht etwa von uns geschürt, sondern uns überall entgegengebracht. (Sehr richtig! links.) Viele Landräte wünschen selbst die Entlastung von diesem Amt. Die Herren haben gar nicht die Zeit und vor allem auch nicht die nötige kaufmännische Vorbildung dazu. Man füge zunächst als Regel ein, daß prinzipiell ein steuertechnisch vorgebildeter Beamter den Vorsitz übernehmen soll und lasse es nur als Ausnahme zu, daß der Landrat den Vorsitz übernimmt; dann wird es an geeigneten Kräften bald nicht fehlen. Die Erträgnisse der Steuer werden sich bei Verbesserung der Organisation der Steuerveranlagung so vermehren, daß wir in drei Jahren auf die Zuschläge ganz verzichten können. (Bravo! links.)

Abg. v. Hennigs-Techlin (k.): Die Beibehaltung der Steuerzuschläge ist notwendig. Ihre Einarbeitung in das Gesetz wäre an sich wünschenswert, um zu einer gewissen Ruhe in bezug auf die Steuerverhältnisse zu kommen. Aber wir halten den jetzigen Moment für diese Einarbeitung als nicht geeignet, vor allem weil wir die Gestaltung der Steuern im Reich gar nicht übersehen können. Aber auch für eine Bewilligung der Zuschläge auf Zeit sind wir nicht zu haben. Sie müssen auch für die Zukunft erhalten bleiben, bis eben eine organische Neuregelung des Gesetzes möglich ist. Dagegen ist eine Reform im Sinne der Verbesserung der Einschätzung dringend notwendig. Gegen zu niedrige Selbsteinschätzung muß um so mehr energisch eingeschritten werden, als Arbeiter und Angestellte auf Grund der Angaben ihrer Arbeitgeber mit ihrem vollen Einkommen herangezogen werden. Dagegen müssen wir darauf bestehen, daß die Landräte Vorsitzende der Veranlagungskommissionen bleiben. Das Verfahren würde sonst zu bureaukratisch; auch hat das gebildete Publikum mit Subalternbeamten nicht gern zu tun. (Lachen links.) Für eine Deklaration der Vermögen sind wir an sich durchaus, doch muß eine Garantie für volle Heranziehung des Kapitalbesitzes geschaffen sein und die Bedenken des Mittelstandes gegen Schädigungen des Kredits müssen beseitigt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf v. Spee (Z.): Gegen eine staatssozialistische Entwickelung des Steuerwesens müssen wir energisch Front machen. Gibt es doch Personen, die alles in allem 50 Proz. ihres Einkommens an Steuern zahlen. — Der Beweis für die Notwendigkeit einer dauernden Beibehaltung der Steuerzuschläge ist für uns durch die Denkschrift der Regierung nicht erbracht. Die Bestimmung, daß die Zuschläge nicht bei der Berechnung des Wahlrechts in Betracht kommen sollen, widerspricht der Verfassung, nach der „die Steuern" für das Wahlrecht maßgebend sind. (Abg. Hoffmann [Soz.]: Aendern Sie doch das Wahlrecht. Heiterkeit.) Eine Erhöhung der Ergänzungssteuer lehnen wir ab; das führt uns auf eine schiefe Bahn, die nur den Herren Sozialdemokraten erwünscht sein könnte. Ebensowenig können wir der Einführung der Gefängnisstrafe für Steuerdefraudationen zustimmen; wie lange wird es dauern, dann beantragt man Zuchthausstrafe. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Todesstrafe. Heiterkeit.) Was die Anzeigepflicht anlangt, so waren wir Gegner ihrer Einführung. Da sie aber nun besteht, muß sie auch ausgedehnt werden auf Einkommen über 3000 Mark. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Sie werden es verstehen, daß es für mich nicht leicht ist, gegen eine Regierungsvorlage vorzugehen, unmittelbar nachdem der Abg. Graf Spee den Finanzminister als den

neuen Blockbruder der Sozialdemokratie

hingestellt hat. (Heiterkeit.) Graf Spee sprach davon, daß es notwendig sei, der staatssozialistischen Entwickelung entgegenzutreten, da diese auf die Dauer zur Sozialdemokratie führen würde. Daß er selbst bei dieser Gelegenheit das rote Gespenst an die Wand malte, ist typisch. Vielleicht wird er die Konsequenz aus seinen Ausführungen ziehen und aus lauter Patriotismus zum Steuerverweigerer werden. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Rede des Grafen Spee war ein Beweis, wie wenig zutreffend das Wort des früheren Finanzministers v. Rheinbaben ist, daß das jetzige Steuersystem in Preußen ein „glänzendes Zeugnis für die Selbstlosigkeit der besitzenden Klassen" sei. Auch in einer Polemik uns gegenüber sagte der jetzige Finanzminister am 25. Februar v. J.: „Kann eine besitzende Klasse eigentlich mehr Selbstlosigkeit zeigen, als wenn sie eine derartig progressive Besteuerung einführt?" Meine Freunde halten den Grundgedanken des preußischen Steuersystems für richtig. Er weist Anklänge auf an die Zeit, wo der Vater des Gesetzes, Herr v. Miquel, noch unser Parteigenosse war. (Heiterkeit.) Wir sind stets von dem Standpunkt ausgegangen, daß es sozial richtig ist, daß die Steuer bemessen werden muß nach der Leistungsfähigkeit. Aber gegenüber der Verherrlichung unserer Steuergesetzgebung ist es doch angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Regierung seinerzeit die Zustimmung des Parlaments zu dem Gesetze hat erkaufen müssen mit einer

Liebesgabe an die Großgrundbesitzer.

Unser Programm fordert bekanntlich eine progressive Steigerung der Einkommen- und Vermögenssteuer und die Selbsteinschätzungspflicht. Beides ist in Preußen bis zu einem gewissen Grade verwirklicht, wenigstens haben wir bei der Einkommensteuer eine Progression, die uns allerdings noch lange nicht weit genug geht. Es wird sehr viel Rühmens davon gemacht, daß die niedrigen Einkommen nur mit 0,62 Proz. besteuert werden, die höheren Einkommen dagegen mit 5 Proz. Um aber ein richtiges Bild zu bekommen, muß man die gesamte Steuerbelastung des Einzelnen auch mit den indirekten Steuern in Betracht ziehen. (Sehr wahr! bei den Soziald.) Und da haben Männer wie Professor Adolf Wagner und Herr Professor Julius Wolff selbst zugegeben, daß die unteren Einkommen

wesentlich höher belastet

als die mittleren und höheren Einkommen. Graf Spee stellte die Behauptung auf, es komme vor, daß Einkommen bis zu 50 Proz. in Preußen mit Steuern belastet seien. Er hatte dabei wohl Grundbesitzer im Auge. Ja, wenn man alle öffentlichen Lasten zusammenrechnet, so ist es ja wohl möglich, daß ein Grundbesitzer 50 Prozent von dem, was er einnimmt, in Form von solchen Steuern abgeben muß, aber Graf Spee darf nicht vergessen, daß ein großer Teil dieser Leistungen ganz oder überwiegend abgewälzt wird. Will Graf Spee etwa bestreiten, daß die Hausbesitzer in großen Städten es sehr wohl verstehen, die Grundsteuer auf die Mieter abzuwälzen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also es ist gar kein Gedanke daran, daß in Preußen jemand 40 bis 50 Proz. seines Einkommens an Steuern zahlt.

Was das Einkommensteuergesetz anlangt, so ist es bekanntlich im Laufe der Jahre geändert, zum Teil verbessert, zum Teil aber auch antisozial gestaltet worden. Ich denke da an die Belastung der Konsumvereine und vor allem an die

Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter,

die im § 23 des Gesetzes liegt. Dadurch werden die Arbeiter in vollem Umfange zu den Steuern herangezogen, was bekanntlich bei den Leuten, die sich selbst einschätzen, nicht immer der Fall ist. Alles, was im Laufe des Jahres von den Arbeitern verdient wird, wird versteuert, selbst Ueberstunden, trotzdem der Arbeiter durch solche Ueberstunden vielfach noch besondere Unkosten hat, indem er auswärts essen muß usw. Jeder andere würde sich solche Ausgaben von seinem Einkommen abziehen, während das den Arbeitern nicht möglich ist. Wer also die Arbeiter nicht ungerechter behandelt wissen will, als andere Staatsbürger, muß dafür eintreten, daß dies Ausnahmegesetz beseitigt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter haben wir an dem bisherigen Gesetz auszusetzen, daß die Ergänzungssteuer nicht progressiv gestaltet ist. Was die Frage der Beibehaltung der Steuerzuschläge von 1909 anlangt, so habe ich bereits bei der Etatsberatung darauf hingewiesen, daß bei der günstigen Finanzlage eine Notwendigkeit dazu nicht vorliegt. Die Tatsache steht fest, daß die letzten Etatsjahre weit günstiger abgeschnitten haben, als die Regierung angenommen hat. Auch verschiedene Vorredner haben schon der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Regierung zu schwarz sieht. Jedenfalls ist ein Beweis dafür, daß die Steuerzuschläge verewigt oder in das Gesetz eingearbeitet werden müssen, nicht erbracht. Wenn die Regierung weitere Mittel braucht,

Kleines Feuilleton.

Georg Brandes, lange Jahre hindurch der Berater und führende Kritiker der dänischen Literatur, ist am Sonntag 70 Jahre alt geworden. Man hat ihm zu Ehren in Kopenhagen allerlei Ehrungen veranstaltet und u. a. auch ein Brandes-Archiv in der kgl. Bibliothek eingeweiht. Brandes' Bedeutung liegt darin, daß er dem stagnierenden, von Orthodoxie und Romantik beherrschten geistigen Leben Dänemarks das Fenster nach Europa öffnete und frische Luft hereinließ. Als Jude von der national-dänischen Altertümelei frei und geschult in der radikalen bürgerlichen Philosophie Englands und Frankreichs, konnte er mit Erfolg — nach anfänglichen Niederlagen — den Vermittler zwischen Westeuropa und Dänemark spielen. Das Werk, das seinen Namen machte: „Die Hauptströmungen in der Literatur des 19. Jahrhunderts", hat auch in Deutschland dank der Klarheit und Schärfe seines Urteils aufklärend und befreiend gewirkt. 1877 bis 1883 hat Brandes in Berlin gelebt und hier u. a. sein Buch über Lassalle geschrieben, das uns Sozialdemokraten enttäuscht. Als Literarkritiker und Vermittler radikalbürgerlicher Anschauungen konnte Brandes der realistischen dänischen Literatur die Wege ebnen und sie in Konnex mit der ausländischen Literatur, insbesondere der französischen erhalten. Dieses Verdienst ist in Dänemark allgemein anerkannt. Aber die Rolle als Literaturpapst hat Brandes schon lange wieder eingebüßt. Die jüngere dänische Literatur, die Heimatliteratur wie die proletarische, ist ihre eigenen Wege gegangen, zum Teil ohne Brandes, zum Teil gegen ihn. Sie ist wieder durchaus dänisch, aber in freierem und auch tieferem Sinne als die national-romantisch aufgeputzte, die Brandes überwinden half.

Die Schule ohne Religionsunterricht. Auf Grund eigener Anschauung gibt der Münchener Schulrat Georg Kerschensteiner im Februarheft der „Süddeutschen Monatshefte" einen Ueberblick über das Volksschulwesen in den Vereinigten Staaten. Zu Nutz und Frommen all der Wortchristen, die bei uns die Religion zu ihren politischen Unterdrückungszwecken mißbrauchen, wollen wir aus diesem Bericht die Stelle hersetzen, die von dem Mangel an jedem Religionsunterricht in der amerikanischen Staatsschule handelt. Der liberale Schulrat bemerkt:

„Bei aller Verschiedenheit der Lehrpläne in den verschiedenen Staaten und Städten findet sich ein Punkt völliger Uebereinstimmung, die Abwesenheit jeglichen Religions- und Moralunterrichtes. Die fünfundzwanzig Unterrichtsstunden sind ausschließlich dem Profanunterricht gewidmet; der Religionsunterricht ist den Kirchen aller Konfessionen überlassen; der schulfreie Samstag steht diesem Unterricht zur Verfügung. Diese Erscheinung ist nicht die Folge einer willkürlichen Gesetzgebung, sondern hat ihre historische Grundlage. Nicht Gleichgültigkeit gegen die Religion hat den Religionsunterricht aus der Schule ausgeschlossen, sondern die Hochachtung gegen das religiöse Bekenntnis des Einzelnen. Freilich waren die Zeiten, da der Schule die Erteilung von Religionsunterricht versagt wurde, völlig verschieden von der heutigen. Der alte, fromme, puritanische Sinn der eingewanderten Engländer wußte wohl, daß die Religion keine bessere Pflege finden könnte, als in ihren Familien. Sie bedurften der Schule nicht; ja die Schule mit den Schülern aller Bekenntnisse konnte eher dem religiösen Sinne schaden, als ihm nützen. Aber dieser religiöse Sinn ist heute in Millionen von Familien verschwunden. Nicht in den eingewanderten, altenglischen Familien, nicht in den alten amerikanischen Familien, die von ihnen abstammen, nicht in den jüdischen Familien aus dem südlichen Rußland. Aber in den Massen vieler anderer eingewanderter Nationen, vor allem in den weiten Schichten des arbeitenden Volkes. . . . . Die völlige Trennung der Schule von der Kirche hat der Entwicklung des Schulwesens in den Vereinigten Staaten einen beispiellosen Frieden gesichert, unter dessen Segnungen an besonders günstigen Plätzen Fortschritte im Erziehungswesen erfolgten, wie sie kein anderer Kulturstaat in gleich kurzer Zeit aufzuweisen hat."

Musik.

„Der liebe Augustin", die neueste Operette von zwei Librettisten und von dem Komponisten Leo Fall (dem „Löwencasus"), wurde am Sonnabend zum anscheinend allerersten Mal im „Neuen Theater" unter der Direktion Max Monti aufgeführt. Voraussichtlich wird es wiederum eine Hunderterkette von Aufführungen werden. Der Text arbeitet mit den ältesten Operettenmitteln und hat leider zu ihrer Dekoration eine historische Figur verwendet. Man glaube aber nicht, daß der vielgenannte österreichische Volkssänger, der das Lied „O du mein lieber Augustin" geschaffen haben soll, einigermaßen getreulich dargestellt ist. Vielmehr handelt es sich um irgend etwas wie einen Großneffen der Anzengruberschen Bauernphilosophen, um einen armen Klavierlehrer mit einem lieblich geduldigen Temperament und mit einigen Gedankensplittern für Witzblätter. Besagter Klavierlehrer verliebt sich in die Prinzessin eines typischen Operetten-Balkanstaates (Thessalien), dessen Regent in höchsten Finanznöten ist und einer Revolution entgegensieht (denn andere wollen auch stehlen). Als nun der Nachbarfürst Nicola mit seinem Geld um die Hand der Prinzessin wirbt, geht alles seinem fröhlichen Ende zu; nur muß noch erst die Verwechselung zwischen der Prinzessin und dem Kammerfräulein gelöst werden, da die beiden als Kinder vertauscht worden waren.

Musik: sehr gute Anläufe. Was wir so oft bei der Operettenmusik kennen gelernt haben: die Tüchtigkeit, Erfindungskraft, Vornehmheit eines Komponisten, die so lang dauert, bis ihn die Sklaverei im Text- und Publikumsdienst herumkriegt, das ist hier erst recht ausgeprägt. Jedes der rein instrumentalen Orchesterstücke und mehrere von den Gesangsszenen fangen außerordentlich interessant an, bis sie dann bald wieder auf der Höhe der Rührseligkeit angelangt sind. Und die unleidlichen Wiederholungen der einschlagenden Szenen haben doch das eine Gute, daß sie einem Gelegenheit geben, die Mache näher kennen zu lernen, die beim ersten Hören leicht verführt. Aber der Komponist hat doch noch etwas recht Wertvolles: einen Humor, der nur schließlich etwas spröde wird. Zu den Festlichkeiten am Hofe beispielsweise gibt es eine ganz nette Musik mit komischem Durcheinander, vielleicht komischer als bei Oskar Strauß, von dem doch die Technik einer solchen Operettentrompetenkunst herzustammen scheint. Musikalisch recht interessant ist die Geschicklichkeit, Melodien mit hübsch gehackten Pausen zu konstruieren; dazu dann ganz feine Instrumentalkünste; aber es kommt doch nicht zu einer wirklich hinreißenden Heiterkeit.

Das beste: abermals die Darstellung. Vor allem schuf Gustav Matzner in der von hübschen Liedern getragenen Titelrolle eine glaubhafte und sympathische Figur. Die beiden Frauenrollen waren von Fritzi Massary und von der uns neuen, recht beachtenswerten Else Adler vertreten. Unter den männlichen Darstellern bewährte sich Anton Franck (anscheinend ebenfalls neu) als ein gediegener, nicht übertreibender Baßbuffo. Ausstattung: splendid. sz.

Notizen.

— „Die im Schatten leben", das zur Uraufführung von der Freien Volksbühne aus dem Nachlaß erworbene Drama Emil Rosenows, ist im Bühnenvertrieb der Firma Felix Bloch Erben, Berlin und als Buch (in den „gesammelten Dramen") bei Hermann Effig, Groß-Lichterfelde, Händelplatz 1, erschienen.

— Eine Strindberg-Feier veranstaltet die Neue Freie Volksbühne am Dienstag, abends 8½ Uhr, im Neuen Volkstheater. Es werden die Einakter „Gläubiger" und „Die Stärkere" mit Rosa Bertens in den Hauptrollen zur Aufführung gelangen. Der Abend wird mit einem Vortrag Gustav Landauers und einiger Prosadichtungen Strindbergs eingeleitet.

— In Hermann Bangs Nachlaß soll sich auch ein Werk finden, das unter dem Titel „Die Wahrheit von seinem eigenen Leben" Bangs Leidensgeschichte erzählt. Das Manuskript, das sich aus täglichen Aufzeichnungen zusammensetzt, soll erst nach einer Kontrolle durch medizinische Sachverständige erscheinen. — So wird aus Kopenhagen gemeldet.

— Manets „Frühstück im Atelier", das berühmte Bild des späteren Führers der französischen Impressionisten von 1869, ist der Münchener Neuen Pinakothek geschenkt worden. Diese Zuwendung hat Tschudi noch vor seinem Tode dem Museum gesichert.

— Ein See, der nicht zufriert, ist nach der „Umschau" der Tollense-See in Mecklenburg-Strelitz. Dieses 11 Kilometer lange und 2 Kilometer breite Gewässer ist schon seit undenklichen Zeiten, auch wenn strenge Kälte herrschte, nicht mehr gefroren, trotzdem sein Wasser eiskalt ist. Die Ursache dieser Erscheinung ist noch nicht ermittelt worden. Auch in diesem Winter ist der See vollständig eisfrei, obgleich in der Umgegend alle Gewässer eine Eisdecke tragen.

dann darf man auf keinen Fall die Steuern dauernd erhöhen, da erscheint mir am richtigsten der Vorschlag einer

Quotisierung der Einkommensteuer.

Nach meiner Ansicht könnten wir aber auch ohne jede Steuererhöhung weit höhere Einnahmen erzielen durch Einführung des Deklarationszwangs zur Ergänzungssteuer. Es ist unbestreitbar, daß infolge des Mangels dieses Deklarationszwanges eine ganze Menge großer Vermögen nicht versteuert werden. Es ist ja niemand verpflichtet, sein Vermögen zu deklarieren. Ich weiß nicht, warum die Regierung diesen Zwang jetzt erst bei 32 000 M. Vermögen einführen will. Aber es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß selbst dann aus der Vermögenssteuer ganz erheblich mehr Einnahmen erzielt werden werden. Eine weitere Erhöhung der Einnahmen könnte erreicht werden, wenn sich die Mehrheit dazu verstehen könnte, die Progression bei der Ergänzungssteuer auszubauen. Vor allem glaube ich, daß wir durch bessere Handhabung schon des jetzt bestehenden Gesetzes imstande sind, mehr Steueraufkommen herauszuholen.

Das Kapitel der Steuerhinterziehungen ist ja wiederholt erörtert. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Steuerhinterziehung nur auf dem Lande vorkommt, ach nein, auch in den großen Städten werden Steuern hinterzogen, hier wird auf beiden Seiten gesündigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls haben die Steuerhinterziehungen einen solchen Umfang angenommen, daß Maßnahmen dagegen ergriffen werden müssen. Ich erinnere an die Rede des Stadtrats Boldt-Dortmund, der behauptet, daß

60 bis 70 Millionen Mark jährlich

dem preußischen Staate durch solche Steuerhinterziehungen entgehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem wird es darauf ankommen, daß nicht politische Beamte, wie die Landräte, sondern Beamte mit kaufmännischer Erfahrung in den Veranlagungsbehörden sitzen. Oder glauben Sie etwa, daß ein Landrat, der nun Vorsitzender der Steuerveranlagungskommission wird, auch gleich das Zeug dazu hat, daß mit dem Amte der Verstand kommt? (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Landräte werden vielfach gar nicht daran denken, die Angaben der Personen, mit denen sie gesellschaftlich verkehren, anzuzweifeln.

Von einer

Freilassung der unteren Steuerstufen

will der Finanzminister leider nichts wissen. Er wandte sich dagegen u. a. auch mit dem Argument, es sei notwendig, daß jeder, der Rechte beanspruche, auch Pflichten erfüllen müsse. Das ist ja sehr schön, aber die Arbeiter haben eben sehr wenig Rechte in Preußen, und vor allem das höchste Recht, das Wahlrecht nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Eine Verbesserung der Vorlage ist, daß eine Arbeitslosigkeit von vier Wochen in Zukunft als einkommenslose Zeit für die Steuerberechnung gelten soll, während bisher der Abzug erst bei zehn Wochen möglich war. Es war zweifellos ein großer Mißstand, daß auch ein Arbeiter, der sechs bis sieben Wochen arbeitslos war, für diese Zeit, wo er gar nichts verdiente, Steuern bezahlen mußte. Die Lage der Arbeiter in Deutschland ist keineswegs eine so glänzende, wie sie vielfach geschildert wird. Ich erinnere daran, daß auch Frhr. v. Berlepsch einmal geäußert hat, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter unter Verhältnissen lebt, die als völlig ungenügend anzusehen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man verweist nun gegenüber unserem Verlangen, die unteren Steuerstufen freizulassen, vielfach auf die Beiträge, die die Arbeiter an die Gewerkschaften zu zahlen haben. Dieser Vergleich ist aber ganz unangebracht. Es handelt sich bei diesen Beträgen nicht um Steuern, sondern um eine Art Spareinlagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein sehr großer Teil dieser an die Gewerkschaft geleisteten Beiträge wird den Arbeitern wieder zurückgezahlt in Form von Reise-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun verlangt man eine noch

weitergehende Besteuerung der Konsumvereine.

Wenn Sie die Rückvergütungen der Konsumvereine besteuern wollen, dann müßten Sie auch die Rabatte besteuern, die die Kaufleute den Mitgliedern von Rabattspar- oder Beamtenvereinen gewähren. Sonst schaffen Sie ein Ausnahmegesetz (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), dem wir nie zustimmen werden. Wie sich das Zentrum dazu stellen würde, weiß ich nicht. — Die vorgeschlagene Ueberflußsteuer brauchen wir in diesem Stadium der Verhandlung kaum zu erörtern, da es sich dabei kaum um mehr als theoretische Fragen handelt. Mir gefällt am besten die von Weißenborn vorgeschlagene, die auf eine Erhöhung der Progression und eine Weiterentwickelung des Kinderprivilegs hinausläuft. — Viel Aufhebens macht die Regierung von dem § 17a, wonach bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke in den höheren Stufen 1/10 bezw. 1/5 abgesetzt werden soll. In Wirklichkeit wird der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlrechts dadurch nicht geschwächt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Alles

Herumdoktern an diesem Wahlrecht

hat gar keinen Zweck, das Dreiklassenwahlrecht ist nicht verbesserungsfähig! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber die Regierung wirklich die Absicht hat, den plutokratischen Charakter des Wahlrechts zu mildern, warum ist sie dann nicht auf den Vorschlag der Maximierung eingegangen? Es liegt in der Natur des Dreiklassenwahlsystems, daß die beiden ersten Abteilungen eine verhältnismäßig dünne Auslese aus der Gesamtzahl der Wähler bilden. So war es bisher und so wird es auch bleiben und wenn man das Gegenteil behauptet, so zeigt man, daß man die Sache nicht versteht, oder daß man dem Volk Sand in die Augen streuen will. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein Wort über die Strafen für Steuerhinterziehung. Wir schließen uns da vollkommen dem an, was die Regierung darüber sagt, daß Steuerdefraudanten schlimmer sind als gewöhnliche Betrüger, weil sie die Gesamtheit schädigen. Aber die Gefängnisstrafe ist uns nicht sympathisch, viel besser wäre es, den nichtdeklarierten Teil des Einkommens bezw. Vermögens zu konfiszieren. (Heiterkeit; Zuruf rechts: Das könnte Ihnen so passen!) Die Regierung weiß ja selbst, daß die hinterzogenen Beträge keineswegs gering sind, denn sonst würde sie nicht bereit sein, bis 1913 Generalpardon zu geben. (Zustimmung links.)

Wenn wir auch zugeben, daß das Gesetz in einigen Punkten Verbesserungen bedeutet, so ist es doch weit entfernt, eine organische Neuregelung des Steuergesetzes zu sein. Wir unsererseits sind bereit, das Gesetz sozial umzugestalten und den Grundsatz zur Durchführung zu bringen, daß die Schwachen möglichst geschont und die Leistungsfähigen und Steuerkräftigen entsprechend ihrer Steuerkraft zu höheren Leistungen herangezogen werden. (Lebh. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Morgen, Dienstag, 11 Uhr: Fortsetzung.

Schluß nach 5½ Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Schlosser Berlins und Umgegend.

Am Sonntag unterbreitete in einer äußerst stark besuchten Versammlung der zweite Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Handke, den von der Tarifkommission der Arbeitnehmer ausgearbeiteten Tarifentwurf, der in einer Vertrauensmännersitzung schon gutgeheißen wurde. Die wesentlichsten Forderungen beziehen sich auf Arbeitszeit und Löhne. Während in dem jetzigen Vertrage nur gesagt wird, daß die Arbeitszeit neun Stunden beträgt, fordert der Entwurf für Sonnabends 8 Stunden und für die Tage vor den hohen Festen Beendigung der Arbeit um Mittag. Ferner soll Sonnabends eine halbe Stunde früher Feierabend gemacht werden für Aufräumungsarbeiten und Umkleiden unter Vermeidung eines Lohnabzugs.

Die Bedingungen für Ueberstunden sind in dem Entwurf ebenfalls schärfer und präziser gefaßt. Es sollen solche nur in äußersten Notfällen gestattet werden; auch sind dieselben vorher durch den Arbeitgeber anzuzeigen. Ueber die Ausführung und Dauer der Ueberstundenarbeit muß eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfinden.

Bis 8 Uhr abends sind 25 Proz., weitere 2 Stunden mit 50 Proz., sowie Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Lohnaufschlag zu bezahlen.

Bezüglich des Lohnes enthält der Entwurf den Passus, daß der Mindestlohn 60 Pf. pro Stunde betragen soll. Die Versammlung aber beschloß, statt 60, 65 Pf. zu setzen. Im jetzigen Tarif ist der Mindestlohn auf 52½ Pf. pro Arbeitsstunde festgesetzt. Des weiteren sollen selbständig Arbeitende einen Mindestlohn von 75 Pf. pro Stunde erhalten. Diejenigen, denen diese Neuregelung nicht mindestens eine Erhöhung des Lohnes um 5 Pf. pro Stunde bringt, sollen soweit im Lohne aufgebessert werden, daß eine solche Lohnerhöhung eintritt. Für Hilfsarbeiter fordert der Entwurf 55 Pf. pro Stunde, für Jungausgelernte im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit auch 55 Pf. Der alte Tarif besagt: Junggesellen erhalten im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 47½ Pf.; Gesellen im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit 50 Pf. Mindestlohn pro Stunde.

Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt soll eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde gewährt werden.

Ein weiterer Passus verpflichtet den Arbeitgeber oder dessen Beauftragten bei Akkordarbeiten einen jeden daran beteiligten Arbeiter von dem Akkordpreis zu unterrichten, resp. Einsicht in das Akkordbuch oder den Akkordzettel zu gewähren.

Die übrigen in dem Entwurf vorgesehenen Bestimmungen regeln noch die Verteilung des Akkordüberschusses und dergleichen Fragen mehr, welche die Akkordarbeit betreffen, sowie das Reinigen der Arbeitsplätze, das Entlassen von Arbeitern usw.

Wesentlich ist die Forderung, wonach die paritätische Schlichtungskommission verpflichtet sein soll, sich einen unparteiischen Vorsitzenden zu wählen. Wie Handke erklärte, sei man auf Grund der gesammelten Erfahrungen zu der Erkenntnis gekommen, daß es zweckdienlicher sei, wenn die Sitzungen der Schlichtungskommission von einem unparteiischen Vorsitzenden geleitet würden. Der Tarif soll am 1. April 1912 in Kraft treten und Gültigkeit bis zum 1. Juni 1914 haben.

Die Forderung auf Verbesserung der Löhne begründete der Redner mit den außerordentlich erschwerten Lebensbedingungen. 1900 habe man bei der damaligen Tarifbewegung eine allgemeine Zulage nicht erreichen können, um so mehr rechtfertige sich diesmal die Forderung nach einer solchen. Was in anderen Zweigen der Metallindustrie möglich sei, müsse auch in der Schlosserbranche durchzuführen sein.

Die Versammlung stimmte dem Entwurf einstimmig zu, der nunmehr den Arbeitgebern unterbreitet wird.

Achtung, Former und Gießereiarbeiter! Der Streik bei der Firma Hartung, Lichtenberg, ist beendet. — Die Firma hat dem Verlangen betreffs Einstellung der Kollegen nach den seinerzeit getroffenen Abmachungen entsprochen. Daraufhin ist die Arbeit gestern Montag, den 5. d. Mts., wieder aufgenommen worden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Friede im Berliner Kohlengroßhandel.

Die Differenzen zwischen den Kohlenarbeitern und den Kohlengroßhändlern sind nun auf dem Wege gütlicher Vereinbarungen zu Ende geführt worden. Nach der letzten, ziemlich bewegten Versammlung der Kohlenarbeiter, in der ein abschließendes Resultat nicht erzielt werden konnte, hat die Tarifkommission die Verhandlungen mit den Unternehmern fortgesetzt. Das Ergebnis dieser erneuten Aussprache teilte in einer am Sonntag nach den „Arminhallen" einberufenen Versammlung der Ortsvorsitzende des Transportarbeiterverbandes, Werner, mit. Zu dieser Versammlung waren, im Gegensatz zu der erwähnten vom letzten Donnerstag, nur organisierte Kohlenarbeiter zugelassen worden. Die Veranstaltung war von einem ruhigen, sachlichen Ernst getragen. Unter vollster Aufmerksamkeit der Anwesenden konnte Werner den Bericht von den erneut gepflogenen Verhandlungen mit den Unternehmern erstatten. Es war der Tarifkommission gelungen, in wesentlichen Punkten noch günstigere Bestimmungen durchzusetzen. So erhalten nun die Kutscher für alle beladenen Fuhren, die voraussichtlich nicht vor 8 Uhr abends erledigt werden können — gleichgültig, wann sie abfahren — 1 M. Extravergütung.

Weiter: Für Fuhren, die nach 8 Uhr abends von der Bahn oder vom Kahn nach dem Platze gerückt werden, gibt es 50 Pf. pro Fuhre Vergütung, und für Fuhren am Sonntag 1 M. Sonntagsarbeit innerhalb der Zeit von 7—10 Uhr, soweit sie die Pflege und Wartung der Pferde und das Reinigen der Geschirre betrifft, wird nicht bezahlt. Für dieselbe Tätigkeit am Sonntagnachmittag gibt es 50 Pf. pro Kutscher.

Die Arbeiter erhalten jetzt sofort einen Lohn von 45 Pf., vom 1. Oktober d. J. ab 47½ Pf. und vom 1. Oktober 1913 ab 50 Pf. Arbeiter, die noch nicht geübt und noch nicht mindestens 2 Monate tätig sind, erhalten 5 Pf. weniger.

Für die Akkordarbeit tritt, mit Rücksicht auf deren Eigenart, keine tarifliche Regelung ein, sondern unterliegt auf jedem Platze der jeweiligen Regelung zwischen Unternehmer und Arbeiter. Streitigkeiten, die aus diesem Vertrag entstehen, sind zunächst von einer Kommission, bestehend aus einem Vertreter des Verbandes der Berliner Kohlengroßhändler und einem Vertreter der Bezirksgruppe Berlin des Deutschen Transportarbeiterverbandes, die beide den betreffenden Betrieben nicht angehören dürfen, zu schlichten. Gelingt dies nicht, so ist der betreffende Streitfall einer Kommission zu unterbreiten, die aus drei Vertretern des Verbandes der Berliner Kohlen-Großhändler und drei Vertretern der Bezirksgruppe Berlin des Deutschen Transportarbeiterverbandes besteht. Der Obmann wird durch die Handelskammer ernannt. Die Entscheidung dieser Kommission ist endgültig und unterliegt nicht der richterlichen Nachprüfung.

Dieser Tarifvertrag gilt vom Tage der Unterzeichnung bis 31. März 1915, doch hat er bezüglich der Löhne rückwirkende Kraft bis 1. Februar 1912. Er verlängert sich jedes Jahr um ein weiteres Jahr, wenn er nicht von dem einen oder anderen Vertragsteil drei Monate vor Ablauf durch Einschreibebrief aufgekündigt wird. Hervorzuheben wäre noch, daß bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen.

Neben den Arbeitgebern des Verbandes der V. B. K. (Vereinigte Berliner Kohlengroßhändler) hat auch die große Firma Hans Friedländer die Anerkennung des Vertrages zugesichert. Außerdem verpflichten sich die vertragschließenden Parteien, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Vertrages einzusetzen und Verstöße gegen ihn mit allem Nachdruck zu bekämpfen.

Nach einer eingehenden, aber sachlichen Debatte erklärte sich die Versammlung — gegen eine Stimme — mit den modifizierten tariflichen Bestimmungen einverstanden. Damit ist der Friede im Kohlengroßhandel voraussichtlich auf Jahre hinaus gesichert und das Berliner Wirtschaftsgetriebe, in dem der Kohlenhandel eine ausschlaggebende Rolle spielt, bleibt von einer starken Erschütterung verschont.

Die Tarifbewegung der bei den Zwischenmeistern der Stapelkonfektion beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen war bereits soweit erledigt, als die abgeänderte Tarifvorlage von den Kommissionen und dann auch von den Versammlungen beider Parteien anerkannt wurde. Wenn die Mitglieder des Meisterverbandes den Beschlüssen ihrer Kommission Rechnung getragen hätten, so wäre es nur noch notwendig gewesen, die unorganisierten Zwischenmeister zur Anerkennung des Tarifvertrages zu veranlassen. Aber in Wirklichkeit liegt es so, daß ein großer Teil der Mitglieder des Meisterverbandes den Tarif noch nicht anerkannt hat, ja daß sogar von den Kommissionsmitgliedern nur ein einziger(!), Herr Heinrich Joseph, ihn unterschrieben hat. In vier Werkstätten, und zwar bei Manasse, Keibelstr. 8, Grzyb, Hirtenstr. 21, Weiner, Gollnowstr. 44, und Birnbaum, Straßburger Straße, ist die Arbeit nun bereits in der verflossenen Woche eingestellt worden, und die übrigen Zwischenmeister müssen, soweit sie den Tarif nicht schleunigst anerkennen, auf dieselbe Maßregel gefaßt sein. Daß die Arbeiterschaft der Stapelkonfektion sich nicht um die Errungenschaften der Tarifbewegung prellen lassen wird, bewies ihre Versammlung am Sonntag, die in den Königssälen stattfand, den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte. Der Organisationsvertreter Krienke schilderte die Lage der Dinge. Es waren bis zum Sonnabend erst 9 Zwischenmeister, die den Tarif unterzeichnet hatten, der mit dem 1. Februar in Kraft getreten ist. Der Redner hatte mit verschiedenen der übrigen Zwischenmeister Rücksprache genommen, aber bisher ohne Erfolg; die betreffenden Herren brauchten allerlei Ausflüchte, und dem einen paßte dies, dem anderen das nicht im Tarif. Einige Zwischenmeister, und dazu Kommissionsmitglieder, die doch den Tarif mit ausgearbeitet haben, gehen bei ihren Kollegen herum und fordern sie auf, den Tarif nicht zu unterzeichnen. Dieses Verhalten wurde natürlich vom Referenten wie auch in der Diskussion scharf verurteilt. Die Einmütigkeit, die sich jetzt in der Arbeiterschaft der Stapelkonfektion geltend macht, bürgt dafür, daß der Tarif trotz aller Machenschaften der Zwischenmeister zur Durchführung kommt. — Nach lebhafter Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß in den Betrieben, wo die Mehrzahl der Kollegen organisiert ist, dem Organisationsleiter Krienke davon Kenntnis zu geben und der Tarif in diesen Betrieben zur Anerkennung zu bringen ist. Gleichzeitig verpflichten die Versammelten sich, in den Betrieben, wo die Organisationsverhältnisse nicht so günstig liegen, alles daran zu setzen, um die Organisation so zu stärken, daß auch in diesen Betrieben die Anerkennung des Tarifes erfolgen kann."

Achtung, Kostümbranche! Wegen Streik- und Lohndifferenzen bei der Firma Ch. Drecoll, Königgrätzer Str. 9, wird hiermit über genannte Firma die Sperre verhängt.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Tarifverträge in der Branntweinindustrie.

Mit 13 Brennereien in Hannover-Linden gelang es dem Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter, den jetzt abgelaufenen Tarifvertrag unter wesentlichen Verbesserungen zu erneuern. Die Lohnzulage beträgt 2,50 M. wöchentlich; die Arbeitszeit wurde um eine Stunde pro Tag, auf neun Stunden verkürzt. Außerdem wurden die Ueberstundensätze um 10 Pf. auf 70 Pf. erhöht und der Erholungsurlaub und die Entschädigung nach § 616 des B. G.-B. tariflich festgelegt.

Das Personal der Brennereien gehört schon seit Jahren vollzählig der Organisation an und hat sich dadurch ziemlich günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen.

Ausland.

Wirtschaftliche Kämpfe in Großbritannien.

Hamilton (Schottland), 2. Februar. (Eig. Ber.)

Der faule Frieden, der vor kurzem in der Baumwollindustrie Lancashires zwischen den Arbeitern und Unternehmern zustandekam, scheint nicht von langer Dauer zu sein. Die Weber sind nach wie vor fest entschlossen, nicht mit Unorganisierten zusammenzuarbeiten. Die drei „Streikhelden", die sich bei dem letzten Kampfe beharrlich weigerten, der Gewerkschaft wieder beizutreten, haben ihre Arbeit verlassen. In verschiedenen Fabriken haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil sie nicht mit Unorganisierten oder mit den Mitgliedern des katholischen Arbeiterverbandes zusammenarbeiten wollten. Dieser katholische Verband ist eine von irischen Priestern geschaffene Sonderorganisation, die den Zweck verfolgt, die Arbeiter zu zersplittern. Der industrielle Westen Großbritanniens weist eine zahlreiche katholische Arbeiterbevölkerung auf, die aus Irland zugewandert ist. Seit Jahren geben sich die katholischen Priester die größte Mühe, diese Arbeiter auf religiöser Grundlage zu organisieren, wobei sie aber keinen großen Erfolg gehabt haben. In Schottland ist es bis jetzt den Gewerkschaftsleitern stets gelungen, mit Takt und Geschick diese pfäffischen Zersplitterungsversuche im Keime zu ersticken.

Es ist durchaus kein Zweifel, daß mit der Frage der Unorganisierten auch die Lohnfrage wieder auftaucht. Heute findet wiederum eine Konferenz zwischen den Webern und Fabrikanten Lancashires statt, auf der die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung von 5 Proz. diskutiert werden soll. Es verlautet, daß sich die Unternehmer auf den Standpunkt stellen werden, daß die Lohnfrage nicht geregelt werden könne, da die Arbeiter den kürzlich geschlossenen Vertrag bezüglich der Unorganisierten nicht eingehalten hätten.

Wie schon in einem früheren Bericht angedeutet wurde, schützen die Fabrikanten die Frage der Unorganisierten nur vor, um die Lohnerhöhung hinausschieben zu können. In Wirklichkeit ist diese Frage in der Baumwollindustrie wie im Bergbau längst gelöst. Die ganze Bevölkerung in den Industriegebieten — nicht allein die Arbeiterschaft — betrachtet es als etwas Selbstverständliches, daß ein Arbeiter der Gewerkschaft angehört, die ihn in allen Streitigkeiten mit den Unternehmern vertritt. Am auffälligsten tritt diese Funktion der Gewerkschaft in der Bergwerksindustrie zutage. Wenn man zum Beispiel hier in Schottland einen Zechenplatz betritt, so bemerkt man zuerst ein kleines Häuschen, das der Gewerkschaft gehört. In einiger Entfernung von diesem Häuschen oder dicht daneben liegt das Bureau der Zechenverwaltung, wo die Löhnung stattfindet. Am Zahltage geht jeder Arbeiter an der Zahlstelle der Gewerkschaft vorbei und entrichtet seinen Beitrag. Dann und wann vermag sich ein Zugereister durchzuschleichen. Mehren sich solche Fälle, so verweigert die Belegschaft eines Morgens die Einfahrt und der saumselige Betriebsführer hat nichts Eiligeres zu tun, als die Drückeberger zum Beitritt zur Gewerkschaft zu bewegen; denn er weiß sehr wohl, daß ein regelmäßiger Betrieb ohne ein gutes Einvernehmen mit der Gewerkschaft unmöglich ist. Das ganze System wird als etwas so Selbstverständliches empfunden, daß die These der journalistischen Klopffechter des Kapitalismus, die regelnde Tätigkeit der Gewerkschaften bedeute ein unverantwortlicher Eingriff in die Freiheit des Individuums, bei der Bevölkerung nur Lachen hervorruft.

Ein ernster Streik ist in Glasgow ausgebrochen. Die im Juni des letzten Jahres dort ins Leben gerufene Gewerkschaft der Dockarbeiter schloß Ende letzter Woche mit den Reedern einen Vertrag, der nachher von den Mitgliedern der Gewerkschaft nicht anerkannt wurde. Die Hauptforderung der Arbeiter ist die, daß die Vorarbeiter in Zukunft der Gewerkschaft angehören sollen. Dagegen sträuben sich die Unternehmer. Letzten Sonnabend ließen die Arbeitgeber Plakate anbringen, in denen bekannt gemacht wurde, daß die Arbeit am folgenden Montag nach dem neuen Vertrag geregelt werden sollte. Montag legten darauf die Dockarbeiter die Arbeit nieder und augenblicklich ruht der ganze Schiffsverkehr auf dem Clyde. Die Verkehrsstockung macht sich schon in der Lebensmittelzufuhr aus Irland empfindlich bemerkbar. Augenblicklich versuchen die Dockarbeiter Glasgows, die von den übrigen Transportarbeitern der Stadt energisch unterstützt werden, den nationalen Transportarbeiterverband zu bewegen, einen allgemeinen Transportarbeiterstreik zu erklären.

Ein Streik der in den Jutefabriken Dundees beschäftigten Arbeiter steht bevor. 80 000 Arbeiter haben eine Lohnforderung ein-

gereicht, und zwar verlangen sie eine Lohnerhöhung von 15 Proz. für Arbeiter, die unter 20 Schilling wöchentlich verdienen, und eine solche von 10 Proz. für Arbeiter, die mehr als 20 Schilling verdienen. Die Arbeitgeber haben die Forderung einstimmig abgelehnt; sie bezeichneten sie als absurd.

Ueber den immer näher rückenden Bergarbeiterstreik ist wenig mitzuteilen. Am 1. Februar kündigten die Südwalliser, etwa 200 000 Mann an der Zahl. Ueber die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Unternehmern und den inneren Beratungen der beiden Parteien kommt wenig Zuverlässiges ans Tageslicht. Die Bergarbeiter haben einen Ausschuß eingesetzt, der der Preisgabe geheimer Beschlüsse und Verhandlungen nachspüren soll.

Soziales.

Von den Hausagrariern.

In Berlin tagte Sonntag und Montag der **15. preußische Hausbesitzertag**, der sich zunächst mit der Gewährung von Realkrediten durch die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten befaßte, worüber der mit knapper Not und durch freisinnigen Umfall in Mansfeld wiedergewählte freikonservative Abg. Dr. **Arendt** referierte. Er stellte u. a. die Behauptung auf, daß erst die **Mietskaserne** es ermöglicht habe, daß sich die Arbeiter des Wohllebens des ganzen modernen Komforts erfreuen. Diese Behauptung wird in großstädtischen Arbeiterkreisen mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden, denn die Mietskasernen, in denen die Arbeiter wohnen, verfügen zwar über die schöne Einrichtung der Hinterhäuser und der sogenannten Lichthöfe, in die nie ein Sonnenstrahl, dafür aber um so mehr Kehricht aus den oberen Stockwerken fällt, aber sie ermangeln fast stets der Einrichtungen, die Herr Arendt zu meinen scheint, nämlich Badestuben und zentrale Warmwasserversorgung. Nachdem man eine Resolution angenommen hatte, die die Heranziehung der Feuerversicherungsgesellschaften zu höheren Kommunalabgaben fordert, referierte Justizrat Dr. **Baumert**-Spandau über das **Hausbesitzerprivileg** zu den Gemeindevertretungen. Er ist der kuriosen Ansicht, daß es ein Hausbesitzerprivileg gar nicht gäbe! Und wenn die Wohnungskongresse dies dennoch behaupten, so seien daran nur die Sozialdemokraten schuld, die auch diese Kongresse in den Dienst ihrer Partei stellten. Wenn man, so argumentiert Herr Baumert, das Hausbesitzerprivileg als unzeitgemäß betrachte, weil es schon in der Städteordnung des Freiherrn von Stein enthalten sei, so könne das nicht gelten, denn auch die preußische Kreisordnung von 1872 und die Landgemeindeordnung enthielten das Hausbesitzervorrecht und zahlreiche Städte hätten ja 50 und noch mehr Prozent Hausbesitzer in den Gemeindevertretungen. Also, daß das preußische Dreiklassenhaus und seine Regierung an den Grundsätzen aus den Anfängen des 19. Jahrhunderts festhält, ist ein Beweis für seine Modernität! Selbstverständlich werden manche Hausbesitzer in die Gemeindevertretungen gewählt, nicht weil, trotzdem sie Hausbesitzer sind. Aber das sagt Herr Baumert nicht, dafür preist er die Hausbesitzer-Stadtverordneten als den Fels an, an dem die sozialdemokratische Flut wenigstens in den Kommunen zerschelle. Der Hausbesitz bringe mehr als die Hälfte aller Gemeindesteuern auf, aber wieviel davon tragen die Hausbesitzer bloß auf die Steuerämter **hin**, während **die Mieter das Geld aufbringen** müssen, das sie nicht weiter abwälzen können. Das Recht eines Bürgers müsse sich richten nach seinen Leistungen: Nun, die Angehörigen keines Standes opfern einen so großen Teil ihres Einkommens dem Staate und dem Reiche, als die Arbeiter durch die indirekten Steuern! Mit dem Bedauern, daß die Regierung beim Wohnungsgesetz in den Ruf der Gegner: Fort mit dem Hausbesitzerprivileg! einstimmte, und mit einer Warnung an die Regierung, sich ja nicht einzubilden, daß sie sich auf die Sozialdemokraten stützen könne, schloß Herr Baumert seine der Verteidigung des Vorrechtes der Hausagrarier gewidmete Rede.

In der darauf angenommenen Resolution wird das Privileg bescheiden als nicht im Interesse der Hausbesitzer, sondern in dem der **Gemeinden** gelegen bezeichnet und darum seine Aufrechterhaltung gefordert. Zur Wahrnehmung der Interessen der Gemeinden werden aber wohl auch nicht gerade die Hausbesitzer von Gott eingesetzt sein, wenn sie es auch behaupten. Aber ach, auch hier gilt der Prophet da am wenigsten, wo man ihn kennt. . . . Man forderte dann noch, daß die Grund- und Gebäudesteuer vom Einkommen voll in Abzug gebracht werde, ermahnte die Liberalen, nur ja nicht in den Ruf nach dem gleichen Wahlrecht in den Gemeinden einzustimmen — was sie ja ohnehin nicht tun —, gab widerwillig seiner Bewunderung für die Opferwilligkeit der Arbeiter Ausdruck, die z. B. in München zu Tausenden die hohen Bürgerrechtsgebühren aufgebracht haben, um die Gemeindevertretung den Volksinteressen trotz einem rückständigen Wahlrecht dienstbar zu machen und ging dann auseinander, unzufrieden mit sich und einer Welt, die es liebt, das Strahlende (hier der uneigennützigen Hausagrarier Glorie) zu schwärzen.

Streikjustiz.

In Regensburg hatten zwei Streikposten der Bauarbeiter einige Arbeitswillige in der ruhigsten und sachlichsten Weise erwahnt, nicht zu Verrätern an ihren Kollegen zu werden. Die Polizei, die anscheinend glaubt, das von allen Scharfmachern heiß ersehnte Zuchthausgesetz sei bereits in Kraft zeigte die beiden wegen „Mißbrauch des Koalitionsrechts" an und das Amtsgericht erließ Strafmandate auf 8 und 14 Tage Gefängnis. Wie „gründlich" die Sache genommen wurde, geht daraus hervor, daß die Angeklagten im Strafbescheid als „Streikbrecher" bezeichnet werden! Das Berufungsgericht mußte selbstverständlich dieses unerhörte Erkenntnis aufheben und auf **Freisprechung** erkennen.

Aus aller Welt.

Die rote Fahne.

Ein über den Mißbrauch der Religion im Wahlkampfe empörter Pfarrer schreibt der „Frankf. Ztg.": In dem verflossenen Wahlkampf hat die evangelische Orthodoxie und mit ihr die Schar der pietistischen Gemeinschaftsleute die Sache der rechtsstehenden Kandidaten weithin mit der Sache Jesu Christi auf eine Linie gestellt. Dabei sind sehr bedenkliche und geschmacklose Phrasen mit unterlaufen; Material liegt reichlich vor. Es ist doch geradezu blasphemisch, wenn im Wahlkreise Elberfeld-Barmen ein Flugblatt zugunsten des Reichsparteilers wörtlich geschlossen hat:

Soll denn in Zukunft das Kreuzesbanner nicht mehr über dem Wuppertal wehen? Soll der Unglaube wieder triumphieren und die vom Herrn so reich begnadigten Städte Barmen und Elberfeld durch ein Mitglied der Umsturzpartei im Reichstag vertreten sein? Durch einen Angehörigen jener Partei, bei der die Religion angeblich Privatsache, aber Christushaß tatsächlich Parteisache ist? Das wirst Du doch im Ernst nicht wollen! Darum laß Dich brüderlich erinnern an Deine Pflicht und wähle am 25. Januar den Vertreter des Christentums Herrn Oberlehrer Friedrich Linz.

Die Kreuzesfahne weht. Wohl dem, der bei ihr steht!
Drommeten schallen weit und breit: Frisch auf, frisch auf zum Streit!

Die Verfasser des Flugblattes haben nun eines übersehen. Der ursprüngliche, jetzt nicht mehr gebräuchliche Text des fraglichen Liedes lautet nämlich:

Die rote Fahne weht. Wohl dem, der zu ihr steht,
Die Trommeln schallen weit und breit; Frisch auf, frisch auf zum Streit!

Ja, an einer späteren Stelle heißt es:

Auch kommt es endlich gar zur Schlacht
Mit manchem schwarzem Heer.

Der pietistische Dichter hat seinerzeit, im 18. Jahrhundert, natürlich nicht an die rote Fahne der Sozialdemokratie und das schwarze Heer des Zentrums gedacht, sondern an das Blutbanner Christi und das Heer des Satans. Aber es ist eine kostbare Ironie, eine gebührende Strafe für den Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken, daß der ursprüngliche Wortlaut dieser Stelle die Beweiskraft ihrer Anwendung ins volle Gegenteil verwandelt.

Die Kälte.

Durch die seit Tagen anhaltende strenge Kälte sind in den verschiedenen Gegenden des Reiches wie auch im Auslande große Störungen im Verkehrsleben hervorgerufen worden. Die Ströme führen starke Eisschollen, so daß der Schiffsverkehr unterbrochen werden mußte. Auch der Eisenbahnverkehr erleidet durch das grimmig kalte Wetter erhebliche Störungen. In ganz Norditalien und in den angrenzenden Gebieten Oesterreichs wüten furchtbare Schneestürme. — Der am Sonnabendabend 10 Uhr in München fällige, nach Berlin bestimmte Süd-Nord-Expreßzug ist in der Nähe von Genua im Schnee stecken geblieben und traf erst mit stundenlanger Verspätung ein.

Auch in England und Frankreich hat die Temperatur einen Tiefstand erreicht, wie sich dessen die bekannten „ältesten Leute" nicht erinnern können.

Ein verunglückter Erfinder.

Den Glauben an seine Erfindung mußte am Sonntagmorgen in Paris der aus Oesterreich gebürtige Schneider Franz Reichelt mit dem Leben bezahlen. Reichelt hatte, angespornt durch die Entwickelung des Flugsports, ein Fallschirmkostüm konstruiert, dessen sich die Flieger bei eventuellen Abstürzen bedienen sollten. Um die Brauchbarkeit seiner Erfindung zu demonstrieren, wollte Reichelt Fallversuche vom ersten Absatz des Eiffelturmes machen. Seine Freunde rieten ihn, wegen des starken Windes von seinem Experiment abzustehen. Reichelt war aber von der Vortrefflichkeit seiner Erfindung so überzeugt, daß er die Warnungen nicht beachtete und von der etwa 56 Meter hohen Plattform herabsprang. Der Fallschirmapparat des Kostüms funktionierte nicht, Reichelt sauste mit voller Wucht zur Erde hernieder, wo er tot liegen blieb. Bei dem Aufprall auf den Boden hatte er das Rückgrat und beide Beine gebrochen.

Hinrichtung eines Geisteskranken.

Die Unsinnigkeit der Todesstrafe ist in Frankreich durch ein neues Beispiel illustriert worden. Am Sonnabend fand in Paris die Hinrichtung des zum Tode verurteilten Mörders Rosa statt. Als die Aerzte nach der Hinrichtung eine Untersuchung des Körpers des Deliquenten vornahmen, wurde festgestellt, daß der Verbrecher eine Gehirnverletzung hatte und infolgedessen für seine Straftaten nicht verantwortlich gemacht werden konnte. Somit war der Akt der Hinrichtung, wie überhaupt die Verurteilung des Verbrechers gesetzwidrig erfolgt.

Ein schwarzblauer Attentäter.

Nach einer Meldung des „Oberschlesischen Wanderer" wurde auf den bei der Reichstagsstichwahl im Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg durchgefallenen polnischen Kandidaten Pfarrer Kuczka auf Wyssoka auf der Heimfahrt von Kreuzburg ein Attentat verübt. Der für die polnische Partei als Wahlzettelverteiler tätig gewesene Pius Latusek schoß mit einem Tesching auf Pfarrer Kuczka. Die Kugel durchbohrte das Nasenbein. Latusek hat den Schuß abgegeben, weil er den für das Zettelverteilen versprochenen Lohn nicht erhalten hat.

Ausbruch des Aetna.

Nach einer Zeit scheinbarer Ruhe ist seit Sonnabend der Aetna auf Sizilien wieder in starker Tätigkeit. Ungeheure Aschenmengen werden aus einem neugebildeten Krater ausgeworfen. Die in der Nähe des Berges gelegene Stadt Taormina ist von Reisenden überfüllt, die alle dem wunderbaren Naturschauspiel beiwohnen wollen. Die Temperatur ist derart gestiegen, daß man sich in den Hochsommer versetzt glaubt.

Kleine Notizen.

Erdbeben in Baden. Am Sonntag früh um 4 Uhr wurde im südlichen Stadtteil von Freiburg i. Br. und im Dreisamtal sowie später im Elztal eine starke Erderschütterung wahrgenommen.

Selbstmordversuch eines Zwölfjährigen. Am Sonntagnachmittag hat sich in Stettin der zwölfjährige Sohn des Schiffskapitäns Holz durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt. Der Junge hat den Selbstmordversuch begangen, weil er in der Schule Schwierigkeiten bei der Versetzung befürchtete.

Des Fliegers Ende. Der französische Flieger Kapitän Lemagnet, der am Sonnabend bei einem Absturz auf dem Flugfelde von St. Cyr schwere Verletzungen erlitt, ist am Sonntag seinen Qualen erlegen.

Brand eines englischen Dampfers. Der von Galveston nach Hamburg bestimmte Liverpooler Dampfer „Consols" ist auf hoher See in Brand geraten und später gesunken. Die Besatzung des Schiffes wurde von dem amerikanischen Dampfer „Castle Eden" gerettet.

Die Bombe im Paket. Das Opfer eines Bombenattentats wurde am Sonntag die in der New Yorker Finanzwelt sehr bekannte Witwe Helene Taylor. Nachmittags erschien in ihrer Wohnung ein Messengerboy, der ihr ein größeres Paket übergab. Als Frau Taylor das Paket öffnete, erfolgte plötzlich eine furchtbare Explosion und durch die herumfliegenden Bombensplitter wurde die Bedauernswerte in entsetzlicher Weise verstümmelt. Frau Taylor war sofort tot. Die Polizei glaubt, daß es sich um einen Racheakt handelt, doch fehlt von den Tätern bisher jede Spur.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. T. 49. 1. Entweder Aussonderung des eigenen Vermögens oder die Hälfte des Gesamtgutes. 2. Ja. 3. Alles zulässig. — **4. W. S.** Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat, Engelufer 15. — **E. K. 27.** 1. Nach Beendigung des 16. Lebensjahres durch einjährigen Wohnsitz. 2. Ja, innerhalb des letzten Jahres vor der Entbindung 6 Monate, wenn auch bei verschiedenen Ortskrankenkassen. 3. Nein. 4. Kommt auf die für den betreffenden Verein getroffenen Bestimmungen an, die nicht einheitlich für Berlin sind. — **147. S.** Wenn Invalidität Ihrerseits bereits vor dem 1. Januar d. J. vorlag, nein. — **Steinmetz.** Eine Verpflichtung zu höheren Leistungen hat die Versicherungsanstalt nicht, jedoch können höhere Beiträge geleistet werden. Stellen Sie einen entsprechenden Antrag. — **H. 21.** Reichen Sie Beschwerde an das Reichsversicherungsamt, Königin-Augusta-Straße ein. — **G. L. 37.** Falls Sie bis spätestens am 15. Januar die Hofräume gekündigt haben, sind Sie zu weiteren Zahlungen für diese nicht verpflichtet, andernfalls noch für Februar. — **O. G. 66.** Klage muß vorausgehen. — **G. W. 1.** Das Auflösungsrecht des Bundesrats ist durch Gesetz nicht beschränkt. — **F. H. Steinmetzstr.** 2,50 M. ist der richtige Satz. — **F. B. 34.** Verlangen Sie vom Vermieter Beseitigung unter Fristsetzung. Falls erfolglos, Klage. Ihre Behauptung müssen Sie aber beweisen können. — **T. No. 4.** Das ist kein stichhaltiger Grund. — **H. G. 100.** Sie sind zur Räumung des Bodens nicht verpflichtet. — **K. B.** Der das Drittel übersteigende Betrag fällt bei der Berechnung aus. — **B. 97.** Die Bestellung eines Verteidigers erscheint, wenn irgend möglich, zweckmäßig, mit dem Sie die Angelegenheit mündlich beraten. Die Höhe der Kosten vereinbaren Sie mit dem Anwalt. — **F. P. Karlshorst.** 1. und 2. Erst dann, wenn die Mutter Armenunterstützung bezogen hat, bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I Berlin. — **A. A. 19.** Nach den in Berlin üblichen Mietsverträgen nein. — **A. B. E. 1.** 1. Hälfte des gesetzlichen Erbteils. 2. Ja. 3. 6 Wochen nach Kenntnis der Erbfolge. Abtretung ist auch später zulässig. 4. Nein. 5. Im Rahmen des Gesetzes selbständig. 6. und 7. Das ist Sache des Testamentsvollstreckers. — **K. W. 1911.** 1. und 2. Ja. Setzen Sie aber vorher dem Eigentümer eine etwa 14tägige Frist unter Androhung der Folgen. Ihre Behauptungen müssen Sie für den Fall des Prozesses beweisen können. — **Katzlerstraße Nr. 12.** Nein.

R. G. 97. 1. u. 2. Auskunft darüber erhalten Sie am besten in einer Kartographischen Anstalt, deren Adressen Sie im Adreßbuch verzeichnet finden. — **J. R. Stammtisch.** Ueber Höhe der Stockwerke oder ganzer Höhe stehen uns Angaben nicht zur Verfügung. Tiefgang bis zu 8,4 Meter. — **H. R. 100.** Krankenpfleger sind dem „Verband der städtischen Arbeiter", Engelufer 15, angeschlossen, wo auch gewünschte Auskunft erteilt wird. — **B. K. 34.** Derartiger Verein ist uns nicht bekannt. — **A. 7777.** Am 16. Oktober 1906. — **O. R. 32.** 21. Dezember 1884, Sonntag; 26. Oktober 1892, Mittwoch. — **A. Z. 5.** Bei der Wahl 1903. — **E. D. 11.** Engelufer 15, Zimmer 32, von 9—1 und von 4—7 Uhr. — **R. R. 6.** Landtag: seit 1876 täglich 15 M. Diäten. Reichstag: seit 21. Mai 1906 eine Aufwandsentschädigung von jährlich 3000 M. — **6 Genossen.** Mit dem bezeichneten Artikel befinden Sie sich doch wohl im Irrtum. Die Bezeichnung stammt auch nicht von einer Seite, sondern bezeichnet mehr Programm in kondensierter Form. — **K. B. 100.** Der Verband der Maschinisten und Heizer, Spittelmarkt 8—10 pt. gibt Ihnen darüber sachgemäßen Rat. — **J. B. 10.** Je nachdem, für Muskelstärkung Eiweiß, für Nervenstärkung Eigelb. — **W. 2.** Schreiben Sie: Till Civilregistrat in Gefle, Schweden. Wenden aber lateinische Schriftzeichen an. — **G. B. 21.** Es gibt ein Patentgesetz, Preis 20 Pf., aus dem Sie das Nähere ersehen können. Besser dürfte es sein, wenn Sie das Kaiserl. Patentamt, Gitschinerstraße 97—102, aufsuchen, wo man Ihnen bereitwilligst Auskunft geben wird. **J. 37.** Die Mutter kann den Sohn zu sich nehmen; allerdings ist der Stiefvater nicht unterhaltspflichtig. — **H. L. 19.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Antrag an das Nachlaßgericht in Dresden auf Vermittelung der Auseinandersetzung. — **P. P.** 1. Ja. 2. Für die Zeit der Tätigkeit. — — **L. R. 3.** 1. Die Kündigung ist rechtzeitig erfolgt. 2. Nein. —

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Görlitzer Viertel)
Bezirk 186 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kutscher

Gottfried Müller

Manteuffelstr. 101, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Görlitzer Viertel.
(Bezirk 224 II.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau

Philippine Jung

Liegnitzer Str. 40
gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, den 6. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Friedhofes der Martha-Gemeinde in Ahrensfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Abteilung 1a.

Am Donnerstag, den 1. Februar, verstarb infolge Unfalls unser Mitglied, der Fensterputzer

Karl Krause.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Bartholomäus-Kirchhof, Falkenberger Straße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
223/5 **Der Vorstand.**

Am Sonntag, 4. Februar, starb mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, der ehemalige Bierfahrer und Gastwirt

August Höhr

im 74. Lebensjahre.

Im Namen aller um ihn trauernden Hinterbliebenen:
Gastwirt **Hermann Höhr,**
Brückenstr. 1a.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter

Luise Schubert, geb. **Poeplow**

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Sängern der „Typographia" für den erhebenden Gesang unseren tiefgefühlten Dank.

2837b **Eduard Schubert und Sohn.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftskutscher

Albert Gaschke

am 29. v. Mts. im Alter von 28 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Max Reinhard

am 1. d. Mts. im Alter von 21 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

61/15 **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Einsetzer

August Fietz

am 3. Februar im Alter von 59 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Charlottenburg, Erasmusstraße 16, aus auf dem Luisen-Kirchhof, Fürstenbrunner Weg, statt.

78/12 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß unser Vater, Schwiegervater und Großvater, der Schlosser

Gustav Räbiger

am 4. Februar verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Golgatha-Gemeinde, Barfusstraße, aus statt.

2840b **Die Kinder.**

Todesanzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber, herzensguter Mann, Vater und Großvater

August Fietz

nach kurzen, aber schweren Leiden am Sonnabend verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 2 Uhr vom Trauerhause, Erasmusstraße 16, aus nach dem Luisen-Kirchhof, Fürstenbrunner Weg, statt.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Marie Fietz
18612 nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der herzlichen Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter, insbesondere den Kollegen der Maschinenfabrik Fritz Werner und den Genossen und Funktionären der 5. Abteilung des 4. Kreises sage hierdurch meinen besten Dank.

Hermann Wiegert und Sohn.
2836b

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 7. Februar 1912, abends 8½ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Aufstellung der Kandidatenliste für die Delegierten zur Generalversammlung. 2. Bericht des Obmannes. 3. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 4. Verbandsangelegenheiten.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Versammlungslokale:

Tischler.

Südwesten: in **Habels Brauerei**, Bergmannstr. 5—7.
Süden: bei **Gliesing**, Wasserturmstr. 68.
Südosten I. u. II: in den **Naunyn-Festsälen**, Naunynstr. 6.
Osten I: bei **Kluge**, Lange Str. 53.
Osten II: bei **Zietz**, Warschauer Str. 60.
Osten III: bei **Bergmann**, Boxhagener Str. 26.
Oestliche Vororte: bei **W. Schulz**, Lichtenberg, Kronprinzenstraße 47, Ecke Scharnweberstraße.
Nordosten: bei **Merkmann**, Gr. Frankfurter Str. 16.
Jede Sargtischlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei **Obiglo**, Schwedter Straße 23.
Wedding und Moabit: bei **Kaczorowski**, Ravenéstr. 6.
Weißensee: im **Prälaten**, Lehderstraße 122. Abends 6½ Uhr.
Neukölln: im Ideal-Kasino, Weichselstr. 8.
Schöneberg: um 5½ Uhr bei **Kuschke**, Meininger Straße 8.

Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei **Grashoff**, Admiralstr. 18c.
Bezirk 2: Osten bei **Bratuer**, Weidenweg 85.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei **Gliesche**, Kopenhagener Str. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei **Sachse**, Lindower Str. 26.
Neukölln: bei **Schenk**, Rosenstr. 24.

Ladeneinrichtungs- und Kontormöbelbranche im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c. 92/18

Küchenmöbelbranche bei **Lehmann**, An der Stralauer Brücke 3.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.
Osten bei **Boeker**, Weberstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof", Admiralstr. 18c.
Norden bei **Günther**, Brunnenstr. 96.

Maschinenarbeiter in den **Prachtsälen Alt-Berlin**, Blumenstraße 10.
Die in Tischlereien beschäftigten Maschinenarbeiter sowie die Werkstätten in Weißensee müssen ebenfalls vertreten sein.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel Branche.
Norden bei **Döhling**, Brunnenstr. 79.
Osten bei **Schneider**, Friedenstr. 67.
Südosten und Südwesten bei **Peinert**, Ritterstr. 123.

Einsetzer im **Gewerkschaftshause**, Engelufer 14/15, Saal 11.
Modelltischler bei **Waldt**, Pflugstr. 5. Pünktlich 8 Uhr.
Bodenleger im **Gewerkschaftshause**, Saal 2.
Stellmacher Rosenthaler Straße 57.
Jalousiearbeiter bei **Walter**, Adalbertstr. 62.
Vergolder im **Gewerkschaftshause**, Engelufer 14/15, Saal 5.
Kisten- und Koffermacher bei **Emil Mücksch**, Krautstr. 24.
Korbmacher bei **Krause**, Muskauer Str. 20.
Bürstenmacher bei **Preuß**, Holzmarktstr. 65.
Kammacher bei **Preuß**, Holzmarktstr. 65.
Stockarbeiter um 6 Uhr bei **Lehmann**, An der Stralauer Brücke 3.
Perlmutt-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr bei **Ernst Thomas**, Melchiorstr. 5.
Schirmmacher Branchenversammlung 6½ Uhr im **Englischen Hof**, Neue Roßstr. 3.
Klavierarbeiter im **Gewerkschaftshause**, Engelufer 14, Zimmer 4 (Arbeitslosensaal).

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Linienstr. 73. — Telephon: Amt Norden, 9714.

Donnerstag, den 8. Februar 1912, abends 8½ Uhr, im Lokale von Böker, Weberstr. 17:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht für das 4. Quartal 1911 und Bericht des Vergnügungskomitees. 2. **Stellungnahme zum Verbandstag.** 3. Anträge und Verschiedenes. 176/2*

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.

Kollegen! Wir erwarten zu dieser für alle Mitglieder äußerst wichtigen Versammlung einen vollzähligen Besuch. — Alle Anträge zum Verbandstag bitten wir, der Verwaltung vorher einzureichen. **Die Ortsverwaltung.**

Wenn nicht **Ia** geliefert, auf meine Kosten geg. Nachn. retour.

5 Stücke Aal in Ia ff. Gelee

Dose 40 Heringe in Milchsauce, ff. Brathering, ff. Rollmops, Kiste 40 Fettbücklinge, ff., Gelee-hering, ca. 30 Spratten, ff. Rauchlachs und noch

2 ℔ Rauch-Aale alles gar. frisch.

Alle 9 leckere Sorten zusam **2,95** M.
E. Napp, Altona-Ottensen 62.

Schallplatten
Verleih-Institut.
Auch nach auswärts. Prosp. gratis.
Karl Borbs, Berlin 69
Neue Königstrasse 38.

Oeffentlicher Vortrag
von
Adolf Hoffmann, Landtagsabgeordneter
Der „alte Fritz" und die um v. Dallwitz
im Lichte der Religion.
Am Sonntag, den 11. Februar, abends 7 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße.
Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein.**
Eintritt 10 Pf. **Der Einberufer.**
55/1 A. Harndt, Pappel-Allee 15—17.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69, Laden
Wichtig
für jeden preußischen
Steuerzahler
Führer
durch das **preußische**
Einkommensteuergesetz
Vom
Arbeitersekretär Rud. Wissell
mit 19 Formularen für Reklamationen
Preis 30 Pf.

Den „Vorwärts"-Lesern gewähre Rabatt.
Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. **Oranienstr. 158.**
Steppdecken in voller Bettgröße
Similiseide | in den Farben 5,25 bis 21,00
Wollatlas | bord., blau, oliv 6,75 bis 27,00
Daunendecken 25,00 bis 125,00
Schlafdecken 3,50 bis 48,00
Inventur-Extraliste
enorm billiger Sonderangebote
gratis und franko.

Pollmanns Bandagen-
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Fontane-Promenade 10
Eckrestaurant mit 3 Zimmern u. Küche billig zum 1. April zu vermieten. *

Haut- u. Harn-
leiden, Ehrlich-Hata, Schäden d. Quecksilb. — Konsultation **frei!** Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc.
!! Teilzahlung gestattet !!
Dr. Homeyer & Co. (kons. Spez. Lab.) **Friedrichstr. 189**
a. d. Hochb. Spr. 9-2, 4-8, Sonnt. 11-12.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche

Betonbaubranche

Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter

Mittwoch, den 7. Februar 1912, abends 8 Uhr, bei Jannaschk, Inselstraße 10.

Gipsbaubranche

Rabitzputzer, Träger und Rabitzspanner

Freitag, den 9. Februar 1912, abends 8 Uhr, bei Jannaschk, Inselstraße 10:

Mitglieder-Versammlungen.

Tagesordnung:

1. **Neuwahl des Branchenvorstandes.** 2. **Vorschläge zum Sektionsleiter.** 3. **Branchenangelegenheiten.**

Zahlreichen Besuch aller im Gips- und Betonbaugewerbe beschäftigten Kollegen erwartet 136/17*

Der Sektionsvorstand.

Zentralverein der Bildhauer.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 8. Februar, abends 5½ Uhr, im „Fürstenhof", Köpenicker Straße 137:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Verwaltung. 2. Neuwahl des Vorstandes und zweier Revisoren. 3. Die Anfertigung von Bildhauerarbeiten für Berlin im Ausland. 20/2

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird **pünktlich 6 Uhr** eröffnet. Das Bureau bleibt am betreffenden Abend geschlossen und werden Beiträge in der Versammlung entgegengenommen.

Der Vorstand.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen.**
Amt 4. 3014.

Vorsicht!

Die glänzende Einführung von **Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzenbutter-Margarine) hat zahllose Nachahmungen hervorgerufen. Achten Sie deshalb in Ihrem eigenen Interesse beim Einkauf darauf, daß Sie tatsächlich Palmin und Palmona bekommen und daß man Ihnen nicht Fabrikate aufdrängt, die Sie nicht kennen. Weisen Sie alle Nachahmungen unbedingt zurück. Dann gehen Sie ganz sicher!

H. Schlinck & Cie.
Aktiengesellschaft

Schloßbräu-Flaschenbier
bekannt und beliebt in allen Berliner Kreisen.
Ein Qualitätsbier ersten Ranges!

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln (Rixdorf). Heute abend 8½ Uhr findet in Bartschs Festsälen, Hermannstraße 49, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadtverordneter Genosse Alfred Scholz. 2. Diskussion. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Adlershof. Heute Dienstag, den 6. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Wöllstein, Bismarckstr. 24: Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: Der letzte Reichstagswahlkampf und welche Lehren haben wir daraus zu ziehen? Referent: Redakteur Däumig.

Potsdam. Am Mittwoch, den 7. Februar, abends 8½ Uhr, im Saale Kaiser-Wilhelm-Str. 88: Wahlvereinsversammlung. Vorher Kassierung der Beiträge. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Eisbahnfreuden.

Im älteren Berlin sah es mit den Winterfreuden wesentlich anders aus als heute. Die Spreemetropole war noch kein schier endloses Häusermeer. Große Komplexe lagen im Winter brach, boten zur Anlage künstlicher Eisbahnen vorzügliche Gelegenheit. Dazu kamen viele inzwischen eingegangene große Restaurationsgärten, auf denen „gegossen" wurde. Zwar war das Eislaufen hier durch die vielen Laternenpfähle stark beschränkt, wenn auch für Anfänger recht angenehm, aber man war eben damals noch ziemlich anspruchslos in solchen Dingen. Auch auf den im Laufe der Jahre zugeschütteten Spreeabzweigungen wurde gern gelaufen, so auf dem Königs- und Katzengraben. Wo in der Nähe der Weichbildgrenze ein See vorhanden war, lief man ungehindert, wenn auch auf eigenes Risiko, völlig gratis, denn die richtige Zeit, in der aus allem und jedem durch Verpachtung Gold gemünzt wurde, war noch nicht angebrochen. Von großen Wasserflächen war nur die Toureneisbahn nach Tegel, die damals schon am Nordhafen anfing, verpachtet, und die „königliche" Eisbahn auf den Tiergartengewässern, wo für die Mitglieder des Hofes, ganz wie noch heute, ein reichliches Stück abgesteckt wurde. Das Volk hätte ja sonst abfärben können. Vielleicht fürchtete man auch das Byzantinerpack, das vor einer schlittschuhlaufenden Prinzessin wie ein Eiszapfen in der Sonne zusammenschmolz. Trotz alledem zeigte der Eislaufsport nicht entfernt die heutige Bedeutung und Ausdehnung. Zum Teil mag das an den Fortbewegungsmitteln selbst gelegen haben. Es gab nur ganz primitive Schlittschuhe auf Holzschienen oder Eisenunterlage mit Lederkappen. Eine halbe Stunde und mehr brauchte man, um diese ungefügigen Dinger an den Füßen laufsicher zu befestigen, was oftmals nur mit Bindfaden geschah und mit Hilfe eiserner Dorne, die bald das Schuhzeug ruinierten, worüber die altberliner Schuster nicht unzufrieden waren. Die ersten amerikanischen Schlittschuhe mit dem Namen Halifax, die das Befestigen durch Hebeldruck in wenigen Sekunden gestatteten, kamen erst Anfang der 80er Jahre auf den Markt. Seitdem hat es diese Industrie zu hoher Vollendung gebracht. Mit der Zeit sind die Stahlschuhe so billig geworden, daß die Anschaffung für Kinder zu den leicht erfüllbaren Wünschen gehört. Sichere und große Freieisbahnen innerhalb der Stadt gab es natürlich noch nicht. Das ist erst eine Errungenschaft des „Jahrhunderts des Kindes", nachdem auch die widerstrebenden Stadtväter zu der Einsicht gebracht sind, daß die Begünstigung des Wintersports durch die Stadt ein soziales Erfordernis ist. Erst in neuerer Zeit haben auch die komplizierteren Nebenarten des Eissports sich mit gutem Erfolge durchgerungen. Auf dem Müggel-, Tegeler- und Wannsee kann man jetzt in ruhigen Stunden, wenn nicht die feiernde Großstadt Zehntausende nach der Winterpracht der Vororte lockt, Motorschlitten mit fabelhafter Schnelligkeit über die Eisfläche sausen sehen. Lange nicht die gleiche, aber auch noch sehr große Geschwindigkeit erreichen, wenn es gut bläst, die Segelschlitten. Einen wunderhübschen Anblick gewähren die immer zahlreicher auftauchenden Schlittschuhläufer mit Handsegeln.

Freilich gehört zum Eissport aller Art auf Gewässern, die nicht polizeilich abgenommen sind, große Vorsicht. Selbst bei stärkstem Frost ist man niemals sicher vor Stellen, an denen warme Quellen die Tragfähigkeit des Eises verhindern. Wie das Wasser auch unter dem Eise seine gewaltige Kraft zeigt, sieht man jetzt charakteristisch auf der Müggel, wo sich an der Grünauer Seite vor der Bismarckwarte eine mehrere Meter hohe Eismauer, die die Dampferstege zu vernichten droht, zusammengeschoben hat. Vielen Menschen wird ihre Wagehalsigkeit und eine förmliche Sucht, sich an verbotene Stellen zu begeben, zum Verhängnis. In diesem Winter, der seine Visitenkarte nach kurzer Pause recht aufdringlich abgibt, hat der Eissport schon so viele Opfer wie selten zuvor gefordert. Bedauerlich ist eine stark eingerissene eigenartige „Strandräuberei". Nicht wenige Schlittschuhläufer und Spaziergänger plündern den aus dem Eise hervorragenden Schilfbestand. Wer die Natur lieb hat, lasse doch die Finger weg von den Schilfstengeln, die bald achtlos auf das Eis geworfen werden und hier häufig Unheil anrichten. Man soll auch nicht den „Grüngoldenen", die nach Strafmandaten in der Nähe der Eisflächen Jagd machen, zu tun geben.

Wie Eisläufer geneppt werden, geht aus dem Umstande hervor, daß auf dem Wannsee ein Eintrittsgeld von 50 Pfennig erhoben wird. Eine Gegenleistung soll, wie uns versichert wird, nicht geleistet werden. Die 50 Pfennig sollen selbst von Personen erhoben worden sein, die als Fußgänger über den See gehen wollten, um sich den Weg abzukürzen.

Die Kälte.

Die letzte Nacht wies seit Beginn des Winters die höchste Kältetemperatur auf. In der inneren Stadt sank an den Thermometern die Quecksilbersäule gegen 3 Uhr morgens auf 19 Grad unter Null; in Westend wurden um diese Zeit 23 Grad registriert. Die Spree, die noch am Sonnabend offene Rinnen zeigte, ist seit Sonntag morgen völlig zugefroren, und die schmalen Fahrstraßen, die von Eisbrechern hergestellt worden waren, sind ebenfalls wieder unpassierbar geworden. Nur der Landwehrkanal, der durch Fabrikabwässer ständig warmen Zustrom hat, zeigt hier und da offene Stellen. An den Hafenplätzen hat jedoch auch sein Eis eine Stärke erreicht, daß die Schiffer über weiße Fläche hinweg bequem ans Ufer gelangen können. Das Eis der Seen weist durchschnittlich 14 bis 16 Zoll auf und besitzt eine Tragkraft von 80 bis 90 Zentnern, so daß man am Sonntag das merkwürdige Schauspiel hatte, über den Müggel- und Wannsee nicht nur Pferdeschlitten, sondern auch schwere Automobile fahren zu sehen.

Besonders fühlbar ist dieser harte Winter für die Arbeits- und Obdachlosen Berlins, deren Erwerbsaussichten durch die Einstellung der Bautätigkeit und die hierdurch sich vergrößernde Zahl der Arbeitslosen besonders schlecht sind. Die Obdachlosenasyle waren denn auch in den letzten vier Tagen bis auf das letzte Plätzchen gefüllt, da man niemanden abweisen wollte, der um ein Nachtlager bat. Während die Zahl der Besucher sonst zwischen 3500 und 4000 schwankte, fanden seit dem 1. Februar täglich über 5200 Personen Aufnahme, am letzten Sonnabend sogar 5346. Auch das Familienobdach war völlig besetzt und beherbergte durchschnittlich 180 bis 190 Familien, am Sonntag sogar 204. Auch die Wärmehallen sind außerordentlich stark besucht. Weit über 2500 Personen finden dort täglich Unterkunft und Nahrung.

Berliner Asyl-Verein für Obdachlose. Im Monat Januar nächtigten im Männerasyl 15 202 Personen, wovon 7130 badeten, im Frauenasyl 2134 Personen, wovon 857 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/59, für Frauen: Colberger Straße 80.

Vom Kampf um die Jugend.

Ueber die Jugendpflege und die Turnvereine unterhielt man sich in einer Versammlung, die der Ausschuß der Berliner Turngaue der Deutschen Turnerschaft am Sonntag nach dem Lehrervereinshaus einberufen hatte. Neben Turnern waren Vertreter der in Betracht kommenden Staats- und Stadtbehörden sowie des Militärs eingeladen worden und erschienen, um an den Erörterungen über die Stellung der Turnvereine zur Jugendpflege sich zu beteiligen. Nachdem in den Kampf um die Jugend die Regierung Preußens mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eingegriffen hat, ist in den ihr geistesverwandten Kreisen ein wahrer Feuereifer entstanden, auf diesem Gebiet sich zu betätigen. Die von der Regierung gefüllte Millionenkrippe für Jugendpflege würde bald leer werden, wenn alle berücksichtigt werden sollten, die zu ihr sich drängen. Durch den Wettbewerb der neu entstandenen Organisationen zur Förderung der Jugendpflege und namentlich durch die allerneueste Idee einer Mitarbeit auch des Militärs fühlt die deutsche Turnerschaft sich ins Hintertreffen gedrängt, sie, die bisher sich eingebildet hatte, in dem Kampf um die Jugend eine führende Rolle spielen zu können. In der Versammlung wurde von dem städtischen Turnlehrer, Oberturnwart Max Preuß, der ein einleitendes Referat gab, die Besorgnis der enttäuschten Deutschen Turnerschaft ziemlich unverhohlen zum Ausdruck gebracht. Seine Ausführungen über Jugendpflege und Turnvereine gipfelten in einem Hymnus auf deutsch-turnerschaftliches „Verdienst" um die Jugend, das offenbar durch die ganze Veranstaltung in empfehlende Erinnerung gebracht werden sollte.

Bei dem Worte „Jugendpflege" wird, das hob der Referent hervor, nur an die aus der Volksschule entlassene Jugend gedacht, wie ja der ganze Kampf um die Jugend bekanntlich weiter nichts als ein Kampf um die Arbeiterklasse ist. Eine Beeinflussung der schulentlassenen Jugend ist schon seit langem versucht worden, teils von dem Staat und den Gemeinden durch das Mittel der Fortbildungsschule, zum größeren Teil von Vereinigungen, die die jungen Leute um sich sammelten zur Pflege der Geselligkeit, der Belehrung, des Turnens, der Spiele, des Wanderns usw. Von der Fortbildungsschule verspricht Herr Preuß sich einen rechten Erfolg ihrer Arbeit erst dann, wenn sie auch die „körperliche Ertüchtigung" in ihren Lehrplan aufgenommen und einen Turnunterricht mit Beteiligungszwang eingeführt haben wird. Bekannt ist, daß die Deutsche Turnerschaft sich der Hoffnung hingibt, man werde dann denjenigen Fortbildungsschülern, die ihr angehören, den Zwang zur Teilnahme am Turnen der Fortbildungsschule erlassen. Das wäre, so kalkuliert deutsch-turnerschaftliche Pfiffigkeit, ein probates Mittel zur Hineintreibung auch des Nachwuchses der Arbeiterklasse in die Deutsche Turnerschaft. Herr Preuß behauptete, die Deutsche Turnerschaft sei seit Jahrzehnten eine Hauptträgerin der Jugendpflege gewesen, und er fand, daß sie von oben noch nicht genügend unterstützt werde. Ueber die Vereine zur Jugendpflege, die in neuester Zeit aufsprießen wie Pilze aus der Erde und im Kampf um die Millionenkrippe sich nicht blöde zeigen, äußerte Referent sich nicht gerade freundlich. Viel Verdruß macht ihm die Konkurrenz des „Jungdeutschland-Bunds", der im vorigen Jahr unter Führung des Generalfeldmarschalls v. d. Goltz zusammengetrommelt worden ist, um — wie man das so nennt — die „Wehrkraft des deutschen Volkes" zu fördern. Aber noch weniger sympathisch sind ihm selbstverständlich die Bestrebungen und Organisationen, die aus der Arbeiterklasse entstanden sind: das Jugendturnen der Arbeiterturnvereine, deren Eifer in der Pflege des Turnens er im übrigen anerkannte, und vor allem unsere Jugendbewegung, die trotz allen Verfolgungen fröhlich gedeihen, die er mit großer Sorge immer weiter wachsen sieht. Herr Preuß wies hin auf den raschen Aufschwung, den diese Bewegung in kürzester Zeit genommen hat, und beklagte, daß hier schon bei den Jugendlichen eine Scheidung in feindliche Klassen sich vollziehe. Demgegenüber müsse die Jugendpflege bürgerlicher Vereinigungen jeden Schein der Hineinziehung von Politik zu vermeiden suchen, meinte er. Er hatte den Mut, von sozialdemokratischem Terrorismus zu sprechen, der den bürgerlichen Organisationen ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendpflege erschwere, sie aber doch nicht hindern werde. Wie wenn nicht das, was die Jugendpflegebestrebungen der Arbeiterklasse bisher an Verfolgungen durchzumachen gehabt haben, dem schlimmsten „Terrorismus" gleichkäme!

In der Diskussion wurde von dem als Vertreter des Ministeriums erschienenen Regierungsrat Felisch hervorgehoben, daß es dem Oberpräsidenten stets eine große Freude gewesen sei, der deutschen Turnerschaft die Wege zu ebnen und ihr die Unterstützung der Gemeinden zu erwirken. Von dem Jungdeutschland-Bund erwarte die Regierung sehr viel, weil die beteiligten Offiziere infolge ihrer Führereigenschaften der Jugendpflege einen großen „Elan" geben würden. Professor Reinhardt als Vertreter des Kreises Brandenburg der Deutschen Turnerschaft pries es als einen Gewinn, daß jetzt der „Wehrstand" die Jugendpflege fördern helfe. Daß aber auch die Fortbildungsschule „in diesen Betrieb hineingestellt" werde, sei dringend zu wünschen. Der Schöneberger Stadtverordnete Zobel erwartet von der Betätigung der Offiziere in der Jugendpflege eine Milderung des Klassengegensatzes, der nicht nur von der Sozialdemokratie genährt werde, sondern auch in bürgerlichen Kreisen sich immer noch behaupte. Er sieht eine „Annäherung des Offizierstandes an das Bürgertum" voraus. Generalleutnant v. Jacobi, der an dem Zustandekommen des Jungdeutschland-Bunds tätigen Anteil gehabt hat, suchte die deutsch-turnerschaftliche Konkurrenzangst zu zerstreuen. Auch er verspricht sich eine „gegenseitige Annäherung von Offizier und Volk". Direktor Diebow, der Vorsitzende der Berliner Turnerschaft, riet, sich hinter Arbeitgeber und Eltern zu stecken, um ihnen den Nutzen für die Jungen begreiflich zu machen. Der Berliner Stadtverordnete Max Schulz erinnerte daran, daß die Turnerei früher einmal gegen allerlei ihr von oben her bereitete Hemmnisse sich habe durchsetzen müssen. „Jetzt aber", sagte er, „lassen wir uns die Unterstützung gefallen, auch die materielle." Ganz besonders die materielle, das läßt sich denken! Durch die neuen Unternehmungen, fuhr er fort, dürfe nicht etwa die deutsche Turnerschaft beiseite geschoben werden; lieber sollten die Offiziere in die Turnerschaft eintreten. Gegenüber dieser Naivität eines Freisinnsmannes mag es den anwesenden Offizieren schwer geworden sein, ernst zu bleiben.

Der Eifer, mit dem all diese guten Leute sich um die „körperliche Ertüchtigung" der arbeitenden Jugend sorgten, könnte beinahe rührend wirken. Wir sehen im Geiste schon, wie so viel heißes Bemühen sich belohnt macht, wie der Jungdeutschland-Bund den Nachwuchs der Arbeiterklasse um sich schart. Er wird jetzt spielend mit seinem aus der Kaserne geholten Zuckerbrot erreichen, was mit der Peitsche der Verfolgungen unserer Jugendbewegung nicht durchzusetzen ist. Der zu den Kindern des Volkes „herabsteigende" Leutnant — der schafft's! So denken es sich wenigstens die bürgerlichen „Jugendfreunde".

Das Ende eines Veteranen.

Eine Lokalkorrespondenz meldet: „Nahrungssorgen haben den 69 Jahre alten Schuhmacher Moritz Kaynig aus der Wilsnacker Straße 48 in den Tod getrieben. Seine schlechte Lage machte den alten Mann seines Lebens so überdrüssig, daß er beschloß, ihm gewaltsam ein Ende zu machen. Sonntagvormittag um 10½ Uhr fanden ihn Hausgenossen tot in seiner Wohnung liegen. Ohne daß jemand es gehört hatte, hatte er sich im Laufe der Nacht erschossen."

Wie uns berichtet wird, hat der alte Mann die Feldzüge 1864 und 1870/71 mitgemacht und ist auch verwundet worden. Das dankbare Vaterland gedachte des alten Kriegers insofern, als es ihm den hörrenden Sold von 10 Mark pro Monat zukommen ließ. Von dieser „großen" Unterstützung konnte aber der alte Mann nicht existieren und er suchte durch Zettelverteilen einiges hinzu zu verdienen. Die morschen Knochen ließen aber ständige Arbeit nicht mehr zu; Arbeitslosigkeit kam hinzu und trieben den Veteranen zur Verzweiflung. In diesem Zustande griff K. zum Revolver und machte seinem elenden Leben ein Ende. Sein Vermögen bestand aus 45 Pfennigen.

Verstauung von Zuschauern im Zirkus Sarrasani. Aus dem Publikum gehen uns fortgesetzt Beschwerden zu über die Art, wie im Zirkus Sarrasani die Galeriebesucher verstaut werden. Wenn man es einem Unternehmen auch nicht verdenken kann, recht viele Personen in seinem Schaustellungsraum unterzubringen, so sollte aber von der Direktion doch darauf geachtet werden, daß die Placierung des Publikums sich in einer Weise vollzieht, die nicht Unwillen erregt und zur Schulmeisterei ausartet. Soweit die Galeriesitzplätze in Betracht kommen, trifft das im Zirkus Sarrasani zu. Männer, die durch keinerlei Abzeichen als Angestellte des Zirkus kenntlich sind, nehmen die Ankommenden in Empfang und weisen ihnen den Platz an. Dagegen wäre ja nichts einzuwenden, wenn die Platzanweiser sich damit begnügten. Aber sie schieben mit mehr oder weniger sanftem Druck die einzelnen Personen auf den langen, nicht nummerierten Bänken so eng wie möglich zusammen, und damit die Menschenkette nicht etwa wieder „auseinanderschnellen" kann, setzen sie sich — ein lebendiger Schlußstein — als letzter auf die Bank, bis wieder neue Besucher kommen und das Spiel von vorn beginnt. Die Sache wäre an sich noch nicht so schlimm, es kommt nur darauf an, wie das Zusammenrücken geübt wird und wie es der einzelne Gast auffaßt. Und so geschieht es denn öfter, daß der Platzmajor mit seiner Methode an den Unrechten gerät und Auseinandersetzungen folgen, die sogar schon zu Tätlichkeiten ausgeartet sein sollen. Aber auch wenn gerade nicht das Aeußerste eintritt, so fühlen sich doch selbst ruhige und friedliche Besucher durch die daselbst herrschende Gepflogenheit, erwachsene Personen wie kleine Kinder zu betreuen, peinlich berührt. Die Platzanweiser sind nach unserer Meinung völlig überflüssig und es wäre für die Direktion ein leichtes, für richtige Raumausnutzung ohne diese Helfer zu sorgen, sie brauchte bloß an den Bänken laufende Nummern anzubringen und jeder wüßte, wieweit sein Platz reicht.

Jedenfalls ist das System, wie es heute geübt und vom Publikum als lästig empfunden wird, nicht gutzuheißen und paßt auch nicht für unsere Berliner Verhältnisse, wo man nichts mehr haßt, als das ewige Reglementieren und Bevormunden.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich am Sonntagabend auf dem Schloßplatz. Dort wollte das 20jährige Dienstmädchen Minna Ricke, die in der Wangenheimstr. 4 in Grunewald in Stellung war, den Damm überschreiten, ohne auf die Hupensignale einer herannahenden Kraftdroschke zu hören. Der Chauffeur versuchte noch im letzten Augenblick seinen Wagen zum Stehen zu bringen, doch rutschte das Gefährt auf dem festgefrorenen Schnee weiter und brachte die M. zu Fall. Das Mädchen trug mehrere Rippenbrüche und innerliche Blutungen davon, denen sie trotz sofortiger ärztlicher Hilfe auf der Unfallstation am Spittelmarkt erlag.

Eine Razzia auf Eisenbahnreisende wurde in voriger Woche auf Bahnhof Gesundbrunnen veranstaltet. Die verschiedenen Bahnsteige dieses Bahnhofs haben an ihren Zugangstreppen von der Bellermannstraße her nicht jeder seine eigene Sperre, sondern sind untereinander durch eine sie überbrückende Galerie verbunden, die nur oben an dem gemeinsamen Eingang eine Sperre hat. Dadurch wird es ermöglicht, daß bei dem Umsteigeverkehr zwischen den Zügen der Ringbahn und der Vorortzüge der Nord-, der Stettiner und der Kremmener Bahn, der auf Bahnhof Gesundbrunnen sich vollzieht, man über die Galerie ohne nochmalige Billettkontrolle von einem Bahnsteig zum andern gelangen kann. Diese Galerie war am Mittwoch in den Abendstunden zur Zeit des stärksten Verkehrs von einer beträchtlichen Anzahl Eisenbahnbeamten besetzt, zu deren Unterstützung man noch ein starkes Aufgebot von Polizisten herangezogen hatte, wie wenn einer der vielen von der Polizei noch immer nicht gefundenen Mörder erwartet würde. Jeder, der die Galerie durchschritt, um nach einem anderen Bahnsteig zu gehen, mußte hier Halt machen und seine Fahrkarte vorzeigen. Anscheinend war infolge irgendwelcher Beobachtungen der Verdacht rege geworden, daß ein Fahrkartenschwindel verübt werde, und ihm wollte man wohl durch eine auf Bahnhof Gesundbrunnen vorgenommene Zwischenkontrolle auf die Spur kommen. Uns wird gemeldet, daß dabei etwa 15 Per-

sonen angehalten und zur Feststellung ihrer Personalien sistiert worden seien. Unter ihnen war auch ein Mann, der von einer weiter zurückliegenden Station kam, aber nur eine Wochenkarte Gesundbrunnen—Pankow hatte. Als er erklärte, die bis Gesundbrunnen reichende Karte verloren zu haben, wurde von einem Eisenbahnbeamten eine genaue Durchsuchung seiner Kleider vorgenommen. Der Mann mußte alle Taschen ausräumen, und der Beamte griff dann noch selber hinein, um sich zu überzeugen, ob nicht etwas darin stecken geblieben sei. Auch eine Tasche mit Papieren wurde sorgfältig durchsucht, und mit gleicher Gründlichkeit wurde der Inhalt des Portemonnaies geprüft. Es fand sich bei dem Visitieren weder die vermißte Fahrkarte, noch irgend etwas, was seine Angabe widerlegt hätte. Schließlich griff ein Beamter sogar noch unter das Futter des Hutes, wie wenn hier die Fahrkarte stecken könnte. Gegen die Zumutung, ohne weiteres 6 Mark Strafe zu zahlen, wehrte der Sistierte sich. Darauf wurde ihm angekündigt, daß bei gerichtlicher Entscheidung die Sache noch teurer werden würde. Er zahlte nicht, und es blieb nur übrig, ihn zu entlassen. Noch an demselben Abend fand er dann die vermißte Fahrkarte in einem Handschuh, in den sie hineingeglitten war, als er sie in die Paletottasche gesteckt hatte. Als er an einem der nächsten Tage auf Bahnhof Gesundbrunnen dem Stationsvorsteher die Fahrkarte übergeben wollte, wurde er abgewiesen. Er ist neugierig darauf, ob man auch noch den Versuch machen wird, ihm die 6 M. abzuknöpfen.

Eine schlichte Gedenkfeier zu Ehren des vor Jahresfrist verstorbenen Genossen Stadtverordneten Emil Voigt fand Sonntagmittag an dessen Grabe auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. Trotz der schneidenden Kälte hatten sich zahlreiche Genossen des vierten Wahlkreises, Stadtverordnete sowie sonstige Freunde eingefunden, um den einfachen Gedenkstein der Oeffentlichkeit zu übergeben. Etwa 60 Sänger des Berliner Männerchors eröffneten unter Leitung ihres Dirigenten die einfache Feier mit dem stimmungsvollen Liede „Freundschaft und Liebe". Der Refrain: „Wahret die Flammen, aufwärts die Blicke" gab dem Stadtverordneten Waldeck Manasse einen Anknüpfungspunkt, um in warmen Worten der Verdienste Voigts für die Partei und seine Familie zu gedenken. So wie Frau und Kind nach dem Tode ihres Ernährers mutig den harten Kampf ums Dasein aufgenommen haben, rief er die Anwesenden auf, nicht zu trauern und zu klagen, sondern im Sinne des Verstorbenen weiter zu arbeiten und zu kämpfen für unsere gerechte Sache. — Hermann Rintorf richtete im Namen der Familie Worte des Dankes an die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, Freunde und Genossen für die Errichtung des Gedenksteins, der ein äußerliches Zeichen für ein dauerndes Andenken bildet. Wieder setzten die Sänger ein; wehmütig und begeistert zugleich klangen die Weisen über die winterlichen Gräber, und nachdem die letzte Strophe des Bardenchors „Ein Sohn des Volkes" verrauscht war, erreichte die eindrucksvolle Feier ihr Ende.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, bei welchem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich am gestrigen Sonntagabend am Kottbuser Damm, Ecke der Schinkestraße. Dort fuhr der Motorwagen 1530 der Linie 29 E auf den an der Haltestelle stehenden Anhängewagen 18 eines Zuges der Linie 58 E auf. Bei dem Zusammenstoß der beiden Wagen wurden zwei Personen durch Glassplitter im Gesicht verletzt, konnten jedoch ihren Weg weiter fortsetzen.

Im Bett erstickt. Ein schweres Brandunglück hat sich am Sonntag früh in der Turmstraße 84 zugetragen. In seiner Wohnung in einem kleinen Häuschen auf dem Hofe wurde dort der 52 Jahre alte Kaufmann Josef Kazmirski, der von seiner Frau getrennt lebte, erstickt im Bett aufgefunden. Alle Wiederbelebungsversuche mit einem Sauerstoffapparat waren vergeblich. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt. Wie vermutet wird, ist Kazmirski in der Nacht angeheitert nach Hause gekommen und hat dabei einen kleinen eisernen Kanonenofen umgestoßen. Während er dann im Bett schlief, hatte die Glut aus dem Ofen den Fußboden und die Balkenlage des Zimmers in Brand gesetzt. Das schwelende Feuer entwickelte einen derartigen Qualm, daß der Mann erstickte. Erst in den Vormittagsstunden wurde dann der Unfall bemerkt. Der Brand konnte von der Feuerwehr schnell gelöscht werden, doch kam bei dem verunglückten Kaufmann jede Hilfe zu spät.

Panik bei einem Brande. Gleichfalls durch einen angetrunkenen Mann wurde in der Nacht zum Sonntag auch in der Großen Frankfurter Str. 84 ein Wohnungsbrand verursacht, der eine Panik unter den Mietern zur Folge hatte. Das Feuer entstand im dritten Stock des zweiten Quergebäudes und wurde erst bemerkt, als gegen 5 Uhr morgens die Wohnungen der beiden Obergeschosse verqualmten. Als dann die aus dem Schlaf aufgeschreckten Mieter sich über die Treppe in Sicherheit bringen wollten, war auch diese schon in dichten Rauch eingehüllt, so daß ein Passieren unmöglich war. Männer und Frauen zeigten sich an den Fenstern der dritten und vierten Etage und schrien um Hilfe, als die Feuerwehr anrückte. Rettungsmannschaften eilten sofort nach oben und riefen den Bedrängten zu, noch ein wenig auszuhalten. Ein schnelles und entschlossenes Eingreifen war nötig, da die Flammen aus den Fenstern des dritten Stocks hell hervorschlugen. Aus dem vierten Stock wurden von den Sappeuren sechs Personen über die Treppe ins Freie geschafft. In der brennenden Wohnung im dritten Stock hielt sich nur der angetrunkene Mann auf, der auf dem Korridor aufgefunden wurde. Er war noch nicht nüchtern und wußte nicht, was geschehen war. Rein durch ein Wunder ist er dem Tode entronnen. Die Wohnung brannte zur Hälfte aus. Vernichtet wurden Betten, Kleidungsstücke und Möbel, die der Mann unvorsichtigerweise in Brand gesteckt hatte

„Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen" lautet ein neuer Lichtbildervortrag, der am Sonnabend zum erstenmal im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Taubenstraße zur Anschauung und zu Gehör gelangte. Von vielen, zum Teil recht klaren Lichtbildern veranschaulicht, schilderte der Vortragende Herr Wagner in seinem ersten Teile die landschaftlichen Reize vom Kaisergebirge zum Großglockner, während wir im zweiten Teil des Vortrages von Gastein nach Salzburg geführt werden. Gletscher, himmelanstürmende Felsen, prachtvolle Seen, prächtige Städtchen und Oertchen wechseln miteinander ab. So mancher herrliche Sommeraufenthalt der Hautevolee zieht an unserem geistigen Auge vorüber. Auch manche geschichtliche Erinnerung wird wachgerufen, wobei die Belanglosigkeiten über Kaiser Wilhelms Aufenthalt in Gastein ruhig fortbleiben könnten. Jeder Naturfreund wird bei einem Besuch des Vortrages zu seinem Rechte kommen und nur bedauern, daß nur wenigen es vergönnt ist, all das Schöne selber schauen zu können.

Schwere Brandwunden erlitten haben in der Sonnabendnacht bei einem Brande in der Willibald-Alexis-Str. 3 der Schneider Adolf Buchholz und seine Schwester Margarete Buchholz. Diese wollte abends einen Maskenball besuchen. Als die B. mit ihrer Garderobe fertig war, kam sie mit ihrem großen Hut der brennenden Lampe zu nahe. Im Nu stand das junge Mädchen in Flammen und brannte lichterloh. Bei dem Bemühen, die Flammen zu löschen, erlitten der Bruder Adolf und die Eltern Verletzungen. Die Geschwister wurden nach dem Urbankrankenhause gebracht. An dem Aufkommen des Mädchens wird gezweifelt. Adolf Buchholz dürfte mit dem Leben davonkommen. Die Eltern sind leichter verletzt und zwar an den Händen. Die Flammen konnten bald von der Wehr gelöscht werden.

In der Großbuchbinderei von C. Metschke u. Co., Zimmerstr. 94, verunglückte gestern vormittag der Beschneider Wilhelm Markwardt. Er geriet mit der rechten Hand in den Dreischneider, wodurch ihm der Daumen glatt abgeschnitten wurde. Wie uns mitgeteilt wird, soll es in der Buchbinderei an Verbandsmaterial gefehlt haben, so daß M. erst auf der Unfallstation verbunden werden konnte.

4. Berliner Sechstage-Rennen. 8. bis 9. Februar im „Sportpalast", Potsdamer Straße. Wohl selten hat eine sportliche Veranstaltung solch unerquickliche Vorgeschichte gehabt, als dieses Rennen, so daß noch am Vorabend die ganze Geschichte im Ungewissen war. Die beteiligten Parteien, Rennfahrerverband sowie der Verband deutscher Radrennbahnen, erließen Startverbote und hoben dieselben dann wieder auf, daß kein Mensch mehr klug daraus wurde. Endlich gelang es doch, eine Einigung herbeizuführen und konnte somit das Rennen am Sonnabend, 12 Uhr nachts, seinen Anfang nehmen. Die teilnehmenden Fahrer, 15 Paare, setzen sich größtenteils aus Ausländern, besonders Amerikanern, zusammen, die schon fast alle an New Yorker Sechstagerennen teilgenommen haben, also praktische Erfahrung besitzen. Diesen gegenüber haben unsere Vertreter einen schweren Stand und wird hauptsächlich nur der Mannschaft Rütt-Stol Aussicht auf Erfolg zugesprochen. — Der Besuch des ersten Tages war schwächer als der der früheren Veranstaltungen. Nach der Vorstellung der Fahrer, die unter den Klängen ihrer Nationalhymnen eine Ehrenrunde zurücklegten, ertönt der Startschuß und das Rennen beginnt. Die erste Stunde bringt zahlreiche Reifendefekte; dann wird die Bahn glatter und das Tempo schneller, so daß die früheren Leistungen überboten werden. Aber dieser Schnelligkeit fallen die schwächeren Fahrer zum Opfer und verschiedene Paare liegen mit mehreren Runden Abstand zurück. In der 14. Stunde stürzt der Amerikaner Wilen schwer und muß ins Krankenhaus gebracht werden. Später scheiden Sonntag und Thomas aus, so daß am Schluß des ersten Tages noch 13 Paare im Rennen sind. — Wir werden am Schluß des Rennens noch eine kurze Uebersicht über den Verlauf bringen.

Ein Schutzmann von einem Kameraden angeschossen. Sonntag nachmittag entlud der Schutzmann Gebhardt nach der Rückkehr vom Patrouillengang auf dem 106. Polizeirevier seine Dienstpistole. Beim Herausziehen des Magazins machte er die sogenannte Schlittenbewegung und drückte dabei ab. Plötzlich ging ein Schuß los und traf den neben Gebhardt stehenden Schutzmann Kotzmehl am rechten Oberschenkel, wo die Kugel die Fleischteile durchdrang, ohne den Knochen zu verletzen. Den Verletzten brachte man nach dem Krankenhause am Friedrichshain, von wo er nach Anlegung eines Verbandes nach seiner Wohnung gebracht werden konnte.

In Krämpfe gefallen ist am Sonnabend, den 3. d. M. der Handelsmann Gülzow, Krautstraße 38 bei Reichel wohnhaft, abends zwischen 11—12 Uhr, Ecke Lange- und Krautstraße. Als er wieder zu sich gekommen, war sein Handelskorb mit Ware und Papieren im Werte von zirka 12—13 M. nicht mehr an seiner Seite. Der ehrliche Finder wird unter obiger Adresse um gütige Mitteilung gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln (Rixdorf).

Wahlrechtsantrag in der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Der am Donnerstag, den 8. Februar, nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Stadtverordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag unterbreitet: Antrag auf Erlaß eines Ortsstatuts über die anderweitige Zusammensetzung der Wählerabteilungen bei den Kommunalwahlen.

Ortsstatut. Auf Grund des § 3 des Gesetzes vom 30. Juni 1900 betreffend Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen wird bestimmt daß bei der Abgrenzung der Wählerabteilungen auf die erste Wählerabteilung $^5/_{12}$, auf die zweite $^4/_{12}$ und auf die dritte Wählerabteilung $^3/_{12}$ der Gesamtsumme der im § 1 des Gesetzes bezeichneten Steuerbeträge aller Wähler fallen, eine höhere Abteilung aber nicht mehr Wähler zählen darf als eine niedrigere.

Von der übrigen Tagesordnung interessiert namentlich Punkt 5, der von der Abgabe von Kartoffeln an die ärmere Bevölkerung handelt.

„Die Vorteile der Organisation für den Gastwirt" war die Tagesordnung einer vom Verband der freien Gast- und Schankwirte einberufenen öffentlichen Versammlung, in der Stadtverordneter Obst-Schöneberg referierte. Eingehend erörterte er die Lage im Gastwirtsgewerbe und legte die Notwendigkeit einer straffen Organisation dar. Vor allem müsse der Gastwirt sein Augenmerk auf die Genossenschaftsbewegung richten; die Einkaufskommission der freien Gastwirte bringe jedem große Vorteile. In einer Stadt wie Neukölln, wo die Gastwirte lediglich auf die Arbeiterschaft angewiesen sind, sei es höchst sonderbar, daß so viele Kollegen der politischen Bewegung noch interesselos gegenüberstehen. Diesen Indifferentismus zu beseitigen sei Aufgabe der Gegenwart. — In der Diskussion wurde die bestehende Konzessionssteuer einer scharfen Kritik unterzogen und lebhaft über Berufsfragen debattiert. Polizeiliche Willkür und Uebergriffe, unter denen besonders die Gastwirte zu leiden haben, boten Stoff zu eingehenden Aussprachen. — Der Vorsitzende erläuterte noch die Ziele und Bestrebungen der Organisation und forderte zum Beitritt auf.

Ein schweres Brandunglück hat sich am gestrigen Montag nachmittag in Neukölln zugetragen. Die Frau des in der Lenaustraße 27 wohnenden Lageristen Küser hatte für kurze Zeit ihre beiden vier und drei Jahre alten Knaben allein in der Wohnung zurückgelassen. Die Kinder machten sich während der Abwesenheit der Mutter an dem Kochherde zu schaffen und dabei fingen ihre Kleidung Feuer. Bald standen die bedauernswerten Kinder in hellen Flammen. Auf die gellenden Schmerzensschreie der Kleinen eilten Nachbarn hinzu, denen es durch Aufwerfen von Betten und Decken gelang, das Feuer zu ersticken. Leider hatten die Knaben bereits erhebliche Brandwunden davongetragen. Am schwersten verletzt wurde der ältere Gerhard Küser, dem beide Oberschenkel und der Unterleib erheblich verbrannt waren, während Otto Küser Brandwunden im Gesicht und an den Händen davongetragen hatte. Die beiden Kinder wurden nach der Unfallstation in der Steinmetzstraße geschafft, wo ihnen die erste Hilfe zuteil wurde, und von dort nach dem städtischen Krankenhause in Buckow übergeführt.

Lankwitz.

Daß die Kirche Andersdenkenden gegenüber keinerlei Toleranz übt, wurde am Sonntag den Leidtragenden eines verstorbenen Tischlers Rähein erneut in Erinnerung gerufen. Die Kollegen des Verstorbenen hatten den Dahingeschiedenen dadurch zu ehren für notwendig erachtet, daß sie seinem Sarge mit einem Kranz mit roter Schleife folgen wollten. Da sie wußten, daß am Grabe des Verstorbenen ein Prediger zugegen sein würde, hatten sie die Schleife bereits schwarz umflort. Aber auch dieses matte durchschimmernde Rot schien den Küster in Aufregung versetzt zu haben. Denn als die Kollegen des Verstorbenen kaum den Friedhof betreten hatten, kam auch schon der Küster auf sie losgesteuert, um sie um Entfernung der Kranzschleife zu ersuchen, wenn anders sie nicht den Friedhof verlassen wollten. Um nicht wieder umzukehren, kamen die so in Empfang Genommenen der Aufforderung des Küsters nach. Durch dieses Beispiel der Unduldsamkeit Andersdenkenden gegenüber sind der Bewegung zum Austritt aus der Kirche wieder einige Streiter zugeführt worden.

Teltow.

Bei der am Montag stattgefundenen Stadtverordneten-Nachwahl wurde der Genosse Schlombach mit 140 Stimmen gewählt. Ein gegnerischer Kandidat war nicht aufgestellt.

Lichtenberg.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Sonnabend nachmittag in der Alteisenlagerei von Schweitzer u. Koppler in der Rittergutsstraße. In dem Fallwerk der Lagerei sollten Eisenbahnräder von den Achsen gelöst werden und waren deshalb in eine Maschine eingespannt worden. Seltsamer Weise war vergessen worden, die Türen, die das Fallwerk von den übrigen Arbeitsräumen abgrenzen und die dazu bestimmt sind, die durch das Fallwerk fortgeschleuderten Eisenteile aufzufangen, zu schließen. Beim Losreißen des Rades von der Achse wurde der Verschlußstöpsel mit so großer Gewalt emporgeschleudert, daß er den 20 Meter von dem Fallwerk entfernt arbeitenden Schlosser Karl Lemke, Kameruner Straße 18 wohnhaft, am Kopf schwer verletzte. Der Arbeiter, der einen komplizierten Schädelbruch davongetragen hatte, wurde in das Rummelsburger Krankenhaus geschafft, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb. Ueber die Schuldfrage schwebt noch die Untersuchung.

Nieder-Schönhausen.

Die Verschmelzungsfrage zwischen Nieder-Schönhausen und Pankow bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung. Bürgermeister Abraham wies zunächst daraufhin, daß im September vorigen Jahres eine Kommission zur Vorberatung der Vereinigung beider Gemeinden gewählt worden sei. Diese Kommission habe sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und ihre Beschlüsse in einer Denkschrift niedergelegt, sie habe beschlossen, die Eingemeindung nach Pankow abzulehnen. Gemeindevertreter Becker stellte hierauf den Antrag, die Angelegenheit zu vertagen, da bei der Wahl der Kommission zugleich beschlossen worden sei, daß mit den Vertretern von Pankow verhandelt werden soll, was jedoch nicht geschehen sei. Genosse Breitmann unterstützte den Antrag, die Gegner der Eingemeindung lehnten jedoch mit großer Mehrheit den Antrag ab, da über diese Angelegenheit schon genug gesprochen worden sei. Durch eine Vertagung werde die Unruhe in der Bürgerschaft nur noch weiter fortgepflanzt, außerdem sei zu befürchten, daß die Eingemeindungsfrage bei den kommenden Gemeindevertreterwahlen in einer das Wohl der Gemeinde gerade nicht fördernden Art agitatorisch ausgenutzt werde. Hierauf wurde die Denkschrift verlesen, die deutlich zeigt, daß die Kommission die Frage nur von dem Standpunkt aus geprüft hat, welche Vorteile die Eingemeindung den Einwohnern, besonders den Hausbesitzern bietet. Wären die später eintretenden Vorteile genügend berücksichtigt worden, so hätte eine solche schroffe Ablehnung nicht erfolgen können. In der Denkschrift wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Steuerverhältnisse der Gemeinde günstiger seien wie in den meisten Vororten des Kreises Niederbarnim. Die Schulverhältnisse werden ganz besonders gelobt, indem in Pankow auf eine Lehrkraft 44,4 Kinder kommen, dagegen in Niederschönhausen nur 43. In Wirklichkeit sind die Schulverhältnisse nicht so zufriedenstellend, haben doch anfangs dieses Jahres die Bewohner des Wilhelmsruher Ortsteils den Gemeindevorstand ganz energisch ersucht, für bessere Schulverhältnisse Sorge zu tragen, da sie sich sonst an die Regierung wenden müßten. Weiter wird ausgeführt, daß die Armenlasten zu einer Ablehnung der Einverleibung zwingen. Die Armenlasten betragen nach dem Etat 1911/12 in der hiesigen Gemeinde pro Kopf der Bevölkerung 1,26 M.; in Pankow 1,85. Bezüglich der Kanalisation ist Niederschönhausen vertraglich noch berechtigt, bis zum Jahre 1926 von der Stadt Berlin die Aufnahme ihrer Abwässer in die Berliner Kanalisation zu verlangen. Die Stadt Berlin will nach dem Jahre 1926 den Vertrag nicht mehr verlängern. Es sind daher Verhandlungen zum Anschluß an den Kanalisationsverband Reinickendorf-Wittenau, der über umfangreiches Rieselterrain verfügt, angebahnt worden. Somit sei auch diese Frage kein Grund zur Eingemeindung. Auch die Hochbahn habe in den öffentlichen Versammlungen eine erhebliche Rolle gespielt. Was könnte aber in dieser Beziehung von Pankow verlangt werden? 1. Daß es der Weiterführung der Hochbahn nach Niederschönhausen nichts in den Weg legt; 2. baue Pankow die Bahn bis nach Niederschönhausen und behandele die hiesigen Bürger im Punkte der Bezahlung der Kosten ebenso wie die Pankower. Die Hochbahnangelegenheit sei somit für die Verschmelzung völlig gleichgültig. Bürgermeister Kuhr in Pankow hat jedoch in einer Sitzung der dortigen Gemeindevertretung ausgeführt: Komme die Verschmelzung nicht zustande, so würde Pankow die Hochbahn an der Stettiner Bahn enden lassen, wolle Niederschönhausen die Bahn weiter bauen, so habe die hiesige Gemeinde für die Strecke von der Stettiner Bahn bis zur Grenze von Niederschönhausen zirka 800 000 M. zu zahlen. Zum Schluß wird in der Denkschrift noch auf die Nachteile bei einer etwaigen Vereinigung hingewiesen. Zunächst würden die hiesigen Bürger das Recht aufgeben, ihre Verwaltung selbständig zu führen. Ueber ihr Wohl und Wehe würde dann eine aus Personen zusammengesetzte Majorität beschließen, die nicht dem Orte Niederschönhausen angehören und daher naturgemäß bei einer Kollision des Pankower und des Schönhauser Ortsteils die Interessen des ersteren wahrnehmen werden. Das Schlußergebnis aller dieser Betrachtungen der Kommission ist: Die Eingemeindung nach Pankow muß abgelehnt werden! In der dreistündigen Debatte übte Gemeindevertreter Haeger scharfe Kritik an der Denkschrift. Redner vertrat die Auffassung, daß eine Eingemeindung nichts Ungünstiges bringen könne, er sehe nur Vorteile, wenn zwei in ihren Finanzen gleiche Gemeinden sich zu einem Gemeinwesen zusammentun. Ganz energisch verwahrte er sich gegen den Vorwurf, als ob sein Eintreten für die Eingemeindung etwas Unrechtes wäre. Auch die Furcht einer Majorisierung sei unbegründet; welchen Grund sollte auch Pankow haben, den hiesigen Ort schlechter zu behandeln. Den Vorwurf werde die Vertretung nicht los werden, daß in dieser Frage einseitig geurteilt worden sei. Herr August Kuhlmann hielt es für notwendig, mitzuteilen, daß Pankow vierstöckige Hinterhäuser baue, deren Bewohner die größten Anforderungen an die Armenverwaltung, die Polizei und die Schulen stellen und dabei die wenigsten Steuern zahlen. Genosse Breitmann trat dieser Behauptung mit gebührender Schärfe entgegen. Nachdem noch ein halbes Dutzend Redner gegen die Eingemeindung gesprochen, wurde der Vorschlag der Kommission, den Antrag Pankows auf Eingemeindung abzulehnen, mit 10 gegen die Stimmen der Vertreter Becker, Breitmann, Häger und Roa angenommen. Dem Verein Kinderhort wurde ein Zuschuß von 100 M. zur Unterhaltung einer Suppenküche für arme Schulkinder gewährt. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde der Einführung einer besonderen Gewerbesteuerordnung zugestimmt. Bei der Veranlagung soll das Betriebskapital zugrunde gelegt werden. Man hat dasselbe auf 1 Million Mark (entgegen dem Magistratsvorschlag von $1^1/_2$ Millionen Mark) festgesetzt und hofft durch diese Gewerbesteuer vor allem die Filialen auswärtiger Firmen zu treffen. Es dürfte daher auch eine Mehreinnahme, die auf 10 000 M. geschätzt wird, zu erwarten sein. Die Vorlage über die Neuregelung der Löhne für das städtische Feuerwehr- und Arbeiterkorps wurde zurückgezogen; dem stellvertretenden Betriebsleiter der städtischen Straßenbahn dagegen wurde sein Gehalt von 3400 M. auf 3600 M. erhöht. Der Lagerbuchhalter, der bei achtstündiger Arbeitszeit 1650 M. bezog, soll jetzt bei zehnstündiger Arbeitszeit 100 M. Zulage erhalten. Bei Gehaltserhöhungen der Unterbeamten scheint keine große Freigiebigkeit vorzuherrschen. Für ca. 500 Stunden Mehrarbeit eine Zulage von 100 M., das macht pro Stunde zwanzig Pfennig. Aehnlich sollten auch die Feuerwehrleute bedacht werden. Nach neunjähriger Dienstzeit sollten sie gegen jetzt 2 Mark (zwei Mark) Zulage pro Monat mehr, also von 123 M. auf 125 M., erhalten und nach zwölfjähriger Dienstzeit 5 M. Zulage (von 125 M. auf 130 M.). — Den städtischen Arbeitern, die mit 2,75 Mark pro Tag (der ortsübliche Tagelohn beträgt 3,50 M.) entlohnt werden, sollten die Abzüge für Alters- und Invalidengeld erlassen werden und damit soll die

Lohnaufbesserung erledigt sein. Eine längere Debatte rief der Antrag des Arbeiterturnvereins „Frisch auf" um Ueberlassung einer städtischen Turnhalle zu seinen Uebungsstunden hervor. Nach wiederholt abgelehnten Gesuchen an den Magistrat hatte diesmal der Verein das erneute Gesuch auch gleichzeitig an die Stadtverordneten gerichtet. Als nun der Magistrat den ablehnenden Bescheid in der vorigen Sitzung zur Kenntnis der Stadtverordneten gab, beantragte Stadtv. Kennes die Besprechung in der nächsten Sitzung. Der Berichterstatter führte aus, daß nach Auskunft des Magistrats der Verein sich politisch betätige, obwohl in dem beigefügten Statut jede politische Tätigkeit ausdrücklich ausgeschlossen sei. Da aber die Recherchen des Magistrats das Gegenteil bewiesen haben, beantragte er Uebergang zur Tagesordnung. Stadtv. Kennes berief sich ebenfalls auf das Statut und bestritt den politischen Charakter des Vereins. Man könne doch nicht auf eine politische Tätigkeit schließen, wenn vielleicht einzelne Mitglieder sich politisch betätigen. Stadtv. Krämer trat ebenfalls für den Antrag ein. Es half nichts. Erst der Stadtrat Dr. Ayer und dann der Oberbürgermeister Bosberg versuchten aus dem — Liederbuch den politischen Charakter des Vereins nachzuweisen. Als „Beweis" diente letzterem dazu der Schlußsatz des Vorwortes des Liederbuches der freien Turnerschaft: „So möge denn unser rotes Liederbuch in seinem neuen Gewande in die Welt hinausgehen," sowie einige Lieder. Schließlich glaubte der Oberbürgermeister den Stadtverordneten noch das Mitbestimmungsrecht zu verweigern. „Ich bitte zu bedenken, so betonte er, daß wir die Herren der Gebäude sind; so bestimmen wir (der Magistrat) auch, wer sie benutzen soll". Nach weiteren Ausführungen des Berichterstatters wurde in der Abstimmung der Antrag des Turnvereins von der Mehrheit gegen nur wenige Stimmen abgelehnt.

Groß ist gegenwärtig die Zahl der Arbeitslosen in Potsdam. Erschreckend sind daher auch die Zahlen des städtischen Arbeitsnachweises für den Monat Januar. Gemeldet hatten sich dort 421 Arbeitsuchende, Arbeit nachgewiesen konnte jedoch nur 78 werden, davon wurden noch 28 nach außerhalb vermittelt. Und dabei sind bei den Eintragungen des städtischen Arbeitsnachweises solche von Bauarbeitern usw. nicht berücksichtigt.

Berliner Arbeiter-Schachklub.

Osten I: jeden Donnerstag ½9 Uhr bei Gudd, Rüdersdorfer Str. 50.
„ II: jeden Donnerstag ½9 Uhr bei Rohde, Gr. Frankfurter Str. 52.
Süden: jeden Donnerstag ½9 Uhr bei Meyer, Oranienstr. 168.
Westen: jeden Freitag ½9 Uhr bei Pätzler, Karlsbad 17, Ecke Flatowstr.
Norden I: jeden Freitag ½9 Uhr bei Nebel, Magdstr. 13b.
„ II: jeden Montag ½9 Uhr bei Frisch, Drontheimer Str. 4.
„ III: jeden Donnerstag ½9 Uhr bei Stoll, Nordufer 5, Ecke Torstraße.
„ IV: jeden Donnerstag ½9 Uhr bei Riegert, Gleimstr. 52.
Nordwest I: jeden Freitag, abends ½9 Uhr bei Lamprecht, Putlitzstr. 10.
„ II: jeden Donnerstag, abd. ½9 Uhr b. Plattenschläger, Wiclefstr. 52.
Rixdorf I: jeden Freitag ½9 Uhr bei Brandt, Pflügerstr. 19.
„ II: jeden Donnerstag ½9 Uhr bei Kremp, Hermannstr. 174.
„ III: jeden Freitag ½9 Uhr bei Nau, Wildenbruchstr. 56.
Boxhagen: jeden Freitag ½9 Uhr bei Mötz, Sonntagstr. 32.
Lichtenberg: jeden Donnerstag ½9 Uhr bei Müncheberg, Gudrunstr. 9.
Charlottenburg: jeden Donnerstag ½9 Uhr bei Wernicke, Bismarckstr. 38
Ober-Schöneweide: jeden Freitag ½9 Uhr bei Prochowsky, Rathausstr. 10

Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht". Sitzung: Dienstag, den 6. Februar, abends 9 Uhr, bei Eichhorn, Danziger Str. 93/94. Tagesordnung: Vortrag. — Gäste willkommen.

Spandau. Mittwoch, den 7. Februar, abends 8½ Uhr, im Restaurant von Fritz Perzellis, Pichelsdorfer Straße 5: Uebungsabend der Arbeiter-Samariter. Ein Arzt wird über „Gefahrdrohende Krankheitszustände und Transport" sprechen.

Wetterprognose für Dienstag, den 6. Februar 1912.

Langsame Zunahme der Bewölkung und Abnahme der Kälte bei seichten südöstlichen Winden; nachher etwas Schnee.

Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 5. Februar 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemünde	758	O SO	2	wolkenl	—17	Haparanda	750	NO	2	wolkenl	—38
Hamburg	755	O	2	wolkenl	—16	Petersburg	752	Still		bedeckt	—27
Berlin	755	O	2	heiter	—17	Scilly	735	O SO	7	bedeckt	5
Frankf. a. M.	750	SO	1	bedeckt	—9	Aberdeen	756	WNW	1	wolkig	—9
München	752	SO	2	bedeckt	—10	Paris	744	O	2	bedeckt	—3
Wien	754	SO	3	Schnee	—9						

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 4. 2. cm	seit 3. 2. cm[1])	Wasserstand	am 4. 2. cm	seit 3. 2. cm[1])
Memel, Tilsit	131[3])	0	Saale, Grochlitz	90[3])	—10
Pregel, Insterburg	-37[3])	+4	Havel, Spandau[5])	56[3])	0
Weichsel, Thorn	70[3])	0	„ Rathenow[5])	99[3])	0
Oder, Ratibor	130[3])	—18	Spree, Spremberg[7])	70[3])	0
„ Krossen	150[3])	+1	„ Beeskow	55[7])	—4
„ Frankfurt	132[3])	—6	Weser, Münden	103[3])	—9
Warthe, Schrimm	—	—	„ Minden	220[3])	—1
„ Landsberg	62[3])	—2	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Vordamm	42[3])	—3	„ Kaub	165[6])	+12
Elbe, Leitmeritz	52	—27	„ Köln	155	—8
„ Dresden	-115[3])	—19	Neckar, Heilbronn	60	—11
„ Derbt	167[3])	—1	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	155[3])	—11	Mosel, Trier	—	—

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [3]) Unterpegel. — [5]) Eisstand. — [6]) Eistreiben.

Santa Lucia
Kraft Rotwein
Blutarmen u. Kranken
während der Reconvalescenz empfohlen.
Nachahmungen bitte zurückzuweisen.
Käuflich in Apotheken, Drogen und Delicatessen-Geschäften, Fl. 1,50 u. 2,00 M.

MAGGI's Würze
Suppen
Bouillon-Würfel
sind die besten!
„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!"

Frost an Händen, Füßen, Ohren!
Russischer „Frostikon"-Balsam gegen Frostbeulen, Froströte.
Russische „Frostikon"-Salbe geg. Frostwunden, offene Frostschäden. Preis 50 Pf., 75 Pf., 1 M. (Porto 20 Pf.)
Erfolg überraschend!
Prompter Versand nach auswärts.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt III, 2438.
Achtung! 50/1*
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalinhabern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.
Geschäftszeit täglich von 10½—1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal weiß und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Zu Vereinsfestlichkeiten
Damenspenden, Verlosungsgegenstände, Kopfbedeckungen, Girlanden in großer Auswahl zu billigen Preisen. 27335*
Ernst Minnich Nachf.,
Admiralstr. 18c.

Frack-Verleih-Institut
Frack-, Gehrock-, Smoking-Anzüge, für jede Größe passend, in großer Auswahl vorrätig. S. Berg Nachf. Borchardt,
Friedrichstr 115 I, a. Oranienburg Tor.
Tel. Nord 7492.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).
Soeben erschien: 246/20
Die Wertzuwachssteuer.
Reichsgesetz vom 14. Februar 1911.
Von Albert Südekum.
(Heft 13 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik.)
Preis 1 M.
Vereinsausgabe 40 Pf.

SÄNGER: REDNER: RAUCHER:
WYBERT-TABLETTEN
schützen Sie vor: HUSTEN HEISERKEIT KATARRH
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.-

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 6. Februar 1912.
Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Der Schlagbaum.
Deutsches. Penthesilea.
Haberland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Urania. Taubenstraße 48/49. Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen. Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Abstammung des Menschen.
Neues. Der liebe Augustin.
Kammerspiele. Offiziere.
Lessing. Komtesse Mizzi. Erde.
Neues Schauspielhaus. Fiat justitia!
Residenz. Alles für die Firma.
Kurfürstenoper. Tiefland.
Komische Oper. La Traviata.
Westen. Russisches Ballett.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Der Weg zur Hölle.
Schiller-Charlottenburg. Der Probepfeil.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Geschlossene Vorstellung.
Luisen. Baronesse Claire.
Rose. Salon und Kloster.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kleines. Lottchens Geburtstag. Gentz und Fanny Elßler. Hockenjos.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Casino. Der Kampf ums Dasein.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Hausteufel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Ein dunkler Punkt. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 8½ Uhr.
Folies Caprice. Mandelblüth's Polterabend. Losgelassen. Waffenübung.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Noack. Die Bettlerin und ihr Kind.
Voigt. Geschlossen.
Anfang 8½ Uhr.
Neues Volkstheater. Strindberg-Feier.
Bebe-Alliance. Geschlossene Vorstellung.
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Der Weg zur Hölle.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Probepfeil.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Weg zur Hölle.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Der Probepfeil.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Emilia Galotti.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Probepfeil.**

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: **Große Rosinen.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Die 5 Frankfurter.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr: **Der liebe Augustin.**

Theater des Westens.
8 Uhr: Abschiedsgastspiele des **Russischen Balletts.**
Heute: Karneval — Geist der Rose Polowetzer Tänze — Kleopatra.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr: **Alles für die Firma.**
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin u. G. Mitchell. In Szene gesetzt und für die deutsche Bühne bearbeitet von Bolten-Baeckers.
Morgen u. folg. Tage: **Alles f. d. Firma.**

Luisen-Theater.
Dienstag: **Baronesse Claire.**
Mittwoch: **Sommerspuk.**
Donnerstag: Benefiz für den Oberregisseur Georg Wald. Premiere: **Zopf und Schwert.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Burleske v. Reichardt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Dienstag 8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: **Die Abstammung des Menschen.**

Bellealliance-Theater.
Heute: Geschlossene Vorstellung.
Morgen u. folg. Tage: **Napoleon Bonaparte und seine Frauen.** Gastspiel Ferd. Bonn.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Salon und Kloster.
Volksschauspiel in 5 Akt. v. Georg Horn.
Mittwoch: Des Meeres und der Liebe Wellen.

Metropol-Theater,
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Vollständig neues Programm.
10 Uhr:
Noch nie dagewesener Lacherfolg
Paul Beckers
das
„Original".

Herrnfeld Theater
Heute Dienstag: **Premiere**
der Novitäten
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld.
Personen:
Sally Gumpel: **Anton Herrnfeld**
Ruth, seine Frau: Poldi Nutz
Wenzel Wischek: **Donat Herrnfeld**
Adeline, dessen Frau: Helene Tschopik
Walter Selig: Artur Franzetti
Ellen, seine Frau: Martha Schlösser
Dr. Christian Cohn: Hugo Döblin
Sabine, seine Frau: Frida Levermann
Dr. Jesselsohn: Leopold Gadiel
Wendeborn: Ernst Eckstein
Hirsekorn: Jacques Morwah
Orlofska: Martha Mayerhofer
Alma: Lucie Rudolph
Betty, Dienstmädchen bei Gumpel: Marg. Meilicke
Erna, Dienstmädchen bei Orlofska: Ella Marion.

Der Hausteufel.
Familienschwank in 1 Akt v. Pohlmann.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11—2 (Theaterkasse).

Passage-Theater.
Schneider-Duncker
Carl and Lotty
die berühmt. Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer
Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe
d. best. Schleuderbrett-Akrob.
und d. Febr.-Glanzprogr.
14 erstkl. Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Das Londoner Mirakel
Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrab.
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
15 Personen
in ihren religiösen
Märtyrer-Produktionen
Wochentags 4—7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Berliner Männerchor.
M. d. D. A.-S. Chormeister: **Franz Bothe.**
Sonntag, den 11. Februar 1912
in **Moerners Festsälen** (früher Keller), Koppenstr. 29:
Konzert.
Mitwirkende: **Künstler-Orchester** unter Leitung des Konzertmeisters Herrn H. Walter. — Frl. **Käte Becker** (Sopran). — Am Klavier: **Franz Bothe.**
Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Nach dem Konzert im großen Saal **Tanz.**
Kinder unter 4 Jahren haben keinen Zutritt.

Piccadilly
BESITZER HEINRICH BRAUN
Potsdamer Platz
Eröffnung nächster Tage

Kammer-Licht-Spiele
am Potsdamer Platz
Königgrätzer Straße
Ecke Köthener Straße
Größtes u. elegantestes Lichtspiel-Theater
Das sensationelle
Eröffnungs-Programm
gespielt vor
Mitgliedern des Kgl. Hauses
Täglich u. a.
Giampietro
als Roland von Berlin
Vorstellung
von 4—11 Uhr
Preise der Plätze:
75 Pf., 1,00, 1,25, 1,50, 2,00, Logen 3,00 M.
Kind. v. 4-6 Uhr halbe Preise
Dutzendbilletts für Erwachsene zu ermäßigten :: :: :: Preisen :: :: ::

Union-Theater

Außerordentlicher Erfolg
des 6. Films aus der großen Asta Nielsen-Serie:
Die Macht des Goldes
Schauspiel in 3 Akten mit
Asta Nielsen
in der Hauptrolle.
Außerdem das prächtige :: Novitäten-Programm ::
Union-Theater
Wedding:
Die Verräterin.

„CLOU"
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert u. Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Plattler u. Jodler!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen **Wochentagen** nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei **freiem** Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
!! Heute !! Abends 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Karl Heinzius-Abend.
Morgen Mittwoch: Elite-Tag.
Das größte bayer. Bockbier-Fest.
Gratisverteilung von 200 Wertgegenständen.

MIDGETS TOWN
Hauptstadt von Liliput
mit ihren 70 Bewohnern
Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.
Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
Entree
1 Mark. Kinder die Hälfte.
Im Liliput-Zirkus große Ringkampf-Konkurrenz.

6 Tage-Rennen
im
Sport-Palast
3.—9. Februar.
Alleiniger Vorverkauf bei **A. Wertheim,** seinen Theaterkassen und Filialen.

Zirkus A. Schumann
Dienstag, den 6. Februar, abends 7½ Uhr:
Das große Programm und
Momy I.
der Affenmensch vom Kongo.
Um 9 Uhr: **Das neueste, noch nie dagewesene, nicht zu übertreffende Ausstattungsstück**
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Große Schlußapotheose mit noch nie dagewesenen Effekten! 3 Musikkorps. 80 Sänger. Frauenchor. Die 100 Fuß hohe Fontaine lumineuse.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Täglich 7½ Uhr:
Das berühmte, pantomimenfreie, unverfälschte
Circus-Programm.
Mittwoch, nachm. 3 Uhr und abends 7½ Uhr:
2 Vorstellungen 2
Vorverkauf a. d. Circuskasse und an sämtlichen Billettverkaufsstellen von **A. Wertheim.**

A
Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstrasse
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstlauf-Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und **Die kleine Charlotte.**
Der norwegische Meister Harry Paulsen sowie d. prächt. Eisballett **Alpenzauber.**
Bis **6** Uhr und von **10½** Uhr **halbe** Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Zirkus Busch
Dienstag, den 6. Januar 1912, abends 7½ Uhr:
Gala-Abend!
Fortsetzung der japanischen
Ringkämpfe!
Clown Armando mit dem boxenden Känguruh. Frl. **Blumenfelds,** Kunstreiterinnen. Herr **Ernst Schumann,** Neudressuren. Frl **Stennis,** Schulreiterin.
Um 9½ Uhr:
„Die Hexe".
Großes Volks-Manege-Schauspiel in 7 Bildern.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen. — Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Der selige Hollschinsky.**

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
Mandelblüths Polterabend.

Voigt-Theater.
Dienstag, den 6. Februar 1912:
Gastspiel im **Moabiter Winter-Garten,** früher **Artushof,** Perleberger Str. 26.
Von Stufe zu Stufe
Lebensbild mit Gesang in 6 Bildern von Dr. H. Müller.
Kassenöffnung 7, Anfang 8½ Uhr.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich Varieté und Theater.
Vom 1.—16. Februar
Riesenprogramm.
In jeder Vorstellung:
Ein dunkler Punkt.
Burleske mit Gesang in 2 Bildern.

Noacks Theater.
Direktion: **Robert Dill.**
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Die Bettlerin und ihr Kind.
Schauspiel in 5 Akten von Meixner.
Anfang 8½ Uhr. Bons usw. gültig.
Morgen: **Dieselbe Vorstellung.**

Amt III. Berliner No. 2509
Humor-Quartett
Gg. Treuer Kastanienallee 60

Neue Welt.
Arnold Scholz. **Hasenheide 108-114.**
Heute Dienstag, den 6. Februar 1912:
Familientag derer von Schultze, Müller und Maier. Schulze mit **tz** und **z,** Müller mit zwei **ll** und Maier mit **ai, ei, ay** und **ey.** **Prämiiert** wird der
dickste Schultze, der dünnste Müller und der kleinste Maier.
3 bare Geldpreise à 33 M.
Voranzeige: Donnerstag, den 8. Februar 1912:
Prämiierung der
größten modernen Promenadentasche
von der Schulter herabhängend zu tragen.
3 bare Geldpreise: 50,—, 30,—, 20 Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
4 Kapellen. **30 bayerische Mad'l.**
Anfang **7** Uhr. — Entree **30** Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer, Berlin SW.

Zur Revolution in China.

III.

Die Mandschudynastie scheint nunmehr den Kampf gegen die übermächtige Revolution aufgeben zu wollen. Das Abdankungsdokument ist unterzeichnet. Bei dieser Gelegenheit wird wiederum bewiesen, mit welch feinem Instinkt der Kapitalismus ausgestattet ist. In allen fünf Erdteilen verhält sich die kapitalistische Presse den Vorgängen in China gegenüber mit wohlwollender Passivität; selbst für das bedrängte Gottesgnadentum der Mandschus zeigt sie kein besonderes Interesse. Dies aus dem einfachen Grunde, weil sich von dessen Konservierung nichts Vorteilhaftes für ihre Interessen erwarten läßt.

Die Beseitigung des mittelalterlich-feudalen Plunder von Einrichtungen eröffnet dem internationalen Kapital Aussichten, die einen Freudenrausch erzeugen können. Denn es gibt heute kein Land, das dem Ausbeutertum günstigere Chancen böte als das Reich der Mitte. Freilich wird dessen Bourgeoisie wenig Neigung zeigen, sich mit ausländischen Kapitalisten in die Beute zu teilen. Allein ihre gigantischen Pläne lassen sich ohne die Erfahrung und die finanzielle Hilfe des Westens nicht realisieren. So werden sie wohl oder übel ihre Wünsche auf gänzlichen Ausschluß des Auslandes von der Teilnahme am Gewinn zurückstellen müssen, wenn auch nur so lange, als China Erfahrung und Kapital genug gesammelt hat, um ohne fremde Unterstützung fertig zu werden.

„Wenn Japan eine Nation des Westens (Rußland) durch Anwendung einer nach westlichem Muster organisierten Armee und Flotte besiegen konnte, weshalb sollte China nicht das gleiche tun können und, die japanische Methode nachahmend, den Westen davonzuhalten?“ Was hier ein sogenannter Fortschrittsmann erklärt, ist nur ein milder Ausdruck der Gefühle, die die Brust der chinesischen Bourgeois bewegen. Freilich wird es mit der Realisierung dieser Hoffnung ohne Eintausch von Nachteilen noch seine Schwierigkeiten haben. Auch Japan hat von dem Moment an, wo es den Weißen seine Tore öffnete (1854) das gleiche gehofft, und hat seitdem alles getan, um hinter das Geheimnis der Ueberlegenheit des Westens zu kommen, aber der Erfolg ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Gewiß hat es sich die staatliche Unabhängigkeit geschaffen, eine westliche Macht besiegt, aber dafür eine Schuldenlast eingetauscht, unter der es zusammenzubrechen droht, und wirtschaftlich und finanziell kann es das Ausland weniger als je entbehren.

Wie man sich auch nun zu dem japanischen Beispiel stellen mag, jedenfalls wird sich die siegreiche Bourgeoisie nicht mit Erwägungen über die problematische Beschaffenheit ihrer Hoffnungen abgeben, sondern alle Kraft für die Realisierung derselben einsetzen. Das heißt, es wird eiligst an dem Ausbau von Heer und Flotte gehen und nicht zögern, sie gegen jeden anzuwenden, der ihr das Recht auf Ausbeutung des Landes und des Volkes schmälern sollte.

Die wirtschaftliche Erschließung des Landes und der Ausbau von Heer und Flotte sind Aufgaben, denen der in der vermoderten Bahn des Mittelalters sich bewegende Agrarstaat nicht gewachsen ist. Er will sich, wie Japan, in einen Industriestaat umwandeln. Aus dem seit vielen Jahrhunderten politisch, kulturell und wirtschaftlich stillstehenden Riesenreich wird allgemach ein modernkapitalistischer Industriestaat werden. Die Kulis und Bauern werden zu Fabrikarbeitern werden und mit ihren Klassengenossen der übrigen Welt konkurrieren. Ob oder wann sich die Industrialisierung Chinas zu einer gelben Gefahr für das Wirtschaftsleben des Westens auswächst, wird von dem Tempo der industriellen Entwickelung und besonders von der Verwendbarkeit der Kulis für die Fabrikarbeit wesentlich abhängen. Auf politischem Gebiet wird sich die gelbe Gefahr allerdings eher fühlbar machen, als es unserer Diplomatie lieb sein mag.

China ist für einen Industriestaat unendlich besser prädestiniert als das nachbarliche Japan; nirgends findet der moderne Kapitalismus die Vorbedingungen für einen glänzenden Aufstieg vollständiger erfüllt. Es birgt in herrlicher Fülle jene Rohstoffe, die für den Aufbau des Industriestaates unerläßlich sind. Daneben hat es eine Arbeiterschaft, die als die bedürfnisloseste auf Gottes weiter Erde gilt.

Die Rohstoffverhältnisse sind über das ganze Land verteilt. In den südlichen Provinzen Kweichow, Kwangsi, Yunnan und Hunan wechseln Braunkohlenlager mit Steinkohlenflötzen ab. Die Menge dieser Kohlenvorräte wird auf 30 Milliarden Tonnen geschätzt. Auch der Norden ist mit Kohlen genügend versehen. Die Kohlenberge der Provinz Schansi allein könnten die ganze Welt auf viele Jahrhunderte, wenn nicht auf Jahrtausende mit Brennmaterial versorgen. Nach Richthofen beträgt der Vorrat an Steinkohlen nicht weniger als 630 Milliarden Tonnen. Fast ebenso häufig wie die Kohle ist das Eisen anzutreffen. Erzberge und Kohlenfelder liegen zuweilen eng beieinander. Dazu birgt der Boden Silber, Zinn, Kupfer, Salpeter, Zink und Quecksilber in großen Mengen. Der Abbau wird für die Technik wenig oder gar keine Schwierigkeiten machen. Diese riesigen Erdschätze sind praktisch noch nicht angetastet. Denn was will eine jährliche Kohlenförderung von nicht zwei Millionen Tonnen neben der ungeheuren Vorratsmenge besagen?

Für die Baumwollkultur ist das Klima der ausgedehnten Yangtseebene und das Chinglings und Kweichows vorzüglich geeignet. Es werden jetzt schon mit den von den Vorvätern überkommenen Arbeitsweisen jährlich über 300 000 Tonnen erzeugt. Wissenschaft und rationeller Abbau werden nicht nur die Quantität um das Vielfache steigern, sondern auch die Qualität derart verbessern können, daß sie der langfaserigen Baumwolle Amerikas gleichkommt. Das gleiche gilt auch von der uralten Seidenkultur. Ausgezeichneter Weizen gedeiht im Yangtsetal und in der Mandschurei. Hier allein schon ist Humusboden genug, um die ganze Bevölkerung reichlich zu ernähren. Und wenn der Mangel an Dungmitteln durch Verwendung von Salpeter behoben wird, so ist für die Vergrößerung der Anbaufläche für Kornfrüchte und die Erhöhung ihrer Ertragfähigkeit gute Aussicht vorhanden. Neben diesen Erdschätzen und klimatischen Vorzügen hat China, wie zum Ueberfluß, vier ausgedehnte Stromsysteme, deren Hauptadern bis weit in das Land hinein mit großen Seeschiffen befahren werden können. Auf diesen Wasserwegen können die Rohstoffe in die Industriezentren zur Verarbeitung, und von da hinaus aufs offene Meer, zum Export, gebracht werden.

Aber die Aussichten des Kapitalismus auf Riesenprofite steigern sich noch unendlich, wenn jene Gaben der Natur im Verein mit dem vorhandenen Menschenmaterial betrachtet werden. Der chinesische Arbeiter ist das idealste Ausbeutungsobjekt, das sich denken läßt. Er ist willig und billig, ausdauernd und fleißig, und von einer Bedürfnislosigkeit, die ihresgleichen sucht. Im amerikanischen Westen wird behauptet, der chinesische Kuli bringe seinem Arbeitgeber eine dreimal größere Arbeitskraft als ein weißer Kollege, und verlange zehnmal weniger Lohn dafür. Das mag übertrieben sein, ist es aber lange nicht in dem Maße, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist. Er schleppt unverdrossen Lasten von einer Schwere, die einem Maultier nicht aufgeladen werden dürften, wenn sich sein Besitzer nicht der Beschuldigung der Tierquälerei aussetzen will. Stundenlang trappt er wie ein Droschkengaul mit einer vollgeladenen Rikscha; meilenweit trägt er rastlos Sänften; weit übers Land fährt er auf seinem von den Vorfahren geerbten Schiebekarren eine drei-, vier-, fünf-, ja selbst sechsköpfige Familie. Weder die Hitze des Sommers, noch die Kälte des Winters scheint ihn anzufechten. Immer sieht man ihn in seiner dünnen, nicht selten aus elenden Lumpen zusammengehefteten Gewandung, wenn er in puncto Kleidung nicht überhaupt dem biblischen Adam nachstreben sollte.

Ueber die Löhne der Arbeiter im Innern des Landes liegen nur spärliche Angaben vor. Nach dem Aeußern der Behausungen und dem Inhalt der Eßtöpfe zu urteilen, müssen sie selbst nach asiatischen Begriffen sehr gering sein. In den europäischen Konzessionen an der Küste ist der Verdienst durch die Bank höher als im Innern. In Shanghai erhalten die von der (europäischen) Stadtverwaltung angestellten Bauarbeiter 71 bis 92 Pf. den Tag. In den Baumwollspinnereien der Nachbarschaft werden den Frauen und Kindern pro Tag 12 bis 33 Pf. gezahlt. Maschinenschlosser in einer chinesischen Fabrik sollen 180, Tagelöhner 50 Pf., auf den Werften die gelernten Leute „sogar“ 4 M. erhalten. Als Tagelohn der Lasten- und Sänftenträger im Innern des Landes wird in der Hauptsache die Summe von 60 bis 100 Pf. genannt. Hier ist aber die unbeständige Beschäftigung in Rechnung zu stellen. In den Bergwerken Chihlis wird den Kohlengräbern 55 bis 70, den Kulis 35 bis 55 Pf. gezahlt. Die chinesischen Kohlengruben in Kansu zahlen an Hauer 15, an Schlepper 12 Pf., nebst Kost und Logis. Man kann, ohne zu riskieren, der Unrichtigkeit geziehen zu werden, behaupten, daß es unter den chinesischen Industriearbeitern herzlich wenige gibt, die einen dauernden Tagesverdienst von über 70 Pf. haben. Die vielen Millionen ungelernte Arbeiter in den Städten, Häfen und auf dem Lande würden sich glücklich schätzen, wenn sie nur die Hälfte des Einkommens ihrer in den Fabriken stehenden Genossen hätten.

Um die Niedrigkeit der Löhne in milderem Lichte erscheinen zu lassen, wird oft auf die Billigkeit des Lebensunterhaltes hingewiesen. Es ist ja richtig, daß der Kuli mit 4 bis 5 Pf. seinen Tagesaufwand an Nahrungsmitteln bestreitet, auch kann er für 10 Pf. eine nach asiatisch-proletarischen Begriffen genügende Mahlzeit in einem Restaurant erhalten. Allein diese Billigkeit vermindert sich sofort in nicht geringem Maße, sobald man Qualität und Quantität der Kost des Kulis etwas näher betrachtet. Nur ein Menschenschlag von der Unverwüstlichkeit der chinesischen Kulis, kann sich damit erhalten und bei der Verzehrung den Appetit bewahren. Der bedürfnisloseste Arbeiter Europas würde, wenn sein Magen nicht schon beim ersten Versuch revoltierte, nach einigen Tagen an Entkräftung leiden.

Die Freude des Ausbeutertums über die Billigkeit und den Fleiß des chinesischen Arbeiters wird mit einem Tropfen Wermut gemischt. Er sei zur Fabrikarbeit wenig geneigt und befähigt. Bei Verrichten, wo rohes Kraftaufwand und einfache Hantierungen verlangt werden, wie in den Kohlenbergwerken, beim Eisenbahn- und Häuserbau, habe er Zeugnis von seiner Verwendbarkeit abgelegt; aber in dem industriellen Unternehmen, wo Intelligenz, geistige Beweglichkeit und hohe Geschicklichkeit vonnöten seien, versage er. Seine Sparsamkeit verschwinde, sobald er mit fremdem Material zu wirtschaften habe; für die Maxime: Zeit ist Geld! zeige er schon gar kein Verständnis. Sein Arbeitseifer lasse bedenklich nach, wenn der Aufseher ihm den Rücken zuwende.

Kämen diese Klagen nur aus den Bureaus der paar Fabriken und Werften der chinesischen Küste, so könnte man sie übergehen. Aber sie werden auch von anderer, nicht direkt interessierter Seite gemacht, so daß ihnen ein gutes Stück Wahrheit nicht abgesprochen werden kann. Aber wenn dem so ist, wenn erst einige Generationen von chinesischen Fabrikproletariern durch die industrielle Tretmühle gegangen sein müssen, ehe ihre geistige und berufliche Qualifikation an die unserer Fabrikarbeiter heranreicht, dann scheint die gelbe Gefahr für die Industrie des Westens in nicht gerade beängstigender Nähe.

Wie dem nun auch sei, jedenfalls ist die sich jetzt in China vollziehende Umwälzung so tiefgreifend und für das sozialistische Proletariat so bedeutungsvoll, daß sie die volle Aufmerksamkeit erheischt.

F. K.

Gerichts-Zeitung.

Die schwarze Liste der Armendirektion.

Die Armendirektion der Stadt Berlin führt eine schwarze Liste unterstützungsuchender Personen. Der Zweck dieser Einrichtung ist nicht der, die Armenpflege vor unbegründeten Ansprüchen von nicht Hilfsbedürftigen zu schützen. Gegen sie schützen die Organe der Armenverwaltung sich durch eingehende Prüfung der Lage, in der die Bittsteller sich befinden. Im übrigen wäre eine schwarze Liste, die bestimmte Personen ein- für allemal als nicht hilfsbedürftig hinstellt, gesetzlich unzulässig. Es muß ja in jedem Falle aufs neue geprüft werden, ob nicht doch inzwischen eine Notlage eingetreten ist. Die schwarze Liste der Armendirektion könnte den Zweck haben, diejenigen aufzunehmen, denen auf Grund bestimmter Erfahrungen nur geschlossene Armenpflege statt barer Unterstützung zuteil werden soll. Daß in der schwarzen Liste auch solche Personen Aufnahme finden, die gegenüber Organen der Armenverwaltung „sich ungebührlich benommen“ haben, wurde gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 2) festgestellt in einer Klage, die ein Kaufmann K. gegen die Armendirektion angestrengt hatte.

K., der früher sich mit Bittgesuchen an die Armenpflege gewandt hatte, gehört zu den Personen, die auf die schwarze Liste gesetzt worden sind. Er klagte gegen die Armendirektion mit dem Antrag, ihn von der schwarzen Liste zu streichen. Kläger führte aus, daß er ohne zureichenden Grund in die Liste hineingebracht worden sei. Durch diese unbegründete Maßregel werde er schwer geschädigt, da er seitdem keine Unterstützung mehr bekomme und Schulden machen müsse. Die Armendirektion gestatte ihm nicht, sich zu rechtfertigen, und der Bezirksausschuß habe eine von ihm eingereichte Klage abgewiesen. Daß auch vom Amtsgericht die Klage abgewiesen werden müsse, führte der Rechtsbeistand der Armendirektion aus. Gegen jene Maßregel den Rechtsweg zu beschreiten, sei überhaupt nicht angängig. Höchstens könne im Verwaltungswege durch eine Beschwerde die Aufnahme in die schwarze Liste angefochten werden. In diese bringe man solche Personen hinein, die sich ungebührlich benommen haben und daher keine Barunterstützung mehr erhalten sollen. Die Armenverwaltung lasse aber die so gekennzeichneten Bittsteller nicht verhungern, sondern gebe im Notfall eine Anweisung auf Lebensmittel oder gewähre auch Aufnahme im Familienobdach.

Der Richter ließ sich nicht darauf ein, durch Beweisaufnahme zu prüfen, ob K. zu Recht oder zu Unrecht auf die schwarze Liste der Armendirektion gesetzt worden sei. Die Klage wurde ohne weiteres aus den vom Rechtsbeistand der Armendirektion vorgetragenen Gründen abgewiesen.

Nachspiel zu den Methylvergiftungen.

Die strafgerichtliche Aktion, die sich an die Massenvergiftungen im städtischen Asyl anschließt, ist in den Vorbereitungsstadien so weit gediehen, daß die Eröffnung des Hauptverfahrens unmittelbar bevorsteht und die Ansetzung des Hauptverhandlungstermins für Ende dieses oder Anfang nächsten Monats zu erwarten ist. Dem Vernehmen nach werden sich außer dem Drogisten Julius Scharmach aus Charlottenburg, der bekanntlich den Methylalkohol-Schnaps an die verschiedenen Schankwirte geliefert haben soll, noch die Reisenden Karl Jastrow und Bruno Meyen zu verantworten haben. Die Strafsache wird vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Crüger zur Verhandlung kommen. Scharmach wird außer wegen Betruges auch noch wegen Vergehens gegen § 12 des Nahrungsmittelgesetzes zur Verantwortung gezogen werden. Dieser bedroht mit Gefängnis denjenigen, der „vorsätzlich Gegenstände, welche bestimmt sind, anderen als Nahrungs- und Genußmittel zu dienen, derart herstellt, daß der Genuß derselben die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, ingleichen wer wissentlich Gegenstände, deren Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, als Nahrungs- und Genußmittel verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt. Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung oder der Tod eines Menschen verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren ein.“

Wie erinnerlich, wird behauptet, daß durch den Genuß des von Scharmach fabrizierten Methylalkohol-Likörs bei mehreren Personen der Verlust des Sehvermögens verursacht und bei etwa 90 Personen der Tod eingetreten sei. Gegen die beiden mitangeklagten Reisenden wird nur der Fahrlässigkeitsparagraph 14 des Nahrungsmittelgesetzes in Anwendung kommen. Scharmach bestreitet nach wie vor, daß sein Fabrikat das entsetzliche Unglück verschuldet habe. Er ist der eigentliche erste Drogist, der mit der Verwendung des Methylalkohols zur Likörfabrikation an Stelle des teureren echten Sprits im Großen begonnen hat. Er beruft sich auf ein Handbuch, in welchem diese Art der Likörfabrikation angegeben worden sei; er will daraus seine Kenntnis geschöpft haben und bestreitet unter Berufung auf die eigenen Erfahrungen, die er und einige Freunde mit dem Genuß von Methylalkohol gemacht haben, daß diesem so verheerende giftige Eigenschaften innewohnen. Es scheint, als ob von der Verteidigung die Möglichkeit einer anderen Ursache der Massenerkrankungen zum Gegenstande der Erörterung gemacht werden soll. Jedenfalls wird sich zur Hauptverhandlung ein ganzer Areopag von Sachverständigen im Gerichtssaale versammeln und es werden sich lebhafte Debatten entwickeln, an welchen zahlreiche Aerzte und Chemiker teilnehmen werden.

Gegen Prügellehrer.

In Königshütte sind mehrere Volksschulen. Eine dieser Schulen besuchte der Knabe Przybylla. Dieser erhielt vom Rektor Kroll, der einer andern Volksschule vorsteht, eine Ohrfeige in der St. Barbarakirche, als er nach einer Messe, an der er in Gesellschaft seines Vaters teilgenommen hatte, die Kirche verlassen wollte. Der Rektor, der den Knaben gar nicht kannte und auch von der Begleitung seines Vaters nichts wußte, hatte geglaubt, der Knabe wolle sich vordrängen, und in der Annahme, er könne über alle Volksschüler des Orts Schulzucht ausüben, ihn geschlagen.

Der Vater erstattete Strafanzeige und der Rektor wurde darauf auch vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe wegen Körperverletzung verurteilt. Bevor es zur Berufungsverhandlung kam, erhob die Regierung zu Oppeln zugunsten des Rektors den Konflikt. Sie teilte hinsichtlich der Schulzucht aller Lehrer aller Volksschulen des Orts gegenüber allen Volksschülern desselben Orts den Standpunkt des Rektors und machte geltend, daß somit der Rektor in Ausübung von Amtspflichten gehandelt habe. Eine Ueberschreitung dieser Pflichten liege auch nicht vor, denn er habe die Schulzucht auch außerhalb der Schule ausüben können. Wenn er glaubte, der Knabe wolle sich beim Verlassen der Kirche in ungehöriger Weise vordrängen, dann habe er ihn mit Recht geschlagen.

Diese verwunderliche Auffassung der Regierung vermochte das Oberverwaltungsgericht nicht zu teilen. Es erklärte vor kurzem den Konflikt der Regierung mit folgender Begründung für unzulässig: Es liege überhaupt keine befugte Amtshandlung vor. Das Gericht könne nicht anerkennen, daß ohne eine besondere Anordnung der höheren Behörde der Lehrer einer Volksschule befugt sei, gegenüber Schülern anderer Volksschulen desselben Orts die Schulzucht auszuüben. Eine solche Anordnung habe aber nicht vorgelegen. Somit müsse schon deshalb der Konflikt als unzulässig verworfen und dem gerichtlichen Verfahren gegen den Rektor Fortgang gegeben werden.

Versammlungen.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie verwandter Berufsgenossen. Die Verwaltungsstelle Berlin hielt am Sonntagnachmittag eine außerordentliche Generalversammlung in den „Arminhallen“ ab. Schwittau erstattete Bericht von der Gaukonferenz, die am 28. Januar in Wittenberg stattfand. Die Entwickelung der Organisation im Gau war befriedigend, nur in bezug auf Berlin wünschte man bessere Resultate zu sehen und regte an, daß Berlin als Geschäftsstelle einige Beamte fest anstellen sollte, um das Agitationsfeld besser bearbeiten zu können. Die Gaukonferenz erklärte sich auch für eine Erhöhung der Verbandsbeiträge um 10 Pf. pro Woche.

Diese beiden Punkte, besonders aber der Vorschlag der Erhöhung der Beiträge, bildeten nun in der Generalversammlung den Gegenstand einer sehr ausgedehnten Diskussion. Die große Mehrzahl der Redner sprachen sich sehr entschieden gegen eine Erhöhung der Beiträge aus. Man wollte auch von festangestellten Beamten für Berlin nichts wissen. Ebenso erhob sich gegen die wöchentliche Herausgabe des Fachorgans, die von der Gaukonferenz gewünscht wurde, der hohen Kosten wegen Opposition. Eine eingebrachte Protestresolution gegen die Erhöhung der Beiträge wurde aber doch schließlich abgelehnt. Die Gaukonferenz gilt als Vorläufer des Verbandstages, der zu Pfingsten in München zusammentreten wird. Darum wurde den Vorschlägen der Gaukonferenz besondere Bedeutung beigemessen. — Für den Verbandstag lagen der Generalversammlung nun einige Anträge vor, durch die man Wege zur Sparsamkeit weisen und der Erhöhung der Beiträge mit anderen Vorschlägen begegnen wollte, und zwar durch Aenderung der Statuten, die Unterstützungen betreffend. Diese Anträge wurden von den Versammelten angenommen. Ein Antrag, die Tätigkeit der Preßkommission regelnd, fand ebenfalls die Zustimmung der Versammelten. Ein Antrag des Bezirks Schöneberg betraf die Wahl der Revisoren und verlangte, daß die Wahl in der kombinierten Versammlung erfolge, welche die Ergänzungswahl des Verbandsvorstandes vorzunehmen hat. Ein anderer Antrag desselben Bezirks lautet: „Ein Mitglied, welches einer zweiten Organisation angehört, hat keinen Anspruch auf Unterstützung (Kranken-, Erwerbslosen-, Streik- und Maßregelungsunterstützung).“

Diese Anträge an den Verbandstag in München wurden von der Versammlung ebenfalls angenommen.

Marktbericht von Berlin am 3. Februar 1912. nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Marktballenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 10,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80 Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,20—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,20—2,80. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,20—2,60, Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,60—3,20. Aale 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

KNORR Suppen-Würfel

1 Würfel = 3 Teller Suppe 10 Pf. — Über 40 Sorten.

Knorr-Suppen sind anerkannt **die besten** im Geschmack.

Schnelle und bequeme Zubereitung.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Lebermanns allerbilligster Warenein kauf. Riesenauswahl Pelzsachen. Herrenpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Herrenhosen. Damensachen. Extrabilliger Bettenverkauf. Aussteuerbetten, Vermietungsbett. Aussteuerwäsche. Bettwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Tischtuchdecken. Steppdecken. Wanduhren. Wandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Kettenauswahl. Ringeauswahl. Festgeschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. †50*

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosenthalerstraße 54. 9265*

Federbetten. Stand 10,00, 15,00, 25,00, feinste Brautbetten, Wäsche, Winterpaletots, Decken. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 904R*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalleren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjacketts, Kostümen, Röcken, hochelegant, bedeutend unter Wert. Großer Posten Pelzstolas, früher bis 100 Mark, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, nur Moritzplatz 58a. 2841R*

Zinkwaschkässer, Zuber, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Leisern 5 Proz.

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Hofeingang. Gegründet 1874. Vorwärtsleisern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Hofeingang.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Hofeingang. 2491R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maystoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntags geöffnet. 1288R*

Gardinenreste! Spottbilliger Inventarverkauf! Fenster 1,85, 2,25, 3,25 bis 6,85. Stores, Rouleaux, Uebergardinen. Ausverkauf zurückgesetzter Muster. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8. Vorwärtsleser 10 Prozent Rabatt. 903R*

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern.

Teppiche, Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtsleisern noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3,85, 4,50, 5,25, 6,50, 8,25, 10,50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik.

Möbelstoff-Läufer, Linoleumreste, fabelhaft billig.

Sport- und Schlafdecken 1,25, 1,40, 1,85, 2,45, 2,85 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 9311R*

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brütin, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Gaskronen, dreiflammig 7,50, komplett, Gaszuglampen 6,00, Gasuhren 2,40, Gaswandarme 1,50. Kronenlager, Große Frankfurterstraße 92, Ravenéstraße 6 (Wedding), Rixdorf, Berlinerstraße 102. 611R*

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Winterpaletots, Winterjoppen, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstr.

Teppiche in allen Größen, enorm billig. Portieren, Diwandecken, Ungroshaus Hermann Hepow, Gertraudtenstraße 19—19, I. Kein Laden. „Vorwärts"-Leser 5 Prozent Rabatt. 913R*

Privatverkauf! Entzückende Kleider, Blusen, Kostümröcke, Paletots, fertig und Maß, auffallend billig. Keine Ladenmiete. Littauer, Rosenthalerstraße 65. 272/16*

Teppiche, Prachtstücke mit kleinen Farbfehlern, 12,50. Portieren alle Farben 4,25, Plüschdecken 6,75, Steppdecken 4,50, Gardinen, Einzelfenster 2,50, Erbstüll-Bettdecken 4,50. Günstigste Kaufgelegenheit. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. „Vorwärts"-lesern noch 5 Prozent Extrarabatt. 925R*

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Stalitzerstraße 99, Wurthauerstr. 67.

Gardinen, Portieren, Teppiche rc., außerordentlich günstige Kaufgelegenheit. Gardinenhaus Bernhard Schwartz, Wallstraße 13.

Herrschaftsbetten, 18,00, zwei Prachtstand, umständehalber Dorfstraße 17 II. †144

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft preiswert zu verkaufen Luxemburgerstraße 4. †83

Seifengeschäft. Emaille, Porzellan, Wirtschaftsartikel und Rolle nach Inventur-Aufnahme zu verkaufen, Kaiserin-Augusta-Allee 40. †33

Destillation, Todesfall meiner Frau, geradeüber Schulhaus, gute Erwerbsquelle, sofort verkäuflich. Erforderlich 1000 Mark. Brauereibüste, Pettenkoferstraße 54. †58*

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise, Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Verwalter verkauft schleunigst Nußbaumwirtschaft, 190,00, passend für Brautleute, englische Bettstelle, elegantes Umbautisch, Foert-Trumeau 30,00, Kleiderspind, Prachtküche, Küchengeschirr, Teppich, Weinmeisterstraße 16/17. 897R

Möbelfabrik. Verkauf Schützenstraße 73/74, an der Friedrichstraße. Billiger wie überall. Zahlungserleichterung bei niedrigsten Kassapreisen. Einrichtungen von 250,— 350,— bis 2000,— in großer Auswahl am Lager. Bettstellen, Kleiderschränke, Vertikos, Spiegel, Sofaumbauten, Büfetts, ganz besonders preiswert. Sonntags 12—2 nur Schützenstraße 73/74. 658R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft R. Goldstand, Jessenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Waren-Abzahlungsgeschäft! 2901R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstraße. Riesen-Auswahl in Möbeln jeder Art. Billige Preise auf Kredit und gegen bar. Kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12—2 geöffnet. *

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 921R*

Zirka 30 Räume voller neuer Möbel-Gelegenheitskäufe sollen bis April verkauft werden, für Haltbarkeit Garantie. Kamerlings Möbelspeicher, Kastanienallee 56, Ecke Weinbergsweg. 2824b*

Brautleuten passend verkaufe spottbillig bildhübsche Nußbaumwirtschaft, Stuben- und Kücheneinrichtung auch einzeln, Wahmannstraße 13 I.

Moebel-Boebel, Oranienstraße 58 am Moritzplatz. In meinem seit 33 Jahren bestehenden Möbelkaufhause stehen in neun Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Ein Zimmer und Küche 360,—, 422,—, modern 470,—, 2 Zimmer und Küche modern 501,—, 667,—, 721,—. Schlafzimmer, englisch 199,—, modern, echt Eiche, 304,—. Wohnzimmer, modern, 274,—. Speisezimmer 329,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 44,—. Kleiderspind, Trumeau, geschliffen 34,—, Schlafsofa 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—, Teppiche, Riesenlager. Besichtigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 12—2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. 952R*

Ankleideschränke, Vertikos, Bücherspinden, Trumeaus, Schreibtische, Waschkommoden, Nachttische, Bettstellen, 2 und 4 Zugtische, Stühle, mahagoni, bis 30 Prozent billiger. Nur soweit Vorrat. Möbel-Inventur-Verkauf Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn! Sonntags 12—2 Uhr geöffnet! 920R*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*

Pianino 270,00, wunderbar in Ton und Ausstattung, 1,45 hoch, Sessel umsonst, grundreeller Gelegenheitskauf. Neukölln, Juliusstraße 59. Bechmann. †53*

Pianino, gebraucht, großer Ton, nur 300,—. Diverse gebrauchte. Schiedmayer, Potsdamerstr. 27 B.

Nußbaumpianino, gebrauchtes, 350,—, zu verkaufen. Manthey, Potsdamerstraße 31. 19/13*

Bilder.

Meine Inventurpreise, nur bis 15. Februar, erregen allgemeines Aufsehen, und bitte ganz besonders zu beachten Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 912R*

Kaufgesuche.

Zu kaufen gesucht: „Neue Zeit" 1883—1911, auch unvollständige Jahrgänge. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69. 955R*

Zahngebisse, Goldsachen, Silber, Platina, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend. Edelschmelze, Dresdenerstraße 9 (Hochbahn). 879R

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kassa, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt den höchsten Preis Blumenreich, Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor. (Telephon.) 763R*

Platinabälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Augustastraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 0,95, Platinabälle, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Quecksilber, Zinn, Kupfer, Gummiabfälle, Goldwatten, Rehgold, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telephon. 962R*

Platina, alle Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, Rehgold, Goldwatten, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallschmelze, Scheideanstalt Brod, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. *

Zahngebisse, Goldsachen, Silber, Platina, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend. Edelschmelzerei, Friedrichstraße 139 (Weidendammerbrücke). *

Zahngebisse, Zahn bis 1 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 213/3*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Verschiedenes.

Lewandowsky-Gesellschaft Quitzowstraße 105. †100*

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Kunststopferei Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 2309R*

Patentanwalt Weisel, Gitschinerstraße 94a.

Zähne, Plomben usw., beste Ausführung, billigste Preise. Olga Jacobson, Invalidenstraße 145 II, seit 1889 bestehend. 866R*

Nähmaschinenreparaturen sachgemäß schnell und billig, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2056R*

Wäsche wird schonendst gewaschen, tadellos gerollt. Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10. Kein Gertauschen. Abholung, Lieferung Donnerstags. Hermann Kubasch, Köpenick, Klemmingstraße 9.

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Federdichtungen. Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 2023R*

Handwäscherei! Wäsche wird schonendst gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. Lehmann, Köpenick, Kaiserin-Auguste-Viktoriastraße 18. 2832b

Waschanstalt Brechke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche, vier Handtücher 10. Abholung Donnerstag.

Wer selbst Parteigenossen 300. Sicherheit, Zinsen. Offerten A. W., Postamt 43. †36

Pleurensen kauft billigst, alte Straußfedern, Oderbergerstraße 5.

Vermietungen.

Restaurationsräume nahe vieler Fabriken volksreicher Gegend sofort billig Reuchlinstraße 7 I. 19/15

Friseurladen, sieben Jahre bestehend, wegen Todesfall sofort billig zu vermieten eventuell mit Einrichtung. Neukölln, Boddinstraße 9.

Wohnungen.

Schöne Wohnungen, drei, zwei, ein Zimmer, mit und ohne Bad, Balkon, Mädchenkammer. Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 78. †5

Balkonwohnung, 2 Stuben, Küche 32,00. Kleine Markusstraße 3. 15/14*

Sofort Stube und Küche vermietbar Fransecki straße 17. 2835b

Brüsselerstraße 9 2 Stuben, Balkon, Küche und Zubehör, vorn vier Treppen, billig. †83

Prachtwohnungen, drei, zwei, ein Zimmer, Loggia, Bad, Mädchengelaß 45,00, 36,00, 18,00, Kolonnenstraße 68.

Stube und Küche von 18,00 an Neukölln, Weisestraße 2. †53*

Billige, freundliche, kleine Wohnungen, Herzbergstraße 125/127. *

Zimmer.

Freundliches möbliertes Zimmer bei Witwe Gierok, Oranienstraße 188, vorn 3 Treppen. 9/18

Schlafstellen.

Saubere Schlafstelle vermietet Frau Schreiber, Wildnackerstraße 20.

Mietsgesuche.

Alleinschlafstelle sucht älterer Mann. Nähe Adalbertstraße. „Vorwärts", Lindenstraße 14/15. †5

Zimmer gesucht, einfach, zwecks Zusammenspiel bei Musiker oder dergleichen. Habe Klavier. „Musikfreund", Postamt 42. 2830b

Junger Mann sucht möbliertes Zimmer. Nähe Kreuzberg. Offerten H. E. 75 Vorwärtsausgabe Gneisenaustraße 72. †68

Redakteur und Geschäftsführer gesucht.

Die zweimal wöchentlich erscheinende „Danziger Volkswacht" sucht zum 1. April d. J. einen 256/10

Redakteur

der die gesamte Schriftleitung allein zu übernehmen hat. Desgleichen einen geschäftskundigen **Geschäftsführer**, der neben der Geschäftsführung auch den Buchhandel zu versehen hat. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen werden bis zum 15. Februar erbeten an den Vorsitzenden der Preßkommission

A. Fooken, Danzig, Dominikswall 8 III.

Büfettier-Gesuch.

Das **Volkshaus Charlottenburg**, Rosinenstr. 3, sucht für die Verwaltung seiner Stehbierhalle ein tüchtiges, mit solchem Wirtschaftsbetriebe vertrautes **Ehepaar** per 1. April 1912 unter günstigen Bedingungen und bittet um schriftliche Angebote.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Firnisser auf Goldleisten verlangt Lottumstraße 5. 2781b*

Zeitungsfrauen sofort verlangt Blücherstraße 69. 19/17*

Drei Mamells auf Kindermäntel verlangt Landrecht, Naumerstraße 6.

Blusenstepperinnen, in und außerm Hause, verlangt Müller, Neukölln, Steinmetzstraße 11. 2830b

Blusenstepperin im Hause, hoher Lohn, Zusammensetzerin außerm. Hütt, Skalitzerstraße 50. †6

Oberhemdennäherinnen, aber nur perfekte, finden in großer Anzahl sofort dauernde Beschäftigung bei höchsten Löhnen. Reformwäschefabrik, Michaelkirchstraße 20. 19/12

Oberhemden-Arbeitsstuben größeren Stils findet sofort dauernde und lohnende Beschäftigung. Reformwäschefabrik, Michaelkirchstraße 20. 19/14

Blusenarbeiterinnen, in, außerm, sucht Jessel, Neukölln, Gunterstraße 17.

Zeitungsfrauen sofort verlangt Rathenowerstraße 8. 17/17*

Künstliche Blumen. Lehrmädchen gegen monatliche Vergütung fünfundzwanzig Mark. Schinkelhauer, Alte Jakobstraße 156. 2748b*

Suche für meine Goldleistenfabrik, zirka 20 Arbeiter,

einen verheirat. Werkführer

per sofort. Derselbe muß im Grundieren, Farbemischen usw. vollständig vertraut sein. Gehalt nach Uebereinkommen. *

A. Elstorpff, Goldleistenfabrik, **Treidorf (Kr. Pr. Stargard).**

Achtung! Mützenmacher.

Wegen Lohndifferenzen sind die **Mützenfabriken**

G. A. Hoffmann, Gneisenaustraße 33,
G. A. Hoffmann, Urbanstr. 67.
Adolf Winter, Marsiliusstr. 10,
Adolf Winter, Lebuser Str. 9.
Lachmann & Piakus, Gallstraße 11/12,
Gustav Kahlbow, Marsiliusstraße 21,
Emil Schebeler, Prenzlauer Allee 36,

gesperrt. 101/1*

Zuzug ist streng fernzuhalten!

Deutscher Kürschnerverband.
Filiale Berlin.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:

Pianofabrik Bechstein, Grünauer Str. u. Johannisstraße für alle Branchen.
Stockfabrik Boschwitz, Brunnenstraße 181.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Schtmgeschäfte **E. Lichtenstein**, Neue Friedrichstr. 38/40, Leipziger Str. 78, Müllerstraße 3a, Rosenthalerstr. 10, Schönhauser Allee 101, Kottbuser Damm 3, Wilmersdorfer Straße 57, Berliner Straße 4 in Tegel, **Zadach**, Dresdener Str. 39, **Stenger**, Oranienstraße, **Kohn**, Turmstraße 57.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes"**.
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.